

zusammen, wo ein Hauptprüfungsverfahren von der Kommission provoziert werden würde. Ich warne davor, denn da können wir nur verlieren, gewinnen tun wir sicher nichts. (Abg. Dr. Flecker: „Weil wir die Kriterien nicht haben!“)

Ich komme schon noch zu den Kriterien, weil da hier unterstellt wird – das ist der zweite Punkt –, daß jetzt im Rahmen dieser technischen Abstimmung, und da muß ich schon sagen, liebe Kurt Flecker, offensichtlich ist der Schelm so, wie er denkt, daß hier parteipolitisch agiert wurde. Ganz einfach anzuschauen, wenn man sich wirklich sachlich damit auseinandersetzt. Denn es sind ja jetzt nicht nur Gemeinden dazugekommen, sondern es haben ja – wie wir alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen – auch Gemeinden herausgenommen werden müssen. Und siehe da, kein parteipolitischer Blick wird auf diese Liste der herausgenommenen geworfen, denn da würde man sehen, daß von 23 Gemeinden, die herausgenommen werden mußten im Rahmen dieser technischen Abstimmung auf der Expertenebene, keine politische Frage mehr, 21 ÖVP-Gemeinden sind. Ich sage es nur, ich bewerte so nicht, denn die Experten sind so nicht vorgegangen. Die Experten sind ausschließlich nach den Kriterien, die sich nicht verändert haben, vorgegangen. (Abg. Dr. Flecker: „Darum sind 21 ÖVP-Gemeinden herausgefallen!“)

Wenn 21 ÖVP-Gemeinden und nur zwei SPÖ-Gemeinden, wenn man so denken würde, ich lehne es ab, so zu denken und so zu argumentieren, denn wehe, es gibt ja Gott sei Dank auch Gescheitere in euren Reihen, einer sitzt sogar da, ich erwähne ihn heute nicht mehr, weil er sich schon beklagt hat bei mir, daß, wenn ich ihn zuviel lobe, er innerhalb eurer Reihen einen Nachteil erfahren könnte, aber es gibt genug gescheite Bürgermeister, die es verstanden haben, diesen Vorgang realistisch einzuschätzen. Selbst wenn ich jetzt diese Gemeinden, die dazugekommen sind, parteipolitisch saldiere, was ich nicht tue, wenn ich diesem schelmischen und parteipolitischen Vorgang, diesem Gedankengang folgen würde, würde ein Minus von elf ÖVP-Gemeinden herauskommen und ein Plus von sechs SPÖ-Gemeinden. Schaut einmal, was ist denn das für eine Vorgangsweise? Ich betone deswegen nochmals und bin keinen Millimeter davon abzubringen, daß das ein richtiger technischer Vorgang war, daß wir uns damals im Sommer politisch dazu bekannt haben unter Einbeziehung aller Gruppierungen. (Abg. Dr. Flecker: „Warum sind wir im Herbst noch einmal in der Arbeitsgruppe gesessen?“) Kein Mensch ist in der Arbeitsgruppe gesessen. (Abg. Dr. Flecker: „Im Herbst schon!“) Aber, ist ja nicht wahr!

Am 24. September 1999 hat es die Abstimmung auf der ÖROK im politischen Kreis gegeben, und das ist letztlich auch anerkannt worden, und das haben alle anderen Bundesländer auch so gesehen. Ich bitte Sie, hier nicht etwas zu riskieren, was zum Nachteil der Steiermark werden könnte. Und ich bitte auch den Präsidenten Vesko, mit den Begriffen Willkür, Oberflächlichkeit sehr, sehr vorsichtig zu sein, denn da kriegst du nur den Ball zurückgespielt, und ich sage, mache einen besseren Vorschlag. Mache einen besseren Vorschlag! (Abg. Dr. Flecker: „Du hast die Chance, nächstes Mal den Wahrheitsbeweis anzutreten!“)

Der bessere Vorschlag ist mir nicht bekannt. Den Vorschlag, den die Experten unter Miteinbeziehung der Raumordnung, Zuständigkeit Michael Schmid, gemacht haben, denn dort ist das Kriterium Entwicklungskonzepte und die Kriterien der bisherigen Problemschwere und des Projektanfalls. Das waren die Kriterien, die hier zusammengekommen sind, dann sind es eben gemeindefreie Grenzen geworden. Bitte noch einmal, es wird die Zukunft weisen, auch die nächste Programmplanungsperiode, welche Projekte in diesen Gemeinden die Wettbewerbskulisse sind und Zielgebietskulisse sind, tatsächlich zum Tragen kommen. Ich lade alle ein, insbesondere die Abgeordneten aus den Bezirken, die so argumentieren, wie hier argumentiert wird, sehr egoistisch im übrigen, daß diese (Abg. Dr. Flecker: „Bei den Projekten hättest du Gröbming anschauen können!“) Abgeordneten aus den Bezirken auch dann konstruktiv mitarbeiten bei der Entwicklung, bei der Evaluierung der Projekte, die förderungsfähig sind. Projektideen hat man bald welche, Luftschlösser werden auch zu viele gebaut, wie wir wissen. Es geht um umsetzungsreife, förderfähige Projekte. Ich bitte Sie, gewisse Absurditäten einer parteipolitischen Auseinandersetzung zu unterlassen, weil es nur zum Schaden des Landes sein kann, wenn man einen großen Erfolg, um den uns andere Bundesländer beneiden, dadurch noch gefährden könnte. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung und haben als erstes über den Antrag des Herrn Berichterstatters abzustimmen. Jene Damen und Herren, die dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Zweitens über den Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Neufestlegung der EU-Zielgebiets- und Wettbewerbskulisse. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist ebenfalls mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1277/1, betreffend den Ankauf von Liegenschaften.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rieser (15.47 Uhr):** Hochverehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht des Finanz-Ausschusses zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1277/1, betreffend den Ankauf von Liegenschaften.

Entgegen den ursprünglichen Absichten, daß die Gemeinde Sankt Peter-Freienstein die Liegenschaft Maiwaldwiese von der Firma VOEST Alpine Schienen GmbH. & Co. KG. erwirbt und zur Finanzierung der Erwerbskosten, 61 Millionen Schilling, ein Darlehen aufnimmt, dessen Bedienung das Land Steiermark übernehmen soll, wofür eine Gesamtbeihilfensumme von 106,760.000 Schilling verplant wurde, wird nun-

mehr vorgeschlagen, daß das Land Steiermark selbst von der Firma VOEST Alpine Schienen GmbH. & Co. KG. die Liegenschaft Maiwaldwiese um 61 Millionen erwirbt, aufschließt und einer Verwertung zuführt.

In einer ersten Phase soll das Land Steiermark die gegenständliche Liegenschaft im Flächenmaß von 217.937 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von 61 Millionen zuzüglich Grunderwerbsnebenkosten von rund 10 Prozent, daher insgesamt um 67,1 Millionen, erwerben.

In der zweiten Phase sollen neben den notwendigen Umwidmungsverfahren die erforderlichen Aufschließungsmaßnahmen durch Verwertung der Liegenschaftsflächen aus den Erlösen dieser Verwertungsmaßnahmen finanziert werden. Die Verwertung der Liegenschaft soll dann die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung übernehmen, weil das Referat für Wirtschaftspolitik seit geraumer Zeit die Verwertung der von ihm selbst verwalteten Liegenschaften durchführt und somit der Ankauf neuer Liegenschaften nicht mehr als zentraler Aufgabenbereich im Rahmen des ihm zugeordneten Geschäftsfeldes angesehen wird.

Mit der Realisierung dieses Projektes wirkt das Land Steiermark infrastrukturell mit. Ich bitte um Annahme des Antrages. (15.49 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag auf den Ankauf von Liegenschaften zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**21. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 869/6, zum Beschluß Nr. 865 des Steiermärkischen Landtages vom 23. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Bacher, Ing. Mag. Hohegger und Beutl, betreffend Ausbildung im neuen Lehrberuf „Tiefbauer“ an der Landesberufsschule Murau.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher (15.50 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Antrag erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Das Anhörungsverfahren, die Lehrlinge des Lehrberufes Tiefbau in der Landesberufsschule Murau einzuschulen, hat bei allen eine positive Beurteilung ergeben. In der Sitzung des Berufsschulbeirates am 10. Juni 1999 wurde einstimmig beschlossen, den Lehrberuf an der Landesberufsschule Murau einzuschulen. Derzeit gibt es in der Steiermark nur drei Lehrlinge in diesem Lehrberuf.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. September 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 865 des Steiermärkischen Landtages

vom 23. September 1998 über den Antrag der Abgeordneten Bacher, Ing. Mag. Hohegger und Beutl, betreffend Ausbildung im Lehrberuf Tiefbau an der Landesberufsschule Murau, wird zur Kenntnis genommen. (15.51 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Berichterstatter. Auch hier gibt es keine Wortmeldung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**22. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1252/1, der Abgeordneten Wiedner und Schinnerl, betreffend „Ausbildung für alle“.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich (15.51 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Wiedner und Schinnerl, betreffend Ausbildung für alle.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten mit dem Ziel, sich mit Nachdruck für folgende Maßnahmen einzusetzen:

Erstens: Analog der kostenlosen Zugänge zur universitären Ausbildung oder berufsbildenden Fachschulen soll jenen, die trotz Bemühungen keinen Lehrplatz bekommen können, eine Berufsausbildung in einer Berufsschule ermöglicht werden, wobei ein Praxisanteil von mindestens ein Drittel der Gesamtlehrzeit festzulegen ist.

Zweitens: Der Polytechnische Lehrgang ist in ein Berufsausbildungsgrundjahr umzuwandeln.

Drittens: Eine dynamische Weiterentwicklung der Berufsschulen ist durch zukunftsorientierte Lehrpläne zu gewährleisten.

Viertens: Es sind rasch neue Berufsbilder einzuführen und umzusetzen.

Fünftens: Die Möglichkeit einer Anlehre, die einen reduzierten Berufsschulabschluß darstellt, ist zu schaffen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (15.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hohegger.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (15.53 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 47 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß, weil der Antrag noch nicht beschlußreif ist und noch eine Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag eingeholt werden soll. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (15.53 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben vorerst über den Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten abzustimmen. Wer dem Antrag des Antragstellers zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme. Der Antrag wird rückverwiesen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren. Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an die Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend klare Trennung zwischen parteipolitischer Werbeaktivität einzelner Regierungsmitglieder und ressortspezifischer Informationspolitik.

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Wiedner (15.56 Uhr):** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bringe die Dringliche Anfrage der Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion Mag. Jost-Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner an Frau Landeshauptmann Klasnic ein, betreffend klare Trennung zwischen parteipolitischer Werbeaktivität einzelner Regierungsmitglieder und ressortspezifischer Informationspolitik.

Ich begründe diese Anfrage wie folgt:

Allzu oft haben ÖVP- und SPÖ-Regierungsmitglieder die Vermittlung parteipolitischer Inhalte und Aussagen unter dem Deckmantel einer ressortspezifischen Information an die steirischen Bürgerinnen und Bürger zu verkaufen versucht. Um diesem Mißstand und dem damit verbundenen Mißbrauch von öffentlichen Mitteln ein Ende zu setzen, hat der FPÖ-Landtagsklub folgenden Antrag eingebracht, welcher von den anderen mittlerweile in Zugzwang gekommenen Parteien in der Sitzung vom 6. Juli 1999 mitbeschlossen werden mußte. Dieser Beschluß lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unter Einbindung aller in der Landesregierung vertretenen Fraktionen eine Vereinbarung abzuschließen, die sicherstellt, daß ressortbezogene Informationen (Serviceleistungen) an die Bürger in einer Art und Weise zu erfolgen haben, daß sie nicht in Parteienwerbung oder Regierungspropaganda ausarten, und zweitens dem Landtag darüber bis längstens Ende des Jahres 1999 zu berichten, und drittens Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Steiermärkischen Landesregierung, die persönliche PR-Aktivitäten einzelner Regierungsmitglieder untersagen, noch vor der Sommerpause mit sofortiger Wirkung zu beschließen.

Am 11. Oktober 1999 wurde dann endlich, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung, von Ihnen, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, eine Richtlinie für die Öffentlichkeitsarbeit der Steiermärkischen Landesregierung eingebracht und mehrheitlich gegen die Stimme von Landesrat Dipl.-Ing. Schmid beschlossen.

Diese Richtlinie sollte eine strikte Trennung zwischen ressortspezifischer Information und parteipolitischer Propaganda sicherstellen - dieses Ziel wurde aber gänzlich verfehlt. Das nunmehr beschlossene Gesamtpaket umfaßt die Richtlinie und eine ganze Liste von Maßnahmen, die von der Anwendung derselben ausgenommen sind. Einige Regierungsmitglieder gehen sogar so weit, daß sie beinahe alle künftigen Werbeaktionen vom Geltungsbereich der Richtlinie ausschließen. So führt beispielsweise Frau Landesrat Dr. Rieder an, daß „Insertionen im Sozialbereich in diversen Medien“ nicht unter diese Werbebeschränkung fallen sollen. Analog dazu heißt es bei Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paierl unter den angeführten Ausnahmen: „diverse Insertionen“ unter anschließender Anführung von fast allen in Frage kommenden Zeitungen.

Da sich dieses beschlossene Paket, welches Mißbräuche im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Regierungsmitglieder verhindern sollte, als völlig zahnlöses Instrumentarium darstellt, stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Bestandteil der sogenannten Vereinbarung ist eine von SPÖ und ÖVP vorgelegte Liste für „Projekte der Öffentlichkeitsarbeit“, die Maßnahmen beinhalten, die bereits vereinbart sind und auch im Jahr 2000 weitergeführt werden. Weiters wird generell festgehalten, daß sämtliche Maßnahmen, bei denen das Land als Veranstalter auftritt oder Projekte vergibt, davon nicht tangiert sind.

Welche Maßnahmen - insbesondere unter Einbeziehung der angeführten Liste - unterliegen angesichts dieser „Generalamnestie“ überhaupt noch der beschlossenen Richtlinie?

Zweitens: Welche Größenordnung der Budgetmittel wurde bisher für Werbemaßnahmen in Ihrem Ressort aufgebracht?

Drittens: In welcher Größenordnung wird das Landesbudget durch die in der Liste angeführten Werbemaßnahmen jährlich belastet werden?

Viertens: Ist Ihnen bekannt, daß vom Verhandlungsteam definitiv vereinbart wurde, daß nur jene Maßnahmen ausgenommen sind, die bereits vertraglich fixiert sind?

Fünftens: Warum werden mit Ausnahme des Ressorts Landesrat Dipl.-Ing. Schmid die Verträge laut Vereinbarung nicht vorgelegt?

Sechstens: Haben Sie als antragstellendes Regierungsmitglied überprüft, ob für alle in der Liste aufgezählten Maßnahmen schriftliche Verträge vorliegen?

Wenn ja, sind Sie in der Lage und willens, diese der Regierung und dem Landtag (zum Beispiel Kontroll-Ausschuß) vorzulegen?

Siebtens: Haben Sie nicht den Eindruck, daß durch die umfangreiche Liste, welche Ausnahmen aus dem Geltungsbereich der Richtlinie vorsieht, die vom Landtag geforderte Werbebeschränkung für Regierungsmitglieder völlig unterlaufen wird?

Achtens: Sind Sie bereit - insbesondere in Zeiten des Sparens - jene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die Ihren Bereich betreffen und vor der Neuregelung vereinbart wurden und nun weitergeführt

werden, in Ihren Anteil an der zur Verfügung stehenden Gesamtsumme von 10 Millionen Schilling im Jahr einrechnen zu lassen?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. - 16.01 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Nunmehr erteile ich der Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung. Bitte, Frau Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Klasnic (16.01 Uhr):** Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es steht wohl außer Streit, daß öffentliche Institutionen, wie die Landesregierung, Öffentlichkeitsarbeit nicht nur betreiben sollen, sondern auch müssen, um über Leistungen und Maßnahmen zu informieren und in einem demokratischen Kommunikationsprozeß zu stehen. Entscheidend ist die Form der Darstellung, wobei es gilt, eine saubere Trennlinie zwischen sachlicher Information und Personen beziehungsweise parteibezogener Werbeaktivität zu ziehen. In diesem Sinne hat es vor allem im Frühjahr dieses Jahres zu Recht breite öffentliche Diskussionen gegeben und hat auch der Klubobmann der Steirischen Volkspartei, Hermann Schützenhöfer, in seiner Budgetrede am 29. Juni 1999 klar Stellung bezogen. Am 5. Juli 1999 habe ich auch einen entsprechenden Antrag in die Steiermärkische Landesregierung eingebracht, und am 6. Juli 1999 hat auch der Steiermärkische Landtag einen einstimmigen Beschluß gefaßt, zu dem ich mich vollinhaltlich bekenne.

Nach intensiven Verhandlungen hat die Steiermärkische Landesregierung über meinen Antrag am 11. Oktober 1999 die diesen Intentionen entsprechenden Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit beschlossen, die ein einheitliches öffentliches Erscheinungsbild des Landes und eine sachliche Information über die Maßnahmen und Leistungen der einzelnen Ressorts der Landesregierung sicherstellen sollen. In der Folge habe ich auch die Chefredakteure der steirischen Tages- und Wochenzeitungen über den vollen Inhalt des Regierungssitzungsbeschlusses und der Richtlinien informiert.

Ich darf die Punkte 2 und 3 dieses Regierungssitzungsbeschlusses wörtlich zitieren:

Der Punkt 2 lautet: „Bei allen diesbezüglichen Informationen (Printmedien, Radio, Fernsehen, Plakate, Inserate, City-Lights, Mega-Lights, Video-Walls) ist darzustellen, daß es sich um eine Maßnahme des sachlich zuständigen Ressorts beziehungsweise der sachlich zuständigen Abteilung des Amtes der Landesregierung handelt. Eine Veröffentlichung des Namens sowie des Bildes des zuständigen Regierungsmitgliedes oder die Nennung der Regierungsfraktion hat zu unterbleiben.“

Punkt 3 lautet: „Es ist untersagt, im Zusammenhang mit Veröffentlichungen über die Maßnahmen eines Ressorts der Landesregierung Vereinbarungen über PR-Artikel für ein Regierungsmitglied beziehungsweise eine Regierungsfraktion abzuschließen. Bei Medienkooperationen ist die vollständige Vereinbarung dem Regierungsantrag beizulegen.“

Nunmehr komme ich zur Beantwortung der acht Detailfragen:

Zur Frage 1: Es unterliegen, was die Gestaltung betrifft, ausnahmslos alle Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Steiermark den am 11. Oktober 1999 von der Landesregierung beschlossenen Richtlinien.

Zur Frage 2: Gemäß dem Landesvoranschlag 1999 verfüge ich als Vorsitzende der Steiermärkischen Landesregierung unter der Budgetpost „Inserate und Kommunikationsmaßnahmen“ über 2,852.000 Schilling für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Die Budgetpost war auch in den Landesvoranschlägen 1997 und 1998 in gleicher Höhe veranschlagt.

Zur Frage 3: Alle Informationsmaßnahmen der Steiermärkischen Landesregierung finden in dem vom Steiermärkischen Landtag beschlossenen Landesvoranschlag Berücksichtigung. Jede einzelne Maßnahme muß von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossen werden.

Zur Frage 4: Dies ist mir bekannt, und dem wurde auch entsprochen. Ich habe darüber heute vormittag nochmals mit dem von mir für die Regierungsfraktion der Volkspartei für die Verhandlungen verantwortlichen Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann gesprochen. Es ist eindeutig, daß die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen nur vor dem Beschluß der Landesregierung vom 11. Oktober 1999 vertraglich fixiert werden durften, wobei ich allerdings auf die österreichische Rechtsordnung hinweisen muß, die Vertragsfreiheit vorsieht. Das heißt, nicht nur schriftliche Vereinbarungen, sondern auch mündliche Zusagen sind rechtsverbindlich.

Zu den Fragen 5 und 6: Diese beantworte ich wie folgt:

Es werden laut Regierungssitzungsbeschluß vom 11. Oktober 1999 alle in der Liste aufgezählten Maßnahmen und die entsprechenden Verträge der Landesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen sein.

Zur Frage 7: Die vom Steiermärkischen Landtag geforderte und von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossene Werbebeschränkung gilt vollinhaltlich und darf in bezug auf die sachliche Darstellung und die personenbezogene Beschränkung durch keine wie immer gearteten Ausnahmen unterlaufen werden. Darüber wurde auch in der gestrigen Sitzung der Landesregierung nochmals gesprochen.

Zur Frage 8: Selbstverständlich bekenne ich mich zu größtmöglicher Sparsamkeit und dem sorgsam Umgehen mit dem Steuergeld. Es sind meinen Informationen zufolge bereits bei der Erstellung der Liste für Projekte der Öffentlichkeitsarbeit Reduktionen in mehreren Ressorts, so insbesondere auch in meinem Verantwortungsbereich, erfolgt. Für Neumaßnahmen gilt die 10-Millionen-Schilling-Obergrenze. (16.07 Uhr.)

**Präsident:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise darauf hin, daß gemäß Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Redezeit höchstens 20 Minuten betragen darf.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt, dem ich es erteile.

**Abg. Ing. Peinhaupt (16.07 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, vorweg bedanke ich mich bei Ihnen für die Beantwortung der Anfrage, wenn Sie in Ihrer Beantwortung auch nicht auf die gestellten Fragen so eingegangen sind, wie die Fragen an Sie gerichtet waren.

Es war nicht das, was der Landtag von Ihnen eingefordert hat. Nachdem ja auf Grund Ihrer Aktivität hinsichtlich der Eindämmung der PR-Maßnahmen der Sommer erst im Oktober 1999 beginnt, haben Sie diese Richtlinien über die Öffentlichkeitsarbeit vorgelegt, und Sie selbst haben in der Anfragebeantwortung Ihren Klubobmann während der Budgetdebatte zitiert. Und ich darf ihn noch einmal zitieren, und zwar vollinhaltlich. Regierungspropaganda ersatzlos abschaffen. Ich meine das gar nicht zynisch, doch man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß hierzulande immer öfter Politik nach dem Motto „um das Geld der anderen ist uns nichts zu teuer“ gemacht wird. Deshalb schlage ich vor, daß die Politik ein glaubwürdiges Beispiel in die Gegenrichtung setzt und die Regierungspropaganda, die in Ihrem Stil zur Parteienwerbung ausgeartet ist, ersatzlos gestrichen wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Lieber Hermann Schützenhöfer, die Worte sind sehr schön, und du hast die Glaubwürdigkeit, von der du gesprochen hast, mit allem Nachdruck dahin gehend vertreten, daß die ÖVP-Fraktion den Antrag am 6. Juli 1999, betreffend den letzten Punkt auf sofortige Einstellung der Propagandamaßnahmen, nicht mitbeschlossen hat. Vier Parteien dieses Hauses haben das beschlossen, eine Partei, die ÖVP, deren Klubobmann in der Budgetdiskussion noch von Glaubwürdigkeit und ersatzlos streichen und die Politik muß die Gegenrichtung gehen, gesprochen hat, hat diesen Antrag dann bis zur letzten Konsequenz nicht mehr mitgetragen, wohl in der Annahme, daß man auf Kosten des Steuerzahlers vielleicht nur ein bißchen Wahlkampf mitmachen kann, ein bißchen Parteienpropaganda, wie es der Herr Klubobmann definiert hat. Ich glaube, wenn sich die Politik entscheidet, Maßnahmen zu setzen, und von dieser Regierung diese Maßnahmen auch einverlangt, so haben wir alle hier im Hause ein Recht darauf, daß unsere Forderungen auch erfüllt werden. Aber nicht so, wie in diesen Richtlinien, die ja vor lauter Nebentürln keinen Platz für den Raum mehr lassen. Es ist ein Schweizer Käse, in dem die Löcher so groß sind, daß kein Käse mehr vorhanden ist. Weil diese Richtlinien, meine Damen und Herren, lesen sich ja auch herrlich. Wenn da zum Beispiel steht „im Interesse der Erfüllung des Verfassungsgebotes der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit“. Ich frage mich dann ernsthaft, wo ist denn die Sparsamkeit, wenn ich all diese Maßnahmen hernehme und durchrechne? Wo ist denn diese Sparsamkeit? Und da steht noch „in Erfüllung des Verfassungsgebotes“, und hat die ÖVP vergessen, was ihr Klubobmann Khol im Nationalrat gesagt hat? Er hat den Begriff des Verfassungsbogens geprägt, und wenn ihr so mit der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit im Zuge des Verfassungsgebotes umgeht, dann steht ihr wohl außerhalb des Verfassungsbogens. Nicht zuletzt bekamen wir durch die Medien ausgerichtet: Selbstbedienung im Jahr 2000 schamlos fortgesetzt.

Und das geht wieder nahtlos in diese Regierungsrichtlinie hinein: „... wenn eine Notwendigkeit besteht, die Bevölkerung über Maßnahmen der Regierung zu unterrichten.“ Wie schauen denn diese Maßnahmen der Regierung aus? Und wie seriös sind denn diese Informationen an die Bevölkerung? Ich denke nur an eine Zeitschrift beziehungsweise an einen Folder mit dem Abbild der Landeshauptfrau Klasnic, wo es um die Familienbeihilfe des Landes geht. Da steht interessanterweise drinnen, daß die Familienbeihilfe auf 150 Millionen Schilling aufgestockt wurde, im Wissen, daß es die ÖVP- und SPÖ-Fraktion nicht so beschließen wollte. Sie haben doch wesentlich weniger Geld für diese Maßnahmen beschlossen. Aber den Bürger läßt man glauben, mit einem Inserat, mit einer Werbebroschüre, aus Steuergeldern gezahlt, daß eh alles eitel und Wonne ist. Ich würde mir wünschen, wenn die fehlenden 7 Millionen eben aus dieser Inseratenkampagne kämen würden und den steirischen Familien zugute kommen.

Aber nicht zuletzt gäbe es ja auch Inserate zu lesen „Über 45 – ohne Job? 500 Steirerinnen und Steirer haben auf Grund der Initiative von Landesrat Paierl wieder die Möglichkeit, in die Arbeitswelt einzutreten.“ (Abg. Dr. Lopatka: „Bravo! Bravo!“) Das hat er am 7. März 1999 inseriert, und am 8. März 1999 bringt Herr Paierl einen Regierungsantrag ein, in dem interessanterweise drinnensteht, daß 350 Personen in die Bonität dieser Förderung kommen sollten. Meine Damen und Herren, lieber Herbert – ich habe soviel Zeit und nenne deinen Vornamen, nicht zuletzt weil wir zumindest im Vornamen Namensverwandte sind, nicht ungerne. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hat auch seine Vorteile!“) Hat auch seine Vorteile, ja – man läßt die Bevölkerung wieder im Glauben, daß alles gemacht wird, um ihnen zu helfen. Schaut man hinter die Kulissen, schaut es ganz anders aus. Und ich würde den Vorschlag unterbreiten, in diese Richtlinie – sie wird ja sicher noch diskutiert werden – nicht nur die Grundsätze der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit hineinzunehmen, sondern auch die Grundsätze der Klarheit und Wahrheit hineinzunehmen. Meine Damen und Herren, man könnte den Eindruck gewinnen, daß hinter diesen Eigenbeweihräucherungsaktionen ja noch viel mehr steht. Man schaltet Inserate, um sich einzukaufen, um sich in die Presse zu pressen, natürlich auch mit dem Hintergedanken, den Versuch zu unternehmen, so manche Berichterstattung zu beeinflussen. Ich bin aber sehr, sehr dankbar, daß wir eine sehr eigenständige und selbstbewußte steirische Presse haben, die mit Sicherheit dieses Spiel nicht mitspielen wird. Ich sage Ihnen auch, Sie werden in den Zeitungen so manches zu lesen bekommen, was Ihnen mit Sicherheit nicht gefallen wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, wie überhaupt stellt sich hier ja die Frage, warum ist es denn überhaupt notwendig, daß Regierungsmitglieder auf Steuergelder und mit Steuermitteln PR-Maßnahmen machen? Wir verfügen über einen Landespressediens, jedes Regierungsbüro über ein Heer von Pressereferenten. Warum geht der zuständige Landesrat nicht her und verkauft seine Leistungen oder zumindest das, was er machen will, über eine Pressekonferenz? Oder haben die Herren und Damen in der Regierungsverantwortung

Bedenken, daß sie keine Inhalte in ihren Aussagen haben, daß sie den Bürger nicht mehr überzeugen können, daß ihre Stimme nicht soviel zählt wie ein Inserat oder ein Plakat? Ich habe Verständnis dafür, wenn man den Weg zur Selbsterkenntnis gegangen ist in diese Richtung. Aber dann sollte man zumindest so fair sein und diese Inseratenkampagne aus den Parteikassen bezahlen. Ich habe aber auch Verständnis dafür, daß die Presse solche millionenschweren und inhaltsschweren Aussagen unserer Landesräte ja nicht gerade freiwillig in ihren Blättern schreiben. Wenn ich da zum Beispiel von Herrn Landesrat Ressel höre, eine teure Kampagne „Lächeln statt fluchen“, Günter Dörfinger mimt den Pisten-Bobby, denn auf einmal schmeckt ja auch ihm Spinat, der ist ja jetzt auf einmal gesund, und Erich Pörtl hat sich gleich ganz auf das Pommes-frites-Essen verlegt, indem er 4 Millionen Schilling für die Bewerbung der Altspeiseölsammlung ausgibt. Er sollte viel besser einen Werkvertrag mit McDonalds machen, bevor hier leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen wird. Und noch besser kommt es, wenn man in diesen Listen zu lesen bekommt, daß Herr Landesrat Herbert Paiarl und die Frau Landesrätin Rieder zwar zum Ausdruck bringen, daß sie sehr gerne dargestellt werden würden im Jahre 2000, aber sie noch nicht wissen wie.

Das sind halt Inserate, Insertion, die braucht man ja – so frei nach Qualtinger. Man fährt halt schnell, aber ich weiß nicht, wohin man fährt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Einen Platz freilassen für dich!“) Herbert, mittlerweile haben wir die Richtung dahin festgelegt. Ich wäre ja geneigt gewesen zu sagen, du wärest ja fast nicht mehr zu übertreffen gewesen, gäbe es da nicht den Herrn Landeshauptmannstellvertreter und die Frau Landeshauptmann. (Abg. Dr. Karisch: „Und die Marlies Rossmann in Graz. Die ist Spitze auf dem Gebiet!“) Absolut, wenigstens auch Sie haben es erkannt, Frau Kollegin.

Ich darf Ihnen nur eines sagen, wenn hier ein Herr Landeshauptmann Schachner hergeht und großartig in der Zeitung verkündet – (Abg. Purr: „Kennst du die Zeitung?“) Nein, Bill Schachner habe ich gesagt. Die Parallele zu Bill Gate, denn der wäre sicher stolz gewesen, wenn er solche Innovationen in seinem – (Abg. Purr: „Hier ist es!“) Ich sehe das nicht. Du bringst es mir dann heraus, ich werde dann reagieren auf deine Vorwürfe. Ist es wenigstens ein gutes Foto? Dann kannst du es nicht gewesen sein, der fotografiert worden ist. (Abg. Purr: „Du kannst deine Rede langsam abbrechen!“) Also das Wort lasse ich mir von dir nicht verbieten.

Ich werde dir noch soviel ins Stammbuch schreiben mit deiner Glaubwürdigkeit, damit du endlich auch einmal lernst, vor den Spiegel zu treten und Achtung vor dir selbst zu haben. (Abg. Purr: „Wenn du in den Spiegel schaut, siehst alles, auch das!“) Ich habe Verständnis dafür, weil das hält kein Spiegel aus, wenn du ihn denen vorhältst.

Aber, meine Damen und Herren, heute herzugehen und sich in ein Regierungsbüro der Landeshauptleute Server installieren zu lassen – ich gebe jetzt nur einmal zu bedenken, im Jahr 2000 sind Landtagswahlen, ich gebe nur zu bedenken –, für nicht einmal ein Jahr Server installieren zu lassen, wobei man aus einem dieser Büros weiß, Nettokosten von 2,6 Millionen

Schilling. Das heißt, die Steuer eingerechnet wären das in etwa 3,2 Millionen für ein Jahr Bewerbung eines Landeshauptmannstellvertreters und einer Landeshauptfrau. 2,6 Millionen. Ich habe dabei noch gar nicht eingerechnet die Million Wartungsverträge im Jahr. Wissen Sie, was Fachleute sagen, wieviel das kosten würde? 750.000 würde es kosten, wenn man es unter Fachmännern macht, wenn man es selbst macht und es dementsprechend am laufenden Stand hält.

Meine Damen und Herren, wenn das keine Vergeudung von Steuergeldern ist. Nicht zuletzt in Anbetracht der nicht absehbaren Folgen nach der nächsten Wahl, glaube ich, daß wir alle zusammen aufgerufen sind, diese Mißstände abzustellen.

Und wenn sich der Klubobmannstellvertreter der ÖVP versucht, etwas lustig zu machen, so sei ihm auch ins Stammbuch geschrieben, daß ihr vollinhaltlich hinter dieser Sache steht, nur ganz bewußt das Jahr 2000 als Wahlwerbejahr für euch noch haben wolltet. Nur, ich denke, daß das nur ein Verschieben von Problemen ist. (Abg. Purr: „Werbung ist euch fremd!“) Weißt du, Werbung macht man mit Sachen, die man geleistet hat. Dann wird sie von der Bevölkerung auch angenommen. Werbung macht man nicht mit Versprechen, die man nicht einhalten kann, lieber Freund. (Beifall bei der FPÖ.) Das unterscheidet uns auch in der Glaubwürdigkeit. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich stehe auf dem Standpunkt, daß Leistung unter Regierungsmitgliedern, ganz unabhängig welcher Couleur, wirkliche Leistungen von der Bevölkerung anerkannt und mitgetragen werden. Wir vergrämen vielmehr die Bevölkerung, wenn auf jeder dritten Seite eines Lokalblattes irgendein Regierungsmitglied herunterlacht und sagt, das habe ich gemacht oder das werde ich machen. Die Bürger draußen sind dieser Werbung überdrüssig. Ich glaube, es ist Verpflichtung, der Politik in diesem Bereich wieder die Glaubwürdigkeit zu geben, von der Hermann Schützenhöfer am 29. Juni gesprochen hat.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, darf ich einen Beschlußantrag einbringen, der da heißt:

Mit der Beschlußfassung über die Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit der Steiermärkischen Landesregierung wurde eine ganze Liste von Werbeaktionen als Ausnahmen, die nicht den Beschränkungen dieser Richtlinie unterliegen, beschlossen. Dadurch wird der Landtagsbeschluß Nr. 1370, der persönliche PR-Aktivitäten der Regierungsmitglieder mit sofortiger Wirkung untersagt, unterlaufen.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert: erstens ab 1. Jänner 2000 sämtliche von ihr durchgeführten Werbeaktionen in das in der Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit vereinbarte Gesamtbudget von 10 Millionen einzurechnen; zweitens den Landtagsbeschluß Nr. 1370 ohne Ausnahmen zu vollziehen und dem Landtag bis längstens Ende des Jahres darüber zu berichten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, denn ich möchte nicht mehr lesen müssen, daß sich die Landeshaupt-

frau in Sachen Semmeringtunnel durchgesetzt hat. Ich möchte nicht mehr in der Zeitung lesen, daß sich die Landeshauptfrau durchgesetzt hat in Sachen Krško. Ich möchte aber vor allem nicht lesen, daß sich die Landeshauptfrau gegenüber dem Steirischen Landtag durchgesetzt hat. Ich bitte Sie, daß wir gemeinsam zu dieser Entschließung kommen und die Regierung diesem Wunsch auch Rechnung trägt. (Beifall bei der FPÖ. – 16.25 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstes hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer** (16.25 Uhr): Meine Damen und Herren!

Vorweg eine Bemerkung zu meinem Vorredner. Herr Kollege Peinhaupt, ein bißchen habe ich Ihren Mut schon bewundert. Wir haben jetzt gerade erst vor kurzem Nationalratswahlen gehabt. Und wenn ich mich richtig erinnere, war der Wahrheitsgehalt der FPÖ-Plakate – ich erinnere etwa an den Kinderscheck – schon Gegenstand einschlägiger Debatten. Das nur vorweg.

Zweitens zu dem Thema auch – kann ich mir nicht verkneifen –, es gibt über der Wahrheit noch andere, aus meiner bescheidenen Sicht höhere, Werte der Hygiene in der Politik. Ich habe schon leider den Eindruck gehabt, daß die FPÖ-Plakate auch diesen – wenn Sie wissen, was ich meine – Kriterien nicht immer entsprochen haben und entsprechen.

Jetzt zur Sache: Ich möchte in der Debatte auf einen speziellen Aspekt eingehen – die Werbung –, weil ich mich in den letzten Wochen damit auseinandersetzen mußte. Das sind die bereits zitierten 4 Millionen Schilling von Herrn Landesrat Pörtl für die Sammlung von Altspeiseölen.

Dazu zwei Feststellungen:

Die erste: Einige von Ihnen werden sich erinnern, daß wir vor ein paar Wochen an die Öffentlichkeit gegangen sind und aufgedeckt haben, daß 90 Prozent der österreichischen Altspeiseöle seit Jahren nach Belgien gehen, und zwar genau in diese Futtermittelfabrik, die da draußen in diesen riesigen Dioxinskandal verwickelt war.

Was lernen wir daraus? Daß die Hausfrauen mehr oder weniger brav, bereits durch Aufklärungsmaßnahmen aus Steuergeldern animiert – obwohl das wahrscheinlich gar nicht notwendig gewesen wäre, weil ich behaupte, das Umweltbewußtsein der Bevölkerung ist sicherlich höher als jenes der Politik in diesem schönen Lande –, ihr Altspeiseöl gesammelt haben, daß die unten in Mureck, die wackeren, mit ihrer Anlage versucht haben, das Beste, nämlich Biodiesel, daraus zu machen, und zum Schluß nur mehr zwei Tage in der Woche gefahren sind, Hilferufe abgesandt haben, das dem Ministerium, der Landesregierung hier in Graz seit Jahren bekannt war, und nichts ist geschehen.

Und jetzt stellt man sich hin und sagt, wir müssen die Bevölkerung aufklären. So, als ob man sagen würde, ja, ihr seid die Tröpfe, und wir sagen euch jetzt, wo es langgeht. Das Gegenteil ist der Fall, wobei ich dem Herrn Landesrat nicht unterstellen

will, daß er das nicht eh weiß. Natürlich weiß er das, aber er will sein Bild in die Zeitung rücken. In dem Zusammenhang gleich ein zweites Beispiel, damit Sie auch besser verstehen, worauf ich hinaus will. Nehmen wir die Milchpackerl her. Das war so eine der letzten PR-Aktionen auch unseres Umweltlandesrates, auch sehr viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht worden, auch nicht unbedingt notwendig, weil die Konsumenten haben ja nicht aufgeklärt werden müssen, daß die Glasflasche umweltfreundlicher ist. Die haben das zehn Jahre versucht, nur ist es verhindert worden. Und von wem denn? Von den Hausfrauen, von den Schülern, von all denen, die aufgeklärt werden sollen jetzt? Oder von wem? Und was ist inzwischen? Was haben wir denn gemacht mit dem Bewußtsein, mit dieser Werbung für die Milchflaschen, für die Glasflaschen? Was haben wir denn gemacht damit? Eine ganze Generation haben wir inzwischen jetzt bald entmutigt, insbesondere junge Leute. Das heißt, wenn hier Aufklärung notwendig ist, dann bitte darüber, warum heute die Glasflasche schon wieder aus den Regalen verschwunden ist, und nicht eine Hebung des Umweltbewußtseins zur höheren Ehre eines Landesregierungsmitgliedes.

Nächster Punkt. Ich habe mir Gedanken gemacht, wie ich eigentlich das ganze so mit einer Überschrift, wenn das jetzt ein Zeitungsartikel wäre, versehen würde, und da bin ich auf die hellen Köpfe gekommen. Landesrat Paiarl ist nicht da, aber er wird mir gestatten, das Copyright zu zeigen, und es sind nicht nur die hellen Köpfe, es sind sogar die erleuchteten nach meinem bescheidenen Dafürhalten, wenn Sie wissen, worauf ich hinaus will. Die „Citylights“, das sind diese schönen beleuchteten Köpfe an den Straßenbahnhaltestellen, einer links, einer rechts, in ganz Graz verteilt, 5000 Schilling pro Monat, das geht schon ins Unanständige im Grunde genommen. Wenn man bedenkt, daß da nur ein Kopf präsentiert worden ist mit irgendeiner spärlichen Botschaft, wie etwa der sensationelle Erfolg vom Semmeringtunnel ist schon genannt worden oder die mindestens so sensationelle 5-Prozent-Strompreisreduktion. Diese ganze Kampagne, kann man sich jetzt sehr schön nachrechnen, hat alleine in Graz für eine einzelne Partei einen Millionenbetrag im Monat ausgemacht, und das unter der Zeit. Das hat mich wieder erinnert an die Feststellung des Martin Wabl, die ja da an der Stelle immer wieder getroffen wurde, nur in Nordkorea schaut es noch wilder aus. Nur in Nordkorea ist es noch ärger, und nur dort wird die Landschaft mit noch mehr Plakaten verunstaltet und die Bürger mit noch mehr Plakaten belästigt.

Zum dritten Stichwort, Presseförderung. Ich sehe da auch einen direkten Zusammenhang. Es wundert mich nicht, daß zumindestens von Teilen des Landtages die Presseförderung schlicht abgeschafft werden soll. Wie denn? Wenn man das Heil in der Beglückung der Bevölkerung mit der Präsentation von Plakaten des großen Führers oder der großen Landesmutter sieht. Was brauche ich denn da noch ein Argument? Was brauche ich denn da noch das geschriebene Wort? Was brauche ich denn da noch eine Presse? Und wenn die Geschichte nicht so ernst wäre, dann könnte man ja fast lachen darüber. Aber sie ist ernst, schauen wir uns an die österreichische Presseförderung. Ich vermute,

daß es auch nur in Nordkorea ärger ist mit dem Pressekonzentrationsprozeß. Jedenfalls in den westlichen Industriestaaten sind wir auch inklusive der ganzen ehemaligen Ostblockstaaten einsame Spitze.

Vierter Punkt, die Repräsentationskosten im 99er-Budget für die Regierung machen schlicht und ergreifend 40.000 Schilling pro Tag aus. Ich füge dem nichts hinzu, ich sage es nur an dieser Stelle.

Und zum Abschluß fünftens, das alles hängt sehr viel mit unserer Proporzregierung zusammen. Die Volkswirte im ersten Semester - Herr Prof. Schachner ist nicht da, ich war ein Student von ihm - lernen, daß bei einem unvollständigen Markt, einem sogenannten Oligopol, die Firmen nicht mehr in den Wettbewerb treten, sondern ihr Heil in der Werbung suchen. Genau das ist das Spiegelbild unserer Konzentrationsregierung. Es gibt keinen Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, sondern sie sitzen alle drinnen in der Regierung, heute schon mehrfach gehört, einer wirft dem anderen immer seine Untaten vor, regieren und Opposition ist das Gleiche. Zum Schluß geschieht gar nichts. Man sucht sein Heil in der Werbung, in einer Oligopolstruktur, wie das nun einmal ist. In der Wirtschaft ist das berühmteste Beispiel die Waschmittelindustrie, und deswegen heißt das auch im Volksmund Waschmittelwerbung. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. - 16.33 Uhr.)

**Präsident:** Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Keshmiri (16.33 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben hier heute eine Dringliche Anfrage der Freiheitlichen zu behandeln in bezug auf die Richtlinien und in bezug darauf, daß es von diesen Richtlinien verschiedene Ausnahmen gibt, um diese Richtlinien eben in bezug auf PR-Propaganda der Proporzregierung zu umgehen. Herr Kollege Peinhaupt hat vorhin gesagt, ums Geld der anderen ist uns nichts zu teuer. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ich habe nur Schützenhöfer zitiert!“)

Sie haben das zitiert, das ist auch schon Grund genug zu sagen, Sie sind auch daran beteiligt. Sie sind auch daran beteiligt, weil Sie Teil dieser Proporzregierung sind und weil Sie einige Anträge von uns, von den Liberalen und von den Grünen, auf Abschaffung des Proporzsystems nicht unterstützt haben (Beifall bei den Grünen.), und deswegen, meine ich, ist auch Ihre Glaubwürdigkeit hier sehr wohl in Frage zu stellen. Und dann tut man sich leicht, wenn man auf der einen Seite die Möglichkeit, daß es hier Richtlinien gibt, wo es schon im Vorfeld eine Mehrheit dafür gibt, daß man diese bekommt, und auf der anderen Seite immer gegen die Abschaffung des Proporzsystems ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was hat die Werbung mit Proporz oder Konzentration zu tun?“) Das hat sehr wohl damit zu tun, weil die Richtlinien von der Landesregierung, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, beschlossen worden sind.

Und wenn hier von den Freiheitlichen der Stillstand im Land immer propagiert wird, dann meine ich, sind Sie auch mitverantwortlich. Und das ist hier die Glaubwürdigkeit, um die es geht. (Abg. Mag. Jost-Bleckmann: „Die Glaubwürdigkeit sieht man bei Wahlen!“)

Das muß man hier sehr wohl einmal sagen. (Beifall bei den Grünen.)

Wenn Sie die Glaubwürdigkeit der Freiheitlichen Partei nicht in Frage stellen wollen, dann sind Sie so lieb und unterstützen Sie bitte unseren Antrag auf Abschaffung des Proporzsystems. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das tun wir ja!“) Gut, dann würde ich Sie bitten, das zu tun. Ich werde diesen Antrag gleich vorlesen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, trennen Sie einmal Äpfel von Birnen!“)

Und es geht hier um die politische Verantwortung, die Sie sehr wohl auch als Freiheitliche Partei mitzutragen haben, denn Sie fordern sie auch immer ein, und das ist einfach Zweigleisigkeit zu fahren und dann nicht die politische Verantwortung für Richtlinien in bezug auf die PR-Kampagne der Regierung zu unterstützen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr kommt trotzdem nicht in die Regierung!“)

So, jetzt möchte ich diesen Entschließungsantrag vorlesen, und ich bitte die Freiheitliche Partei ganz inständig, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen. Wenn Sie ihn nämlich unterstützen, dann gibt es in diesem Land keine Proporzregierung mehr. Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu tun, indem Sie die Glaubwürdigkeit Ihrer Partei nicht in Frage stellen.

Ich lese den Entschließungsantrag vor der Abgeordneten Keshmiri und Zitz, betreffend Abschaffung des Proporzsystems für die Landesregierung.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle zur Landesverfassung vorzulegen mit dem Ziel, das Proporzsystem für die Landesregierung durch das System einer Mehrheitsregierung zu ersetzen.

Und eines ist mir auch noch eingefallen. Wir haben hier schon einmal im Frühjahr ganz ausführlich diskutiert über den Landesschulratspräsidenten. Die Frau Kollegin Jost-Bleckmann hat heute gesagt, es sind verschiedene Posten nicht nachbesetzt worden, eben aus diesem einen Grund. Ich möchte hier eines sagen, durch diese Packelei zwischen SPÖ und Freiheitlichen in bezug auf den Landesschulratspräsidenten ist dieser Posten noch immer nicht besetzt.

Also nicht die anderen beschimpfen, sondern lieber vorerst einmal vor der eigenen Türe kehren. Danke! (Beifall bei der ÖVP und den Grünen. - 16.37 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

**Abg. Schützenhöfer (16.38 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mein ganzes Ladl, um auf gut steirisch zu sagen, voll mit Informationen der Regierung, verschiedene Kalender, Straßenkarten. Nur die Mineralwasserflasche hat nicht Platz gehabt, wo uns der Wissenschaftsreferent alles Gute wünscht.

Ich würde sagen, lassen wir das, beginnen wir in bestimmten Bereichen die Dinge neu zu sehen, und freuen wir uns darüber, daß die Landtagsinitiative, der sich im Grunde alle Parteien angeschlossen haben und die von uns ausgegangen ist, eigentlich gefruchtet hat. (Abg. Mag. Jost-Bleckmann: „Ja, für das Jahr 2050!“)

Meine Damen und Herren und liebe Kollegin Magda Bleckmann, ich lasse persönlich nicht zu die Darstellung, daß seit diesem Beschluß nichts weitergegangen ist. Wir haben ganz im Gegenteil es mit sehr ernst zu nehmenden Neun-zu-null- und zum Schluß eben Acht-zu-eins-Beschlüssen der Landesregierung zu tun. Wir haben neue Spielregeln. Der penetrante und unkontrollierte Wildwuchs der Regierungspropaganda, die zur Parteienwerbung ausgeartet ist, ist zumindest im Begriff, ein Ende zu finden. Und das ist jedenfalls einmal sehr erfreulich. Natürlich weiß ich – und das räume ich gerne ein, wenn Sie das hören wollen –, daß sich manche schwer tun, ihre Konterfeis aus der Werbung zu nehmen. Es hat in den letzten Tagen, seit dem letzten Beschluß der Regierungsmehrheit – in dem Fall acht zu eins – diese berühmte Geschichte mit dem Snow-Bobby gegeben, wo ihr Bild noch dabei war, entgegen dem, was beschlossen war, den Volkskulturkalender.

Also sei es darum, in der Summe ist sich die Regierung einig, daß sie das, was sie letztlich neun zu null beschlossen hat, in aller Form auch durchführen wird. Das, was halt jetzt in den letzten Tagen sozusagen als Nachwehen uns begegnet ist, sind ja doch schon die Ausnahmen der Regel.

Deshalb, meine Damen und Herren, wende ich mich dagegen, daß die ganze Initiative schlecht gemacht wird. Denken Sie daran – und ich habe es eingangs schon gesagt –, mit welcher Art von Werbemaßnahmen wir es heuer im Frühjahr rundum und bei bestimmten Regierern exzessiv zu tun hatten. Das alles ist weg und damit auch der Unmut, daß der Steuerschilling für die vordergründige persönliche Profilierung verwendet wird.

Nehmen Sie doch bitte diese Fakten auch einmal als gegeben zur Kenntnis.

Die Liste dessen, und das ist das zweite, was ich auch einräume, meine Damen und Herren, was insgesamt in dieser Periode noch an Werbemaßnahmen der Ressorts vorgesehen ist, ist größer, als wir es gerne hätten. Und das hat ja letztendlich dann dazu geführt, daß Herr Landesrat Schmid der Sache nicht zugestimmt hat. Aber im Grunde ist er doch sozusagen mit dabei bei neun zu null. Wir hätten auch gerne, daß die Listen der Maßnahmen im Ressortbereich der SPÖ kleiner wären als bei anderen, aber sie liegen auf dem Tisch, und wir haben es zur Kenntnis genommen, daß sie zu Ende geführt werden. Und die Summe, und da rede ich nicht um den Brei herum, das steht im übrigen auch in keinem Landtagsbeschluß, ist summa summarum bis Ende 2000 größer als 10 Millionen. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber, meine Damen und Herren, halten wir doch fest, das Faß ohne Boden haben wir geschlossen, die Karten liegen auf dem Tisch der Regierung und auch im Landtag, und wir werden penibel darauf achten, daß die Werbung so erfolgt, wie wir es

beschlossen haben, ohne Bild und Namen des zuständigen Regierers. Ich nehme an, damit wird sozusagen der Wille, ständig und ununterbrochen werben zu wollen, auch ein bißchen von vornherein eingeschränkt. Aber wir haben doch überhaupt nichts dagegen, daß dieses Land für unser Land wirbt, im Interesse der Steiermark und im Interesse des Ganzen.

Und ich darf Ihnen noch für meinen Klub mitteilen, daß wir dem zweiten Punkt des Entschließungsantrages der Freiheitlichen – und wir bitten, getrennt den ersten und zweiten Punkt abzustimmen – unsere Zustimmung geben werden. Mit der Begründung können wir uns nicht einverstanden erklären, aber es geht ja um den Beschluß. Dem Entschließungsantrag der Liberalen würden wir unsere Zustimmung geben, wenn er abgestimmt wird – ich bezweifle, ob man den Proporz bei diesem Thema zur Abstimmung bringen kann.

Ich sage also noch einmal, meine Damen und Herren, bitte lassen Sie die Kirche im Dorf. Das, was seit diesem Landtagsbeschluß durch Beschlüsse der Regierung insgesamt geschehen ist, ist sehr viel von dem, was wir alle gemeinsam gewollt haben. (Beifall bei der ÖVP. – 16.44 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Präsident, eine kurze Wortmeldung!“)

Bitte sehr, Herr Landesrat.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.44 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen von der Regierung, Hohes Haus!

Ich glaube, es waren sicherlich sehr besonnene Worte, die der Klubobmann gefunden hat, Klubobmann Schützenhöfer. Es waren aber auch im selben Ausmaß richtige Kritikpunkte, die im erhöhten Ausmaß Herbert Peinhaupt und Karl Wiedner vorgebracht haben.

Wenn wir hier alle, und ich zähle mich gerne dazu, ob ich mich schuldig fühle oder nicht, einmal bekennen, daß es so nicht weitergehen kann mit diesen Unsummen. Liebe Frau Landeshauptmann, seien Sie mir nicht böse, aber Sie haben gesagt, die 2,852.000 Schilling stehen im Budget. Ich gehe einmal davon aus, daß die nicht halten, sondern daß es hier im Rechnungsabschluß ein bißchen anders ausschauen wird. Stehen wir dazu, daß wirklich zuviel öffentliche Gelder für die Darstellung von Regierungsarbeit verwendet wurde. Ich ziehe meinen Bereich, wenn Sie so wollen, mit ein.

Daher haben wir in sehr guten Verhandlungen – Günter Dörflinger, Gerhard Hirschmann und ich – hier auch, wie es aus diesen Richtlinien hervorgeht, alle Maßnahmen gesetzt, die nach unserem Dafürhalten geeignet waren, die Reißleine zu ziehen. Nur, und das ist der Punkt, über den man wirklich ernsthaft nachdenken muß, wenn man sich die beiden Listen, die dann vorgelegt wurden, anschaut, dann muß man den Eindruck bekommen, daß das nicht ernst genommen wird, daß es munter weitergeht. Ich zitiere: „Inseratenserien in diversen Medien zum Grazer Kultursommer, diverse Medien, lokal,

regional, überregional." Ausgemacht haben wir bitte, daß die Verträge auf den Tisch gelegt werden, die bereits abgeschlossen wurden! Aber auch für diese neuen Bereiche gelten dann im Grunde genommen die Richtlinien; außer der Höhe nach und so fort.

Ich würde mir wirklich wünschen, daß dieser Antrag, dieser Zusatz noch einmal in die Regierung kommt und daß das, was wir drei vereinbart haben - Karten auf den Tisch, wo gibt es Vereinbarungen, wie schaut das aus -, beschlossen wird.

Damit ich nicht nur einen Regierungspartner erwähne, der liebe Herbert Pairol hat ja nur mehr alle Zeitungen aufgezählt und Regionalzeitungen, und darunter steht „diverse Inserate, diverse Insertionen, diverse Kooperationen, Steiermark-Seiten“ und vieles andere mehr.

Das stört mich, und das habe ich mit Nachdruck auch zur Kenntnis gebracht, daß man jetzt, so rette sich wer retten kann, noch einmal die Gelegenheit beim Schopf ergreift und noch einmal, was weiß ich, 60, 80, 100 Millionen Schilling, also öffentliche Budgetmittel, aus Ressortbereichen hinaus-schmeißt.

Ich habe einmal scherzhaft nachgefragt, ob Inserate für Sprechstage von mir vom Landespressediens übernommen werden. Dort, wo ich mich draußen in den Bezirken hinsetze - in Stainach sind 45 Leute gekommen -, da kommen Leute mit ihren bescheidensten Anliegen, wo zum Beispiel Mindestrentner ein paar Schilling brauchen, also Regierungsarbeit machen, ihr kennt das alle, ihr macht das genauso wie ich, darf nicht inseriert werden.

Das ist nicht Öffentlichkeitsarbeit. Hat mich gefreut, ich zahle das also und habe es vorher auch schon als FPÖ bezahlt. (Landesrat Dörflinger: „Michael, Entschuldigung, nach den neuen Richtlinien hättest du ein Problem damit!“) Ja, ich habe es eh bezahlt. (Landesrat Dörflinger: „Nein, ich sage nur. Laß mich kurz sagen, nach den neuesten Richtlinien dürftest du nicht hineinschreiben, daß du dort eine Sprechstunde abhältst, weil die Nennung des Namens und ein Bild verboten sind!“) Okay. Schau Günter, du beweist ja nur, daß du die Geschichte nicht ernst nimmst. (Landesrat Dörflinger: „Ich nehme sie ernst!“) Wir haben sie ernst genommen, und ich habe auch dir jetzt unterstellt, daß du sie ernst nimmst. Diese Inserate haben wir jahrelang immer als FPÖ bezahlt und werden es auch weiterhin tun. Ich wollte damit nur aufzeigen, wo es langgeht. Wenn ich mich dort hinsetze und acht Stunden einen Sprechtag abhalte und die ganzen Raumplanungsprobleme und so weiter bespreche, ist das augenscheinlich keine vernünftige Darstellung einer Politik. Ich sehe es zwar ein bißchen anders. Und da sollten wir uns jetzt einmal beim Schopf packen, das Ganze bitte neu hinterfragen, und nicht anhand dieser Liste, die ja bitte beginnt, das muß ich auch noch vorlesen, „nicht tangiert sind davon Maßnahmen, bei denen das Land als Veranstalter auftritt oder Projektförderungen vergibt“. Das heißt, wenn ich diesen Satz, der hier als Sideletter mitbeschlossen worden ist, hinterfrage, dann kann ich weiterhin alles mit Foto, mit Namensnennung, wo es eine Förderung gibt oder wo es sich um das Land als Veranstalter handelt, machen. Ich bitte wirklich ernsthaft darüber nachzudenken und von dieser Vorgangs-

weise abzugehen. Nur dann werden wir mit einer viel größeren Glaubwürdigkeit der Bevölkerung gegenüberzutreten.

Ich sage zum Schluß noch zu den Grünen und zu den Liberalen, der Zusammenhang, daß eine Koalitionsregierung keine Eigenwerbung machen würde im Gegensatz zu einer Proporzregierung, der muß mir bitte erst erklärt werden. Aber das Thema ist gut. Ich bin genauso der Meinung, daß man über eine Proporzregierung sehr ernsthaft reden kann. Ich fürchte nur, gerade beim Liberalen Forum, daß es euch trotzdem nicht gelingen wird, Mitglied einer Regierung zu werden, weil da braucht man die entsprechenden Stimmen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. - 16.50 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Nun hat sich Herr Landesrat Pörtl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Pörtl (16.50 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Ich möchte trotzdem ein paar Worte sagen zur Wortmeldung des Kollegen Hagenauer. Er glaubt, daß man unheimlich überzeugend eine Darstellung schafft, wenn man mit Müllvermeidung und Altspeisefett- und -ölsammlung in die Öffentlichkeit geht. Wir haben permanent den Vorwurf, daß wir gerade in diesen Sparten zu wenig Aufklärungsarbeit für Vermeidung und Bewußtseinsbildung betreiben. Wir haben in Österreich ein Sammelpotential von 22.000 Tonnen, und es werden 500 Tonnen gesammelt. Wer sich einmal praktisch beschäftigt mit dem Problem dieser Fette und der Reinigung und vor allen in den Kläranlagen mit den Klärwärtern spricht, was vor allem auch die Verstopfungskosten bei diesen überfetteten Abwässern betrifft, der kann mir nicht vorwerfen, daß ich aus PR-Sucht eine Maßnahme starte, wo im Bereich der Industrie fast 100 Prozent dieser Sammel-effekte durch Recycling in den Betrieben läuft, im Gewerbebereich bei 60 Prozent und nur kleine Teile im Haushalt laufen. Also ich möchte klarstellen, daß diese Kampagnen der Abfallvermeidung der Altspeisefette und Altölsorgung und -wiederverwertung eine Maßnahme zur Verbesserung der Umweltsituation darstellt. Und ich bin da gar nicht so neugierig darauf, daß da Erich Pörtl unheimlich begeistert betrachtet wird, wenn solche pädagogische Maßnahmen ergriffen werden. Ich bitte da um Verständnis - es ist sehr leicht durchschaubar, daß das nicht zur Behübschung eines Regierungsmitgliedes ist, sondern daß das eine rein fachliche, sachliche Maßnahme darstellt. Das möchte ich nur in den Raum stellen, und wir in der Steiermark können beweisen, nicht nur in der Verarbeitung, sondern auch in der Partnerschaft mit dem Verwenden von Biodiesel, Kooperationen von Gemeinden und Unternehmern, daß wir vor allem einen steirisch internen Kreislauf bilden, einerseits mit dieser Treibstoffvariante, andererseits gibt es im Raum Judenburg eine Seifenerzeugungsfirma, die auch diese Fette direkt außerhalb dieses Nährstoffkreislaufes verwertet. Da eine Kritik anzumerken, war nach meiner Überzeugung ein Versuch, sich sozusagen zu positionieren, daß alles, was passiert, nicht so gut ist, wie es gemeint ist. (Beifall bei der ÖVP. - 16.53 Uhr.)

**Präsident:** Es liegt jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor, und wir kommen zu einer Abstimmung. Ich darf vorher mitteilen, daß ich nach gewissenhaftester Überlegung nicht finden kann, daß ein Zusammenhang zwischen parteipolitischer Werbeaktivität mit ressortspezifischer Informationsarbeit, das heißt der Bezahlung von Parteiaktivitäten und gewisser Werbeaktivitäten durch das Land – laut Frau Keshmiri – mit der Tatsache besteht, daß wir hier im Lande eine Proporzregierung und Proporzverfassung haben. Ich weiß nicht, ob es Ihnen einsichtig ist, daß auch in einer Nicht-Proporzregierung diese Problematik auftreten könnte. Aber Sie wollen sich zu Wort melden. Ich sage Ihnen nur gleich jetzt, ich kann, weil wir uns bemühen, das sehr streng handzuhaben, diesen Punkt in der von Ihnen vorgelegten Form nicht zur Abstimmung zu lassen. Bitte, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Keshmiri (16.55 Uhr):** Diese Vorgangsweise beweist mir wieder einmal, wenn es ums Eingemachte geht, dann hat man keinen Mut zu Veränderungen. Was meine oder unsere Intention mit diesem Antrag war, war, das Grundübel einer Proporzregierung – und zwar dieser speziellen Proporzregierung in der Steiermark – an der Wurzel zu packen. Weil wenn man nämlich keine Proporzregierung hat, dann kann man von vornherein bei einer Regierungsbildung sehr wohl diese Richtlinien so gestalten, daß man zu einer Einigung kommt, und dann gibt es eben keine Dringliche Anfrage der Freiheitlichen zum Beispiel, weil von vornherein die Richtlinien da sind, weil es von vornherein eine Einigung gibt. Und Sie wissen sehr wohl, und speziell die Großparteien wissen das auch, daß viele Stimmen nur auf Grund dessen, daß es Proporzregierungen nach wie vor gibt, verlorengegangen sind und daß das hier eine Möglichkeit wäre, hier eine Veränderung, wie sie gerade von ÖVP und von SPÖ immer wieder vor der Wahl und nach der Wahl propagiert wird, eine Veränderung herbeizuführen. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 16.56 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedaure, daß Sie das so sehen, ich kann es leider nicht so sehen, weil ich mich an die Geschäftsordnung halten muß. Und was Sie anschneiden, ist eine unerhört interessante und bedeutende Systemfrage der steirischen Landesverfassung, wie nach der Wahl eine Regierung zustandekommt. Aber Sie können mir glauben, daß ich es mir nicht leicht mache. Ich kann nicht sehen, daß dieses Problem mit dieser Dringlichen Anfrage angesprochen wird, nämlich die Verwendung von ressortspezifischen informationspolitischen Maßnahmen für parteipolitische Werbeaktivitäten. Diese in der Dringlichen Anfrage gestellte Frage an die Frau Landeshauptmann hängt mit dem Proporzsystem nicht zusammen. Das ist eine Systemfrage, aber keine Frage, die mit dieser Dringlichen Anfrage zusammenhängt. Ich kann daher diesen Entschließungsantrag nicht abstimmen lassen.

Hingegen kommen wir jetzt zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei Österreichs, betreffend konsequente Umsetzung des Landtagsbeschlusses Nr. 1370 bezüglich Eindämmung der persönlichen Werbeaktionen der Landesregierung. Es wurde vom Klubobmann Schützenhöfer ersucht, die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

Ich komme zum Punkt 1, wo es um den Termin 1. Jänner 2000 geht, und ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Punkt zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Punkt 2, wo es darum geht, daß bis 31. Dezember – ich sage stark verkürzt – ein Bericht vorgelegt wird, wo das aufgelistet ist. Ich bitte jetzt, wenn Sie diesem Punkt des Antrages zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 23 und 24 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**23. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1269/1, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1998.**

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch (16.58 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie hat sich in seiner Sitzung vom 12. Oktober 1999 mit dem 14. Umweltschutzbericht für das Jahr 1998 befaßt.

Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1998, wird zur Kenntnis genommen. (16.59 Uhr.)

**Präsident:** Danke für den Bericht.

**24. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1272/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1998.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dirnberger (16.59 Uhr):** Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht 1998 – es handelt sich bereits um den elften derartigen Bericht – beinhaltet eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse aller im Raster eingerichteten Standorte im Rahmen der Bodenzustandsinventur. Neben umfangreichen statistischen Auswertungen werden auch kartografische Darstellungen aller ermittelten Parameter von den insgesamt 392 Standorten in übersichtlicher Form präsentiert.

Der Bodenschutzbericht 1998 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bodenschutzbericht 1998 wird zur Kenntnis genommen. (16.59 Uhr.)

**Präsident:** Danke auch für diesen Bericht.

Wir kommen jetzt zur gemeinsamen Behandlung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser, dem ich es erteile.

**Abg. Rieser (17.00 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus!

Der bereits 14. Umweltschutzbericht 1998 des Landes Steiermark stellt in gewohnter informativer Form die Umweltsituation des Landes dar. Der diesjährige Bericht ist der bisher wirklich allumfassende. Auf 468 Seiten werden in 14 Kapiteln mit 190 Abbildungen und Grafiken und weiteren 50 Tabellen die Sachgebiete dargestellt.

Ich darf einleitend die Gelegenheit wahrnehmen und dem Umweltschutzkoordinator Hofrat Dr. Manfred Rupprecht sowie allen 20 Abteilungen, die in diesem Zusammenhang mitgearbeitet haben, sowie auch externen Einrichtungen ein Dankeschön zum Ausdruck bringen.

Der wichtige Begriff der Nachhaltigkeit, der in der Umsetzung der lokalen Agenda 21 zum Ausdruck gebracht wird, zieht sich durch alle Kapitel durch. Die Nachhaltigkeit bedeutet, so zu agieren, daß die künftigen Generationen in ihren Lebensqualitäten nicht beeinträchtigt werden. Das schließt eine dynamische Partnerschaft von Umwelt und Mensch mit ein.

Wie unser zuständiger Landesrat Erich Pörtl auch gesagt hat – und ich möchte es hier wiedergeben. Er sagte, „daß wir Menschen uns ändern sollen und daß der Eigennutz nicht vor Mitverantwortung hochgeschrieben werden soll“.

Mitverantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren, heißt Mitbestimmung. Mitbestimmung setzt natürlich eine gute Information voraus.

Ich habe einige Punkte herausgenommen, die ich heute kurz aufzählen möchte.

Wußten Sie, daß 35.000 einzelne Flächen mit 850 unterschiedlichen geologischen Schichten in dieses bekannte Digitalnetz aufgenommen wurden? Daß zehn Jahre Grundwasseruntersuchung im Leibnitzer Feld zum Schutz der Trinkwasserversorgung durchgeführt wurden? Oder daß zum Beispiel im Bezirk Graz-Umgebung 97 biologische Kläranlagen in verschiedener Bauart auch untersucht wurden und 61 davon die bescheidmäßig festgelegten Grenzwerte auch einhalten? Daß die Mur in der Steiermark die Güteklasse 2 aufweist? Und so weiter, und so weiter. Daß die Abwässer von 78 Prozent der Bevölkerung im Rahmen öffentlicher Abwasserentsorgungsanlagen auch erfaßt und gereinigt werden? Oder daß zum Beispiel es im Jahr 1998 150 Ölalarmfälle gegeben hat? Daß zahlreiche Vorbereitungen zum Öko-Programm 2010 gesetzt wurden? Oder daß beispielsweise 55 Gemeinden in der Steiermark einen lokalen

Agenda-21-Prozeß durchgeführt haben? Oder daß in der Steiermark 340 Altstoffsammelzentren zur Verfügung stehen? Daß 57 Prozent des Gesamtabfalles Baurestmüll waren? Daß es eine Altstoffbörse gibt? Und allein im Jahr 1998 wurden 9,320.000 Schilling an Förderung für Altstoffsammelzentren vom Land genehmigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muß, wenn man von der Umwelt spricht, auch erwähnen, daß zum Beispiel 2982 Autowracks geborgen wurden. In diesem Zusammenhang müssen wir allen Ehrenamtlichen danken, die draußen in den Gemeinden aktiv sind.

1732 Betriebe auf einer Fläche von 6500 Hektar haben auf Grund des integrierten Obstbaues in der Steiermark umweltgerecht gewirtschaftet. Es gibt in der Steiermark 103 Nah- und Fernwärmeversorgungsanlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Fakten sind Beispiele dafür, was in diesem Land auch geschehen ist. Die Umweltpolitik von Herrn Landesrat Pörtl ist nachhaltig. Die Bürger sind Gott sei Dank bereit, hier auch mitzuwirken.

Ich möchte abschließend nur bitten, daß wir auch danach trachten, daß das Augenmaß in diesem Zusammenhang nicht verlorengeht. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.06 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.06 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verstehe schon, daß Kollege Rieser einen etwas himmelblau gefärbten Bericht zur Situation der Umwelt in der Steiermark hier vorgetragen hat. Er vergißt sozusagen die andere Seite der Medaille, nämlich daß viele Probleme, viele Aufgaben des Umweltschutzes in der Steiermark offensichtlich nicht mit der nötigen Konsequenz angegangen werden.

Dem widerspricht nicht, daß ich diesen Bericht für ganz ausgezeichnet halte. Ich möchte der Rechtsabteilung 3, Herrn Hofrat Rupprecht, und allen beteiligten Abteilungen sehr, sehr herzlich danken für diesen Bericht. Er ist exzellent. Ich halte ihn für den bei weitem besten Umweltbericht, der in Österreich erstellt wird. Er ist informativ und geht auch – und das ist besonders lobend hervorzuheben – auf die Problemzonen der Umweltschutzpolitik und des Umweltschutzes im allgemeinen sehr ehrlich ein.

Einige dieser Problemzonen, meine Damen und Herren, möchte ich hier ansprechen, weil ich es einfach auch als meine Aufgabe empfinde, hier nicht nur Lob und Hudel zu verbreiten – Herr Landesrat, deine Leistungen in Ehren –, aber ich denke, man muß schon wirklich auf die schmerzhaften Punkte hinweisen. Beispielsweise auf den Grundwasserschutz.

Ich bin sehr froh, daß Hofrat Saurer hier anwesend ist. Er ist in sehr hohem Maße verantwortlich für die Grundwasserschutzpolitik in unserem Bundesland, die in manchen Bereichen, beginnend bereits in den achtziger Jahren, durchaus Erfolge erzielt hat. Ich denke da an das Leibnitzer Feld, wo es wirklich

gelingen ist – die Diagramme sprechen hier eine eindeutige Sprache –, die Belastungen mit Schadstoffen, Nitrat beispielsweise, deutlich zu senken, auf der Basis intensiver Beratung, auf der Basis freiwilliger Organisationen der betroffenen Landwirte in erster Linie.

Aber es ist doch auch so, daß wir in manchen Bereichen der Steiermark diese Erfolge nicht verzeichnen können, beispielsweise im unteren Murtal. Dort, meine Damen und Herren, stagniert der Nitratgehalt im Grundwasser im wesentlichen, einzelne Bereiche seien da ausgenommen, aber im wesentlichen stagniert der Nitratgehalt. Nitrat, das sagt sich so einfach, ist schon, wenn es ins Trinkwasser gelangt, durchaus ein Problem, gerade wenn Babys, also sehr junge Menschen dieses nitratverseuchte Trinkwasser zu sich nehmen, kann es zu ernsthaften gesundheitlichen Schäden kommen. Wir wissen, daß es in der Steiermark noch eine große Anzahl an Hausbrunnen gibt – das ist das gute Recht vieler Bürger der Steiermark –, nicht alle führen die Untersuchungen ihres Hauswassers, ihrer Brunnen, in dieser Regelmäßigkeit durch, daß sie auch wirklich genau über den Nitratgehalt Bescheid wüßten. Manche von ihnen würden da durchaus ein erschrecktes Erwachen erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im unteren Murtal ist es also nicht gelungen, den Nitratgehalt des Grundwassers wesentlich zu verringern, was in erster Linie daran liegt, daß die Düngeberatung in diesem Bereich nicht so greift wie im Leibnitzer Feld, daß die Gülle in zu hoher Konzentration aufgebracht wird, daß schlicht und einfach die Schweinedichte und damit die Güllendichte zu hoch sind in diesem Bereich, die Schweinehaltung wird zu intensiv betrieben in dieser Region. Es gibt Untersuchungen, die belegen, daß eine um 70 Prozent überzogene Schweinedichte in diesem Bereich der Steiermark existiert. Wie man jetzt mit diesem Problem umgehen mag, es existiert, und es wird von der Umweltpolitik des Landes Steiermark, vom zuständigen Landesrat, nicht gelöst. Hinzu kommt erschwerend, daß dort selbstverständlich eines der intensivsten Maisanbaugebiete existiert. Und wir wissen es von den Untersuchungen landeseigener Untersuchungsanstalten, daß die Humusschicht in diesen Bereichen jährlich um etwa 3 Prozent abgetragen wird, was wiederum die Nitratbindfähigkeit an der Oberfläche reduziert und zerstört, was wiederum bedeutet, daß mehr Nitrat, mehr Schadstoffe ins Grundwasser und letztlich ins Trinkwasser gelangen.

Ein wichtiger Indikator für diese Situation sind auch die Oberflächengewässer in dieser Region, die als eindeutig eutrophiert zu bezeichnen sind. Wir haben in diesem Gebiet bei den Oberflächengewässern, bei den Grabenbächen, die schlechteste Wasserqualität in der Steiermark, so zwischen 2 und 3. In allen anderen Bereichen der Steiermark ist die Oberflächenwasserqualität mittlerweile deutlich besser, 1 bis 2, 2 ist ein durchschnittlicher Wert. Eine sehr erfreuliche Entwicklung, aber ich weise trotzdem ganz explizit auf dieses Wasserkrisengebiet hin. Ich glaube, daß es höchst an der Zeit wäre, hier entsprechende sanierende Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn es dem Landwirtschaftsreferenten der Steiermärkischen Landesregierung durchaus schwerfällt.

Ich komme zum zweiten Bereich, den ich mittlerweile als krisenhaft empfinde, zum Bereich des Abwassers, und hier wird hoffentlich bald frischer Wind einkehren. Ich glaube, daß wir dort mittlerweile auch in eine Stagnation eingetreten sind in dieser Legislaturperiode – also seit 1995 etwa. Kollege Rieser hätte dieselbe Rede etwas 1995 halten können, weil die Erfolge, auf die er verwiesen hat, sind Erfolge früherer Legislaturperioden, und nicht dieser Legislaturperiode. 20 Prozent der Abwässer, meine Damen und Herren, werden in der Steiermark noch immer nicht dem Stand der Technik gemäß gereinigt, gelangen ungeklärt oder mangelhaft geklärt ins Grundwasser, in Oberflächenwässer oder werden auf landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht. Ich halte das für außerordentlich problematisch. Wir alle wissen, daß viele Sammelgruben in der Steiermark undicht sind. Wir wissen, daß, wenn Sammelgruben ordnungsgemäß betrieben werden, das bei weitem die teuerste Methode der Abwasserbehandlung, wenn man es so nennen möchte, wäre. Sicherlich der falsche Weg wäre jetzt der Weg, den die FPÖ vorschlägt, nämlich beispielsweise die Anschlußverpflichtung aufzuheben. Das würde nämlich schlicht und einfach – es ist hier bereits erwähnt worden – die Kosten für diejenigen, die angeschlossen werden an den öffentlichen Kanal, deutlich hinaufreiben, wohingegen ich nicht ganz sicher bin, daß diejenigen, die nicht angeschlossen werden, günstiger entsorgen, es sei denn, sie bringen die Abwässer unbehandelt auf ihren landwirtschaftlichen Flächen auf, was ich aus ökologischen und auch gesundheitlichen Gründen für durchaus problematisch halte.

Diese Meinung hat nicht nur ein Politiker, sondern wird auch geteilt vom Umwelthygieniker des Landes, Herrn Dozent Köck. Eine viel bessere Möglichkeit, Kosten auch im ländlichen Raum zu reduzieren für Abwasserentsorgung, sind die mittlerweile ja Gesetz gewordenen Variantenuntersuchungen. Ich glaube nach wie vor daran, daß mit guten wissenschaftlichen Optimierungsmethoden beste Varianten zu finden sind. Das ist nicht immer die sogenannte Bürgermeistervariante, sondern durchaus auch andere Varianten, sogenannte alternative Varianten, die nicht immer grüne Varianten sein müssen. Ich glaube, daß so die Kosten einerseits solidarisch verteilt werden, aber auch insgesamt gesenkt werden können. In jedem Fall bedeuten diese Variantenuntersuchungen aber, daß wir in der Steiermark noch viel, viel mehr als bisher kleinere Kläranlagen bauen werden müssen, auf welcher technischen Basis auch immer, also konventionelle Basis oder Pflanzenkläranlagen, bauen werden müssen. Schätzungen der entsprechenden Fachabteilungen 3a und 3b gehen da in die Größenordnung von etwa 10.000 Anlagen. Wir haben gerade vorhin gehört, daß es in Graz-Umgebung 90 gibt, das ist noch ziemlich wenig, das ist erst einmal ein Anfang. Hier erwarte ich mir vom Landesumweltreferenten ein Durchstarten, daß wir da endlich weiterkommen bei diesen dezentral gelegenen Entsorgungsproblemen, was das Abwasser betrifft.

Zwischendurch einmal etwas Positives, meine Damen und Herren. Ich freue mich sehr über das neue Kapitel „Gentechnik“ in diesem Umweltbericht. Wir wissen alle um die Empfindsamkeit, Empfindlichkeit

der Bevölkerung, was diese Thematik betrifft. Die Enquete, die in diesem Bereich vom Steiermärkischen Landtag durchgeführt wurde, ist schlicht und einfach als Vorbildhaft zu bezeichnen. Wir haben hier Beispiele gegeben, sowohl was den Prozeß, als auch was das Ergebnis betrifft, für die gesamtösterreichische Gentechnikdebatte und darüber hinaus die Gentechnikdebatte auf europäischer Ebene. Wir können uns da durchaus vergleichen mit ähnlich gelaufenen Prozessen in Holland, in den Niederlanden. Ein Ergebnis dieser Enquete war, daß die Informationsarbeit, die Aufklärungsarbeit im Bereich Gentechnik intensiviert worden ist in der Steiermark. Hier ist den beteiligten Ressorts, Pörtl, Dörflinger, Schachner, wirklich zu danken, daß diese Informationsarbeit vorangetrieben wird, weil wir alle wissen, daß die irrationalen Ängste im Bereich der Gentechnologie leider sehr, sehr hohe Bedeutung im Zusammenhang mit der Meinungsbildung der Menschen aufweisen.

Wieder etwas Kritischeres zur Abwechslung. Ich komme zur Abfallwirtschaft oder, wie es modern und auch richtig heißt, zur Stoffflußwirtschaft, eine Denkweise, die mir persönlich sehr sympathisch ist, weil sie davon ausgeht, daß nicht irgendetwas als Abfall irgendwohin entsorgt wird, sondern daß es eben um einen Stofffluß geht, wo sich also Abfälle nicht in Nichts auflösen. Meine Anmerkung dazu ist nicht nur negativ, sondern schlichtweg alarmierend. Wenn man sich die Restmüllmengenentwicklung in der Steiermark ansieht, entfernen wir uns immer weiter vom selbstgesetzten Ziel 2003. Wenn man sich die Problemhinweise darauf, daß die Vermeidungsstrategien, die Pörtl noch vor einiger Zeit hier propagiert hat, nicht greifen. Die Leute kaufen immer mehr problematische Produkte, sie sammeln sie Gott sei Dank auch. Aber ich denke mir, der eigentlich richtigere Weg, da waren wir uns schon einmal einig im Steiermärkischen Landtag, wäre hier die Vermeidung. (Abg. Gross: „Der Konsument ist leider sehr verführbar!“) So ist es! Vermeidungsstrategie hat sehr viel zu tun mit Aufklärung, mit Information für den Bürger und für die Bürgerinnen.

Das wiederum hat viel zu tun mit unserer persönlichen Infrastruktur in dem Bereich, nämlich mit den Abfallberatern. Auch hier ein sehr ehrliches Diagramm in diesem Umweltbericht, wo wir erkennen müssen, daß die Ausgaben für Abfallberaterförderung seit 1994 stagnieren in der Steiermark. Offensichtlich ist Pörtl zum Entschluß gekommen, daß jetzt aber wirklich genug investiert wurde in diesem Bereich – in Abfallberatung, in Abfallvermeidung. Es gibt sogar Jahre, wie 1995, 1996, 1997, wo in Relation zu 1994 die Summe, die in diesem Bereich investiert wurde, gesunken ist.

Es gibt keine – zumindest sind sie in den Medien verschwiegen worden – irgendwie gearteten auffälligen Projekte im Bereich Abfallvermeidung. Ich bin schon neugierig, was Erich Pörtl hier heute für Vorschläge einbringt, wie die Abfallvermeidungsstrategie im Jahr 2000 und darüber hinaus ausschauen wird. Ich hoffe, er spricht dann nicht von der ökologischen Betriebsberatung. Das ist nämlich ein anderer Kakao. Das ist wichtig, das ist richtig, daß das passiert.

Bei der Entstehungsgeschichte, die hier auch im Umweltbericht dokumentiert wurde, fehlt mir ein bißchen – wenn ich mich richtig entsinne, Herr Landesrat, ich lasse mich da gerne entsinnen –, daß da doch einige Impulse auch vom Steiermärkischen Landtag ausgegangen sind. Aber es mag sein, daß es letztlich die Wirtschaftskammer war, die hier heftiges Interesse an ökologischer Abfallberatung gehabt hat, und letztlich die Fachabteilung 1c unter der Leitung von Hofrat Jägerhuber es war, die hier die entscheidenden Schritte gesetzt hat. Das mag schon stimmen, aber ich kann mich gut erinnern, daß wir das 1994/95 hier im Landtag recht intensiv auch diskutiert haben, was nämlich die richtige Form der ökologischen Abfallberatung ist, ob man es sozusagen eher beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung behalten soll – der Weg, der letztendlich gegangen wurde – oder eine eigene Firma zu gründen wäre.

Das ist meine Erinnerung zur Entstehungsgeschichte. Aber bitte, das ist jetzt einmal die andere offizielle Geschichtsschreibung, die in diesem Umweltbericht steht.

Noch ein Wort zu einem anderen durchaus wesentlichen Bereich, weil wir hier internationale Verpflichtungen eingegangen sind, dem Klimabündnis, das die Steiermark verpflichtet, bis 2010 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Ich sehe hier sehr erfreuliche Aktivitäten seitens einer guten Anzahl steirischer Gemeinden. 70, 80 Mitgliedergemeinden haben wir bereits in der Steiermark im Klimabündnis, ständig steigend, sehr engagierte Umwelterferenten, energiepolitische Referenten in den Gemeinden, die hier einiges vorantreiben. Auch das Klimabündnis selber, das sich als Firma konstituiert hat, Klimabündnis Ges.m.b.H. – also in diesem Bereich ist man diesen Weg gegangen –, setzt sehr, sehr erfolgreiche Maßnahmen im Bereich Beratung, Unterstützung, Information.

Mir fehlt es ein bißchen an den Aktivitäten des Landes selber. Natürlich ist die Unterstützung, die das Klimabündnis finanzieller Natur vom Land Steiermark bekommt, sehr, sehr wertvoll. Ich glaube aber, daß das Land Steiermark, nachdem es eben auch selber als Land Mitglied beim Klimabündnis Europa-Amazonien ist, daß es auch selber im eigenen Bereich Maßnahmen setzen muß.

Eine Maßnahme ist wieder einmal – nicht zuletzt auf Initiative von Kollegin Karisch – im letzten Landtag gesetzt worden. Wir haben einen sehr kräftigen Beschluß zur Stoffpolitik gefaßt, nämlich FCKWs und Derivate von FCKWs aus der steirischen Wohnbauförderung zu verbannen. Ich hoffe, der zuständige Landesrat Schmid setzt das innerhalb der nächsten drei Monate, wie wir das beschlossen haben, auch um.

Wie gesagt, eine Aktivität des Steiermärkischen Landtages. Aber vielleicht hat es nicht soviel Sinn, allzuviel Vaterschafts- oder Mutterschaftsklagen hier zu führen.

Meister Damen und Herren, zum Thema Naturschutz widerstrebt es mir schon fast, hier von diesem Ort aus zu sprechen. (Abg. Dr. Karisch: „Dann lassen Sie es!“) Wir haben es mit einem Landesrat zu tun, der offen einbekennt – ich weiß nicht, ob er es heute wieder macht, hier von diesem Pult aus, im Ausschuß jeden-

falls tut er es -, daß ihm der Naturschutz schlicht und einfach Wurst ist. Insofern wird es ein bißchen fragwürdig, ob man als Naturschutzsprecher der SPÖ hier noch etwas bewegen kann. Also, eine gewisse Neigung zu dem Ressort, das man hier vertritt, sollte man doch haben, wenn man es übernimmt. Welche Folgen das hat, wenn das nicht so ist, sieht man jetzt schon, wenn also Naturschutz-, eigentlich sind es Vogelschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, ausgewiesen werden, Vogelschutzgebiete, wo es darum geht, seltene Vögel zu schützen, in denen außer Spatzen und Amseln nichts vorkommt. Die Blauracke, um die es eigentlich gegangen wäre, kommt einige Kilometer daneben vor, also neben dem ausgewiesenen Vogelschutzgebiet. Es wäre schon sehr klug gewesen, wenn der Herr Landesrat Hirschmann hier mit der eigentlich einzigen kompetenten Organisation zusammengearbeitet hätte, nämlich mit Bird Life. Das ist eine sehr engagierte Nichtregierungsorganisation, die aber hier nicht kontaktiert wurde.

Vom Nationalpark, meine Damen und Herren, sind wir weiter denn je entfernt. Dieses Defizit, diese Defizite können durch Alibiaktionen im Bereich der Naturparke - lesen Sie das Naturschutzgesetz, meine Damen und Herren, und Sie werden wissen, daß diese Terminologie die richtige ist - nicht wettgemacht werden, auch nicht durch die verdienstvollen Aktivitäten der Naturschutzorganisationen, die ihren Mitarbeiterstand - ich werde nicht müde, es zu betonen - durch die Unterstützung von Landeshauptmann Schachner, Landesrat Paiarl sei besonders hervorgehoben, er ist der Wirtschaftslandrates dieses Bundeslandes, und auch Landesrat Hirschmann, muß man der Ehrlichkeit halber dazusagen, immerhin um 30 voll angestellte Mitarbeiter anheben konnten im Rahmen eines StWuK-Projektes, wie ich es heute schon einmal erwähnt habe.

Gäbe es diese Naturschutzorganisationen nicht, würde Naturschutzpolitik in der Steiermark zum Erliegen kommen.

Ich hoffe, daß wir davon im Bereich Umweltschutz noch entfernt sind. Aber das liegt nicht zuletzt daran, ob Landesrat Pörtl seine politischen Prioritäten wieder ein Stück weit von der Landwirtschaft - wichtig, unterstützenswert, wesentlich - hin verschiebt zum Bereich Umweltschutz. Dafür ist er nämlich auch zuständig. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 17.24 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke auch, aber nicht für die Aufmerksamkeit der abwesenden Damen und Herren. Wir sind überhaupt nicht beschlußfähig, falls plötzlich ein Beschluß notwendig ist. Es sind 14 Damen und Herren Abgeordnete von 56 im Saal. Ich würde die Klubführungen bitten, um die permanente Beschlußfähigkeit freundlicherweise besorgt zu sein. Ich danke schon jetzt dafür.

Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Porta, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Porta (17.25 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Erfolgreiche Umweltschutzarbeit erfordert gut abgestimmtes Zusammenwirken. Diese Kernaussage des Vorwortes von Landesrat Architekt Dipl.-Ing. Michael Schmid zum Umweltschutzbericht 1998 trifft den Nagel auf den Kopf. Beim 14. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark haben alle an der Entstehung dieses Werkes Beteiligten Hervorragendes geleistet. Dafür möchte ich allen herzlichst danken.

Ausgezeichnet finde ich die übersichtliche Gliederung in die diversen Kapitel, so zum Beispiel Raumordnung; Raumplanung und LUIS. In diesem Kapitel wird von der Grundlagenforschung über eine digitale geologische Karte der Steiermark in Kooperation des Landes mit dem Joanneum Research berichtet. Hier wurden am Institut für Umweltgeologie und Ökosystemforschung in den letzten drei Jahren die Daten für die digitale geologische Karte der Steiermark aufbereitet. Berichtet wird über die Standortbeurteilung für die Industrie und das Gewerbe, über die Regionalplanung, die Sachbereichsplanung, weiters der EU-Regionalpolitik, INTERREG Iia, der örtlichen Raumplanung und über LUIS, Landesumweltinformationssystem, und so weiter, und so weiter.

Das Kapitel 2, „Wasser“, ist ein besonderes Kapitel, das mir am Herzen liegt, ist doch Wasser Quelle des Lebens oder des Kampfes. Wir alle wissen, im 21. Jahrhundert wird Wasser ein wertvollerer Rohstoff sein als Erdöl, weil er knapper wird. Weltweit verfügen weniger als zehn Länder über 60 Prozent der Süßwasserreserven.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Steirer haben das Glück, in einem wasserreichen Land zu leben. Wir dürfen aber nicht leichtsinnig mit diesem kostbaren Gut umgehen, mit dem uns anvertrauten Gut. In der Vergangenheit wurden viele Sünden begangen. So wurde das Grundwasser im Leibnitzfeld durch Überdüngung, Monokulturen und durch die intensive Tierhaltung mit Nitrat und Atrazin stark verunreinigt. Durch die Schongebietsverordnung 1991 und 1995, die den Einsatz von bestimmten Pflanzenschutzmitteln verbot, zum Beispiel Atrazin, und das Aufbringen von Gülle und Jauche zeitlich regelt und die Größe der Maisanbaufläche beschränkt, konnten die Nitrat- und Atrazinwerte verbessert werden.

Nach der Novelle 1996 wurde ein weiterer Schritt zur nachhaltigen Verbesserung der Grundwasserqualität gesetzt. Zum Schutze von künftigen Verunreinigungen wurde das Aufbringen von Wirtschaftsdüngern neu geregelt. Eine Düngung ohne unmittelbar folgenden Anbau ist nicht als solche anzusehen und gilt daher nicht als ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung. Vor allem in der vegetationslosen Zeit ist nach dem Aufbringen von Düngern eine winterharte Gründecke so rechtzeitig anzulegen, daß diese ab dem 1. November eine vollständige Bestandsentwicklung aufweist. An 16 Meßstellen wird das Grundwasser kontrolliert. So konnte bei der Nitratmessung am Brunnen 22 in Sankt Georgen eine Senkung von 115 Milligramm pro Liter 1988 auf 56 Milligramm pro Liter 1998 festgestellt werden. Leider liegt diese Messung jedoch noch immer über dem höchstzulässigen Höchstkonzentrat von 50 Milligramm pro Liter. Auch bei den Atrazinwerten konnten Verbesserungen erzielt werden. Diese liegen aber zum Teil noch weit über der höchstzulässigen Höchst-

konzentration von 0,1 Mikrogramm pro ein Liter. Hier gibt es einen massiven Sanierungsbedarf, hier sind wir gefordert, weitere Maßnahmen zu setzen.

Was die Gewässergüte der steirischen Fließwässer betrifft, zeigen die laufenden Fließwässeruntersuchungen, daß der größte Teil der steirischen Fließwässer in einem sehr guten Zustand ist. Der hohe Stand der Abwasserreinigung in der Steiermark beweist, wie die Erhebung aussagt, den Entsorgungsgrad von Ende 1997 von fast 80 Prozent, davon werden 78 Prozent öffentlich entsorgt, ein Prozent genossenschaftlich entsorgt und ein Prozent über hausbiologische Kläranlagen. Der Rest von zirka 20 Prozent wird noch in Sammel- beziehungsweise mechanischen Hauskläranlagen entsorgt. Maximal 10 Prozent dieser Abwässer werden zukünftig in die öffentlichen Entsorgungseinrichtungen zugeleitet werden, der Rest wird durch genossenschaftliche und Kleinkläranlagen dezentral entsorgt werden. Daher die Forderung – und das ist eine massive Forderung –, Rechtsanspruch auf Förderung für kleine dezentrale Anlagen und Entfall der 100-Meter-Anschlußpflicht. Das bringt eine Kostenersparnis für den Bürger, bringt aber auch eine Kostenersparnis für die öffentliche Hand und speziell für die finanziell stark geforderten Gemeinden.

Ein weiteres Problem, der Klärschlamm. Immer mehr Klärschlamm landet auf Deponien. 1996 waren es 36 Prozent, 1997 schon 40 Prozent und Tendenz steigend.

Ein drittes Kapitel, die Stoffflußwirtschaft, ein ganz wichtiges Kapitel meiner Meinung nach, die Abfallbilanz 1997 der 17 Abfallwirtschaftsverbände in der Steiermark weist folgende Bilanz auf: Restmüll 133.501 Tonnen, das ergibt pro Einwohner 112,7 Kilo. Das ist eine Abnahme beim Restmüllaufkommen von 0,3 Prozent gegenüber 1996. Beim Sperrmüll eine eklatante Steigerung 40.047 Tonnen, das sind 33,8 Kilo pro Einwohner, ergibt ein Plus von 10,4 Prozent gegenüber 1996, die biogenen Abfälle 63.234 Tonnen, das ergibt 54,4 Kilo pro Einwohner, eine Steigerung von 8,9 Prozent gegenüber 1996. Und auch hier gibt es Probleme. Es wird zwar kompostiert, aber der Abfall oder der Kompost landet größtenteils wieder auf Deponien. Das kann doch nicht der Sinn dieser Sache sein. Bei den Problemstoffen 3.900 Tonnen, das ergibt 3,3 Kilo pro Einwohner, eine Steigerung gegenüber 1996 von 11 Prozent.

Und wie schaut es bei der Deponiesituation aus? Durch ein Überangebot an freien Deponiekapazitäten von zirka geschätzten 7.280.804 Tonnen und die Deponieverordnung, wonach im Jahre 2004 ab dem 1. Jänner keine Abfälle mit einem Kohlenstoffgehalt von 5 Prozent Gewicht einer Deponie zugeführt werden dürfen, hat ein Wettlauf um Müllmengen begonnen. Sinkende Deponiepreise sind die Folge, Mülltourismus ist eine weitere Folge. Der Mülltourismus hat Hochkonjunktur. Wer jetzt die größeren Mengen anliefern, bekommt die niedrigeren Preise. Also ich frage jetzt wirklich, wo bleibt hier der Spargedanke? Sparen müßte sich eigentlich ja auszahlen.

Und jetzt zum Thema thermische Abfallbehandlung. Im Steiermärkischen Abfallwirtschaftskonzept 1995 wurde der Bedarf an Kapazitäten zur thermi-

schen Abfallbehandlung für die Steiermark mit rund 300.000 Jahrestonnen angegeben. Um ein Schicksal à la Wels zu vermeiden, ist es notwendig, daß sich die 17 steirischen Abfallwirtschaftsverbände zusammenschließen. Es hat jetzt schon eine Gründung des Dachverbandes stattgefunden, bei einer Errichtung einer thermischen Abfallbehandlungsanlage in der Steiermark, deren kostengünstigen Betrieb durch Beschicken mit den dafür notwendigen Müllmengen zu garantieren. Ein EU-Prinzip, eine EU-Forderung, das Prinzip der Nähe bei der Abfallbehandlung.

Sehr geehrte Damen und Herren, für die Kapitel Lärm, Boden, Nahrung, Luft, Klimabündnis, Energie, Natur- und Landschaftsschutz werde ich aus zeitlichen Gründen nicht näher eingehen. Aber zum Abschluß möchte ich noch einige Bemerkungen zum Kernkraftwerk Krško machen. Gestern konnte man via Radio erfahren, daß das Abkommen, das am 11. November 1998 zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den frühzeitigen Austausch von Informationen der radiologischen Gefahren und über die Fragen gemeinsamen Interesses aus dem Bereich der nuklearen Sicherheit, des Strahlenschutzes kundgemacht wurde, umgesetzt wurde. Ein Strahlenfrühwarnsystem wird in den nächsten Tagen installiert, das einen Informationsvorsprung von zirka einer Stunde bringen sollte. Dieses Frühwarnsystem war übrigens eine alte Forderung der Freiheitlichen. Meine Damen und Herren, eine Frage, eine Stunde früher? Von was früher? Bei einem kleinen Störfall, oder wenn radioaktive Strahlung austritt, oder wenn radioaktive Strahlung schon im Umkreis des Kernkraftwerkes meßbar ist? Denken wir an Japan, denken wir an Tokajmura, hier wurde die Öffentlichkeit erst Stunden später über diesen Störfall informiert. Durch unglaublichen Leichtsinns haben hier Arbeiter mit radioaktiven Stoffen hantiert, daß es zu einer Kettenreaktion gekommen ist. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ist es wirklich das Wahre? Sehr geehrte Damen und Herren, das beste Frühwarnsystem nützt nichts, wenn es zu einem Supergau kommt wie in Tschernobyl, nur mit dem einen Unterschied, Tschernobyl war 1200 Kilometer von uns entfernt, und Krško liegt zirka 60 bis 65 Kilometer Luftlinie von Graz entfernt. Die einzige Lösung kann es also wirklich nur sein, Krško muß vom Netz, es muß abgeschaltet werden, meine Damen und Herren.

Ich bin froh darüber, daß unsere Landeshauptfrau Klasnic und Kärntens Landeshauptmann Haider das Problem gleich sehen, daß nur ein Ausstieg Sloweniens aus der Atomenergie die Sicherheit der steirischen und kärntnerischen Bevölkerung langfristig gewähren kann. Neben veralteter Technologie befindet sich das Kernkraftwerk noch auf einer erdbebengefährdeten Zone. Haben wir die Türkei vergessen, Mexiko, Los Angeles, die in vergangener Zeit durch schwere Erdbeben heimgesucht wurden? Natürlich müssen wir unseren Nachbarn auch eine dementsprechende Ausstiegshilfe leisten, die kann durch Technologietransfer oder diverse Sachen, aber auch – und da bin ich wieder glücklich, daß die Frau Landeshauptfrau Klasnic meinen langjährigen Vorschlag aufgegriffen hat, Slowenien Ersatzstrom während der Umstellungsphase aus der ÖDK III zu liefern. Diese Lieferung würde neben dem Erfolg,

Slowenien den Ausstieg aus der Kernenergie zu ermöglichen oder zu erleichtern, auch die Sicherung von zirka 1000 Arbeitsplätzen für unsere Region Voitsberg bedeuten. Sollte aber Slowenien nicht gesprächsbereit sein und einem Stilllegen kurz- oder mittelfristig trotz Hilfestellung nicht zustimmen, so muß – und das ist unsere Forderung – der Beitritt Sloweniens in die Europäische Union von seiten Österreichs neben der Frage zum Schutze und Anerkennung von Altösterreichern auch von der Frage Krško abhängig gemacht werden.

Meine Damen und Herren, schließen möchte ich mit herzlichem Dank an die Verfasser und Mitarbeiter dieses Umweltschutzberichtes 1998. Ich kann Ihnen versichern, wir freuen uns schon auf den 15. Umweltschutzbericht im Jahre 2000. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.38 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstes hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Dr. Karisch, der ich es erteile. (Abg. Dr. Karisch: „Es waren noch nicht alle Fraktionen dran!“)

Es haben sich auch noch nicht alle Fraktionen gemeldet, Frau Abgeordnete. Sie haben das Wort, wenn Sie das wollen.

**Abg. Dr. Karisch (17.38 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht gibt uns wieder einen guten Einblick in die Umweltsituation der Steiermark. Ich möchte mich bei allen Beteiligten, voran Herrn Hofrat Rupprecht, aber auch allen Autoren, sehr herzlich bedanken. Der Bericht zeigt uns den Stand der Umwelt in der Steiermark, zeigt uns, wieviel in den letzten Jahren positiv geschehen ist. Er zeigt uns aber auch die eine oder andere Schwachstelle auf, wo weitere Aktivitäten notwendig sind.

Das Jahr 1998 war besonders reich an Aktivitäten. Ein Schwerpunkt lag auf der Gemeindeebene. Hier gab es viele Initiativen und Projekte zur Umsetzung der lokalen Agenda 21. 55 Gemeinden haben sich steiermarkweit daran beteiligt. Und etwas sehr Positives aus meiner Sicht dabei: Die reiche Bürgerbeteiligung führt zu einer starken Bewußtseins-schärfung in Umweltfragen und garantiert damit Fortschritte für die Zukunft.

Ich möchte mich bei unserem Landesrat Erich Pötl sehr herzlich für diese Aktion bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Steiermark hat auch ein ausgezeichnetes Landesumweltinformationssystem, den sogenannten LUIS, aufgebaut. Er gibt nicht nur wichtige Informationen an die Verwaltung nach innen als Entscheidungsgrundlage, er gibt uns auch Informationen für die interessierte Öffentlichkeit. Über Internet können LUIS-Daten abgefragt werden.

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr viel gesagt worden. Ein paar Schwerpunkte noch aus dem Umweltschutzbericht.

Zu den Gewässern: Die Fließgewässer haben sich in der Steiermark sehr stark verbessert. Schlechteste Güteklasse ist heute 2 bis 3. Das sind die Pöls, die Kainach nach Voitsberg, ein Teil des Safenbaches; die Raab nach Feldbach und einige Nebenflüsse der Mur

im Bezirk Radkersburg. Hier haben wir noch Güteklasse 2 bis 3, hier gilt es, in den nächsten Jahren Verbesserungen zu setzen.

Alle anderen Fließgewässer sind entweder Güteklasse 1 oder 2. Ein schöner Erfolg, den vor zehn oder 15 Jahren niemand für möglich gehalten hätte.

Die Grundwasseruntersuchungen sind heute schon angesprochen worden. Sie haben zu Verbesserungen geführt. Das zeigt uns, wenn man sich nur genug anstrengt, daß Verbesserungen grundsätzlich möglich sind, sowohl beim Nitrat als auch beim Atrazin. Doch, meine Damen und Herren, wir haben auch schon gehört, wir dürfen nicht lockerlassen, hier ist noch manches zu tun. Ich bin überzeugt davon, daß wir viele Schadstoffe heute noch gar nicht untersuchen, weil wir sie nicht kennen. Wir werden in den nächsten Jahren hier noch einige Überraschungen erleben.

Auch die Abwässer wurden bereits genannt. 78 Prozent der heutigen Abwässer werden über kommunale Kläranlagen entsorgt. Ich denke, Kollege Getzinger, das ist ein stolzer Prozentsatz, wo wir vorne sind in unseren eigenen Vornahmen. Das ist nicht so wenig. Natürlich bleiben 20 Prozent noch offen. In den Randlagen und in dünn besiedelten Gebieten gibt es heute eine Reihe von Kleinkläranlagen. Da diese keine oder nur unbedeutende Vorfluter aufweisen, ist bei ihnen die Gefahr einer Grundwasserverunreinigung bei der Verrieselung oder der Versickerung besonders hoch. Ich bin sehr dankbar, daß im Jahr 1998 aus hygienischen Überlegungen heraus 97 biologische Kleinkläranlagen im Bezirk Graz-Umgebung untersucht wurden. 61 davon hielten die bescheidmäßig festgelegten Ablaufgrenzwerte ein. Es hat sich – und das erscheint mir wichtig, meine Damen und Herren – bei der Untersuchung aber gezeigt, daß die ordnungsgemäße Funktion nicht vom Bautyp, sondern vielmehr von der Wartung abhängig ist. Und sie werden nicht alle gleich gewartet, das ist unser Problem. Meine Damen und Herren, wir müssen dafür Sorge tragen, daß diese Kleinanlagen, die sehr gut funktionieren können und von denen wir in nächster Zeit noch mehr bauen werden, weil wir die letzten 20 Prozent nach Möglichkeit noch entsorgen wollen, daß diese Kleinanlagen auch entsprechend gewartet werden. Und hier brauchen wir Schulungen, Schulungen und immer wieder Kontrollen, um eben entsprechende Hygiene sicherzustellen.

Ein kurzes Wort zur Stoffflußwirtschaft. Auch sie wurde schon angesprochen. Es ist wichtig, von der Abfallwirtschaft zu einer Stoffflußwirtschaft überzugehen, wie Kollege Getzinger auch schon festgestellt hat. Das fordert das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Die Betrachtung der Abfallbilanz macht auch mir Sorge. Es ist leider weiterhin ein ansteigender Trend des Gesamtabfallaufkommens festzustellen. Aber, meine Damen und Herren, da sind wir in der Steiermark nicht allein damit. Das haben wir österreichweit, und wir haben es auch europaweit. Das ist sehr bedauerlich.

Die Restmüllanalysen haben gute Trennwerte für Papier und Glas ergeben sowie beim Bioabfall. Dafür steigen leider wieder die Anteile an Kunststoff und

Verbundmaterialien im Restmüll an. Und dagegen sollten wir etwas unternehmen, vor allem verbesserte Aufklärung.

Und, Herr Kollege Getzinger, im Unterschied zu Ihnen bin ich der Meinung, daß doch einiges an Beratung gelaufen ist, auch im Jahr 1998. Aber es ist natürlich nie genug, wir können sicher intensivieren.

Es hat auch Pilotprojekte zur Vermeidung gegeben. Es hat interessante Projekte im Jahr 1998 gegeben, von der Abteilung 1 c initiiert, die im Bericht auch aufgelistet sind. Ich erinnere an die Aktion „Große Feste, viele Reste“. Natürlich nur ein Detailbereich, aber er kann uns weiterbringen und auch dazu beitragen, daß nicht soviel Abfall entsteht.

Ich erinnere an die Reparaturgesellschaft, die hier angesprochen wird – ihre Umsetzung wird lange dauern, wird auch nur in Teilbereichen möglich sein. Aber auch sie wird uns vor allem ein Umdenken bringen in Richtung langlebige Produkte und immer wieder reparieren.

Im Gegensatz zum Herrn Kollegen Getzinger sehe ich die ökologische Betriebsberatung nicht negativ. Sie bringt uns auch in der Vermeidung einiges, wenn die Beratung funktioniert. Wenn gewisse Ressourcen vermieden oder anders eingesetzt werden können, bringt das etwas.

Ich erinnere an die Beratungskonzepte für ganze Branchen gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, zum Beispiel die Friseure oder die Kfz-Betriebe, wo man sehr umweltbelastende Materialien schonender, sparer einsetzen und da und dort auch vermeiden kann.

Die Autowracks wurden vom Kollegen Rieser bereits angesprochen.

Meine Damen und Herren, ich sehe zwei Schwachpunkte. Ich habe das schon in früheren Jahren gesehen. Diese Schwachpunkte haben wir natürlich auch europaweit.

Einer ist der Verkehr, mit dem wir nicht fertig werden, der sehr umweltbelastend ist, wo kaum Verbesserungen feststellbar sind. Er ist ein Sorgenkind für die Zukunft. Die Experten rechnen europaweit bis 2010 mit einem Anwachsen des Pkw-Verkehrs um 30 Prozent und des Güterverkehrs gar um 60 Prozent. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

Der öffentliche Verkehr – und auch darüber haben wir hier oft gesprochen – ist aus Sicht der Konsumenten noch immer viel zu unattraktiv. Ich darf nur daran erinnern, die Bundesbahn fährt von Graz nach Salzburg 4 Stunden und 20 Minuten – das sind 300 Bahnkilometer. Das ist ein Wahnsinn, im Jahr 1999, an der Jahrtausendwende. Das ist nicht attraktiv. Hier werden wir im wahrsten Sinn des Wortes Gas geben müssen, Verbesserungen ansetzen müssen, damit wir die Umweltbelastungen der Straße weg bekommen.

Ein zweiter Schwachpunkt ist die Energiepolitik. Auch hier konnte das an sich vorhandene Einsparpotential nicht entsprechend genutzt werden, obwohl ich Dank sagen möchte der Energieberatungsstelle des Landes, die sich redlich bemüht und auch vieles bewirkt.

Der europäische Strommarkt ist in Bewegung gekommen. Der Strom wird immer billiger, zuerst einmal für die großen Unternehmen, dann für die kleineren. Ich hoffe auch für die Konsumenten.

Leider wenig profitieren wird von dieser Liberalisierung die Umwelt. Vor allem den alternativen Energiearten bläst ein rauher Wind ins Gesicht. Sie werden es allein nicht schaffen. Wir werden ihnen auf die Beine helfen müssen, und wir werden Geld in die Hand nehmen müssen, der Umwelt zuliebe, meine Damen und Herren. Ich möchte dazu wirklich aufrufen. Ich habe große Sorge, daß Alternativenenergiearten zurückgehen könnten und daß sie sich nicht positiv weiterentwickeln.

Das Klimabündnis ist angesprochen worden, seine viele Gemeinden, das ist lobenswert. Trotzdem, meine Damen und Herren, habe ich das Gefühl, daß die Ziele des Klimabündnisses uns immer mehr entschwinden, in die Ferne rücken und daß wir nicht nachkommen. Wir müssen uns sehr anstrengen, wenn wir diese Ziele noch einhalten wollen. Die Luftbelastung ist generell wesentlich besser geworden. Zwei Bereiche machen mir Sorgen, Hauptproblembereich war auch im Jahre 1998 der Raum Leoben-Donawitz mit starken Konzentrationen an Staub und Kohlenmonoxid. Und noch etwas ist mir aufgefallen in diesem Bericht, im Raum Graz in Don Bosco gibt es starke Belastungen an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, dort gibt es Biomonitoring nach dem Grünkohlverfahren, die zeigen uns das auf. Ich frage mich, warum das gerade dort so ist, und ich glaube, es ist die Verkehrskonzentration.

Meine Damen und Herren, ein ganz kurzes Wort – ich spreche darüber öfters, und ich bin überzeugt, daß wir uns in nächster Zeit, in den nächsten Jahren verstärkt damit auseinandersetzen werden müssen –, die Chemikalien. 75 Prozent der in großen Mengen auf dem Markt befindlichen chemischen Stoffe sind nicht ausreichend einer minimalen Risikoanalyse unterzogen worden. Ich zitiere dabei den Report der Europäischen Umweltagentur für Gesamteuropa, und das betrifft auch uns. Dabei gibt es große Unterschiede in den einzelnen Bereichen. Zu rund 70 Prozent der Chemikalien gibt es Daten zu akuter oraler Giftigkeit. Bei der akuten Inhalationstoxizität gibt es nur noch zu 30 Prozent der auf dem Markt befindlichen Chemikalien entsprechende Daten, bei der chronischen Wassertoxizität – und das, meine Damen und Herren, geht uns sehr an, wir sind ein sehr reiches Wasserland, und Kollege Porta hat richtig gesagt, Wasser ist unser Reichtum für die Zukunft – gibt es nur bei rund 13 Prozent entsprechende Daten, zur Krebserregung nur bei 10 Prozent. Hier haben wir noch großen Forschungsbedarf, und ich sage vorher, hier werden wir auch noch die eine oder andere unangenehme Überraschung erleben.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen, ich habe mir die Arbeit gemacht, und es war zugleich auch für mich sehr interessant, den steirischen Umweltbericht mit dem letzten Bericht der Europäischen Umweltagentur zu vergleichen, und ich kann sagen, wir liegen in sehr vielen Bereichen im europäischen Trend, sowohl in den Positiva als auch in den Negativa.

„Gute News“ sind: Die Wasserqualität der Flüsse verbessert sich erheblich, säurebildende Substanzen und grenzüberschreitende Luftverschmutzungen gehen zurück, weniger ozonzerstörende Substanzen werden registriert. Die Luftverschmutzung und das Bruttoinlandsprodukt als Maß für die Wirtschaftsentwicklung koppeln sich schon seit 1990 deutlich ab, das ist etwas sehr Positives, das heißt, die Emissionen pro erzeugter Produktionseinheit sind rückläufig, sowohl bei uns als auch in Europa, im europäischen Schnitt, das ist ein sehr positiver Ansatz. In einigen EU-Ländern wachsen die Bedeutung von Windenergie, der innerstädtische Einsatz des Fahrrades und die Flächen mit ökologischem Landbau. Beim ökologischen Landbau sind wir auch sehr gut, obwohl ich eine Sorge nicht verhehlen möchte, meine Damen und Herren, wir sind das Bundesland mit den meisten Biobauern, und wir sind als Staat Österreich das EU-Mitgliedsland mit den meisten Biobauern, aber bei uns in der Steiermark gehen die Biobauern zurück. Ich habe mit ihnen in letzter Zeit öfters gesprochen, immer mehr sehen sich nicht heraus und wollen aufgeben. Auch hier müssen wir gegensteuern. Windenergie ist nur ein Randproblem für uns, wir haben einige Möglichkeiten, aber nicht so viele. Biomasse wäre bei uns ausbaubar, auch Solaranlagen hätten bei uns Zukunft, sie tun sich sehr schwer. Wir müssen ihnen helfen.

Die schlechten News, meine Damen und Herren: Ich habe die Chemikalien schon angesprochen, die nicht ausreichend einer Minimalrisikoanalyse unterzogen und eigentlich sehr unkontrolliert ausgebracht werden. Die Abfallmengen der EU sind von 1990 auf 1996 um 10 Prozent gestiegen. Der Energieverbrauch erhöht sich laufend, der Pkw-Verkehr wächst, die Landwirtschaft in der EU bleibt trotz rückläufigem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden eine wichtige Verursacherquelle für Umweltbeeinträchtigungen, und es gibt auch EU-weit so wie bei uns erhebliche Ungewißheiten bezüglich Schadstoffen in Lebensmitteln und gentechnisch veränderten Organismen, wobei das bei uns vor allem für die Importware gilt. Meine Damen und Herren, ein kurzer Rundblick durch die Umwelt, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 17.53 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke auch und erteile der Frau Abgeordneten Kaufmann das Wort.

**Abg. Kaufmann (17.53 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns nicht nur ein Umweltschutzbericht vor, es liegt uns auch ein wunderschöner Bodenschutzbericht vor, und das Besondere ist, es ist der elfte. Bei zehn habe ich bis jetzt Schwierigkeiten gehabt, ihn zu lesen. Es ist eine trockene Materie mit Zahlen und Vergleichen. Der elfte Bodenschutzbericht ist lesbar, ich kann Sie nur dazu animieren. Er ist wirklich wunderschön gemacht und auch so gemacht, daß man sich darunter etwas vorstellen kann, auch wenn man ein Laie ist. Irgendwie habe ich zwischen den Zeilen, und ich weiß nicht, ob ich recht habe, ob ich vielleicht mehr hineininterpretiere, von den Verfassern die Frage gelesen, werden wir unsere Untersuchungen

ausweiten und fortsetzen können? Es mag sein, daß ich mich täusche, aber ich habe irgendwo so das Gefühl gehabt, daß das nicht ganz klar ist, wie weit die Untersuchungen ausgeweitet und wie lange sie fortgesetzt werden können. Also ich würde das auf jeden Fall bejahen und unterstützen, daß sie fortgesetzt werden können. Denn ich glaube, es muß in unserem Bewußtsein verankert sein, daß Boden unser höchstes Gut ist. Mit „unser höchstes Gut“ meine ich jetzt nicht nur für uns Bauern, sondern ich glaube für uns alle. Denn nur auf einem gesunden, fruchtbaren Boden können Lebensmittel produziert werden. Und ich bestehe auf dem Wort Lebensmittel, denn Nahrungsmittel können heute auch ohne ein Stück Boden, ohne ein Gramm Erde, ohne einen natürlichen Sonnenstrahl produziert werden. Ich denke hier an die - ich möchte fast sagen - Frankensteinelabors, wo Pflanzen in Nährlösungen, bei künstlichem Licht zu Nahrungsmitteln heranwachsen oder wo mit Zutaten - auf die ich gar nicht näher eingehen möchte - und künstlichen Aromen praktisch jedes Nahrungsmittel nachgemacht werden kann. Und da glaube ich, daß Boden als nicht vermehrbare Gut unseren höchsten Schutz verdient und jede Schädigung - und hier ist immer der Mensch oder fast immer der Mensch der Hauptverursacher - zu verhindern ist. Dieser Bericht ist der erste Schritt dazu.

Ich habe parallel zum Bodenschutzbericht auch den Umweltschutzbericht gelesen und ich war sehr beeindruckt von den einleitenden Worten des Landeshygienikers Hofrat Dr. Köck, der feststellt, daß die Frage, wer denn einen bestimmten Grenzwert festgelegt hat und welche Grenzwertphilosophie dabei herangezogen wird, viel zu selten gestellt wird. Seine Antwort ist, ein Grenzwert ist keine Naturkonstante, und Grenzwerte können sich daher auch mit zunehmendem Wissensstand ändern. Also ein solcher Satz tut mir als Laie gut und nimmt so einem Bericht irgendwo das Evangeliumhafte, er macht ihn irgendwo menschlich.

Ich möchte mich aber auf eine zweite Passage des Herrn Dr. Köck berufen und diese als Anregung für den Bodenschutzbericht nehmen. In dieser Passage regt er an, aus umwelthygienischer Sicht zum Schutz der Menschen ein vernünftiges Gesamtkonzept zu fordern, welches auch die Gesamtbelastung berücksichtigt, und nicht nur die Bewertung von Einzelstoffen zum zentralen Anliegen macht. In der Praxis sind wir heute einer Vielzahl von Stoffgemischen ausgesetzt, die allein schon auf Grund ihrer Wechselwirkung nicht exakt bewertbar sind. Jetzt möchte ich - und ich ersuche Sie, dies nicht als Kritik, sondern als Interesse zu werten - anregen, ob das nicht auch für den Bodenschutzbericht gelten kann. Denn hier werden auch immer nur die Auswirkungen der Einzelstoffe beschrieben, aber nicht die Mischung aus vielen Schadstoffen, das heißt, wenn mehrere Werte über der Grenze oder auch unter der Grenze liegen, ob es auch hier Wechselwirkungen der Schadstoffe gibt und ob es für diese Berechnungen gibt. Irgendwo fehlt mir auch der Vergleich, wo hat sich was positiv oder wo hat sich was negativ verändert.

Und vielleicht noch einen dritten Punkt. Es ist beschrieben, daß das Rasternetz durch den Wegfall von rund 24 Prozent der errechneten Standorte große

Lücken aufweist. Als Grund werden hier nicht erprobare Gelände angegeben. Das ist ganz klar. Und auch der Wald wird hier erwähnt.

Jetzt weiß ich, daß es vom Bund eine Waldbodenzustandsinventur gibt. Jetzt ist meine Frage oder vielleicht auch meine Anregung, ob man in diesen Bodenschutzbericht nicht den Bericht des Bundes, der sich natürlich auch auf das Land Steiermark bezieht, von der Waldbodenzustandsinventur zur Auffüllung vielleicht der Lücken heranziehen könnte und vielleicht auch das Zusammenwirken der beiden, wenn ich den Waldzustand bedenke, wie die Auswirkungen dann eben auf den Boden sind, wenn ich bei Nadel-, Boden- und Kronenzustandsproben Schäden feststelle, wie sich dann die auf den Waldboden und in weiterer Folge auf den Boden auswirken.

Ich darf mich bedanken für diesen schönen Bericht und für diesen guten Bericht. Vielleicht kann man meine Anregungen, wenn es möglich ist, in den nächsten Bodenschutzbericht aufnehmen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.59 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer (17.59 Uhr):** Ich möchte, wie meine Vorrednerinnen und -redner, mich auch ausdrücklich bedanken bei den Erstellern des Berichtes. Der Umweltschutzbericht wird von Jahr zu Jahr besser. Ich sage es hier auch gerne, daß ich den nicht nur an Initiativen, sondern auch etwa an Kollegen, Kolleginnen in anderen Bundesländern weitergebe als eine Art von Enzyklopädie im Umweltbereich. Enzyklopädie heißt natürlich nicht, daß es eine Aufzählung ist von lauter Wohltaten und lauter gelösten Problemen, sonst bräuchte man den Bericht ja streng genommen auch gar nicht mehr.

In dem Sinn möchte ich hier auf ein paar Aspekte auch eingehen, zuerst beginnend mit der hier angesprochenen – auf Seite 171 – neuen Verkehrsphilosophie. Ich mache das deshalb, weil es einige aktuelle Bezüge in Zeiten wie diesen gibt.

In dieser Woche soll in Graz in einem Ausschuß die Stadtreionalbahn endgültig zu Grabe getragen werden. Erstes. Zweites: Die Aufnahme von gewissen Straßenzügen in die Transeuropäischen Netze, wenn ich das so nüchtern formulieren darf. In der Praxis ist das dann, wie Sie wissen, schon oft nicht mehr ganz so emotionslos.

Stadtreionalbahn in Graz: Wir wissen alle und ganze Generationen von Politikern – ich meine jetzt nicht einmal die Grünen, die 1985 das erste Mal mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit gegangen sind, und das war nicht unsere Erfindung, sondern wir haben ganz einfach nur beobachtet, daß das das beste System ist für Städte wie Graz, und haben uns erlaubt, das vorzuschlagen. Stadtreionalbahn ist einfach formuliert eine Straßenbahn, die auf den Eisenbahngleisen draußen ins Umland weiterfahren kann. Das heißt vom Jakominiplatz nach Gleisdorf oder nach Lieboch. Das ist auch das, was wir brauchen, und nicht etwa die U-Bahn des von mir so geschätzten Grazer Stadtrates Strobl. Mit der komme ich nicht bis

nach Lieboch, und wenn, dann werden wir sie wahrscheinlich nicht bezahlen können, wenn ich das richtig sehe. An sich hat es da sogar eine Machbarkeitsstudie gegeben. Die Machbarkeitsstudie hat das ergeben, was wir auch alle wissen, nämlich daß dieses System den größten Beitrag leisten kann für den Ballungsraum Graz.

Nebenbei bemerkt, wenn wir uns jetzt einen weiteren aktuellen Bezug anschauen, nämlich die politische Lage in dieser Stadt, dann würde auch diese vermuten lassen, daß man nicht schlecht beraten ist, einmal auf den Gedanken zu kommen, nicht nur die Köpfe und Gesichter auszuwechseln – über die und ihre Darstellung haben wir heute schon ausgiebig gesprochen –, sondern auf einen, wenn auch etwas verwegenen, Gedanken zu kommen, zu schauen, warum sind denn die Wahlergebnisse wie sie sind. Könnte das vielleicht damit zusammenhängen, daß mit dem größten Problem, das wir in Graz haben, nämlich mit dem Verkehrsbereich, etwas nicht in Ordnung ist? Wenn jemand auf diesen Gedanken kommt, dann sollte er nicht einfach hergehen und die Stadtreionalbahn, die den besten Beitrag leisten kann, und die es woanders gibt, und die wir uns schon alle angeschaut haben, und die funktioniert, einfach zu Grabe zu tragen, deswegen, weil da offensichtlich natürlich auch etwas mehr Mühsal ist, eventuell auch etwas höhere Kosten sind.

Womit ich einen kleinen Rückgriff machen darf, wenn Sie erlauben. Meine Kollegin Gundi Kamm-lander hat in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hier von dieser Stelle aus etliche Anläufe versucht. Und sie war nicht die einzige. Der Kollege Gerhard Ulz und der Kollege Kieswetter haben da einmal ein ganzes Volksbegehren gestartet in die Richtung, man möge doch bitte die Nahverkehrsmilliarde beanspruchen. Und die damalige Verkehrslandesrätin und jetzige Landeshauptfrau hat in einer nicht zu unterbietenden Schlichtheit geantwortet, das Land habe ohnehin die Landesbahnen zu finanzieren, und die kosten ohnehin Geld, und deswegen könne man sich das nicht leisten. Nicht leisten hat damals bedeutet, 20 Prozent. Die restlichen 80 Prozent hätte die Republik bezahlt. Das möchte ich nur an der Stelle dazusagen, weil das einer der eklatantesten und ärgsten Fälle politischen Versagens ist, der in dem Land jemals passiert ist.

Heute kommen wir genau dort hin. Das, was man damals äußerst günstig hätte haben können – mit der Nahverkehrsmilliarde –, war nichts anderes als das, was man jetzt mit einem neuen Vokabel großmächtig Steirertakt nennt. Das war die Schnellbahn. Das war die Beschränkung auf die ÖBB. Jetzt ist das auch etwas, und besser als gar nichts, und besser als der berühmte Stein am Schädli, wie die Steirer sagen, aber es ist, wenn wir uns die Probleme mit der Luft anschauen, wie sie heute wieder beschworen werden, wenn wir uns die Probleme mit den Staus anschauen, nicht ausreichend.

Von dem Thema weiter, ganz kurz, weil es also mit dem Umweltschutz im allgemeinen sehr zusammenhängt, nämlich mit der Zunahme des Transitverkehrs, zur Geschichte mit dem Ennstal. Sie werden es von mir nicht anders erwarten, als daß ich hier feststelle, das ist – ich muß aufpassen, daß ich mir nicht meinen ersten

Ordnungsruf jetzt hole – schon eine ganz eigenartige Geschichte, lassen Sie mich das so formulieren, wenn man eine verkehrspolitische Jahrhundertmaßnahme, nämlich eine Autobahn durch eines der schönsten und schützenswertesten Täler in ganz Europa, im Schutze der Landesregierung einfach so beschließt. Wenn dann die Grünen eine Pressekonferenz machen – und das ist ja unbestritten, ob man jetzt dafür ist oder dagegen – und in die Öffentlichkeit damit gehen, dann sagt man, ja, ja, stimmt, haben wir beschlossen, dem staunenden Volk dort oben im Ennstal. Und dann beginnt dort eine Debatte, Gott sei Dank.

Daß man dann hergeht und sagt, ja eigentlich hat das eine mit dem anderen nichts zu tun, und wir nehmen halt eine zweispurige Straße auf in die Trans-europäischen Netze, das ist letztklassig. Das ist allerletzte Sahne, weil wo bitte in Mitteleuropa wird eine zweispurige Straße aufgenommen in die Trans-europäischen Netze und kann diese Funktion erfüllen? Das soll mir einmal jemand erzählen. Oben in Lapp-land, mag sein, da hat es natürlich keinen Sinn, 2000 Kilometer durch die Tundra zu fahren, von Finn-land nach Schweden. Das weiß ich auch. Aber wo bitte in Mitteleuropa? Wieso denn dann nicht die Straße in den Übelbachgraben hinein, auch neben der Auto-bahn, als transeuropäisches Netz? Die ist auch zwei-spurig. Das glaubt niemand.

Da sind wir wieder dort, wo jetzt so oft die politische Analyse strapaziert wird. Man wundert sich, daß die Leute durchdrehen. Man wundert sich über Wahl-ergebnisse. Ich nicht!

Damit komme ich zum nächsten Thema, nämlich Transit. Sie kennen alle diese Studie, die ergeben hat, daß ein durchschnittliches europäisches Normjoghurt 3500 Kilometer zurücklegt, bis es beim Konsumenten ist, in allen Transportwegen seiner Komponenten. Das sind genau diese Lastwagen, die durchs Ennstal fahren.

Die Lastwagen, die mit unserem Altspeseöl, Herr Landesrat, nach Belgien fahren und dann mit dem Futtermittel wieder zurückfahren, die fahren dann auch durch das Ennstal. Und bitte erzählen Sie mir nicht, daß ich nicht weiß, daß es sinnvoll ist, Alt-speseöl zu sammeln, und daß es die Umwelt und die Kläranlagen belastet, wenn man es nicht tut. Das kann ja nicht Ihr Ernst sein, daß Sie mir unterstellen, daß ich das nicht weiß. Natürlich weiß ich das. Aber ich weiß, daß die Hausfrauen bei mir in der Anker-straße, wo ich heute in der Früh wieder vorbeige-kommen bin, ihr Altspeseöl verzweifelt in der alten Bona-Öl-Dose am Straßenrand abstellen, weil dort kommt der Sondermülltransport der Stadt Graz – immerhin etwas, und besser als gar nichts – einmal im Monat vorbei. Aber rund um die Uhr haben wir das ganze Monat dort die Gstättn. Die Hausfrauen sind aufgeklärt, ich sage es noch einmal, wir brauchen nicht die 4 Millionen Schilling, um die Konsumenten aufzuklären. Rufen Sie einmal unten an in Mureck, der schwimmt in seinem Biodiesel, dafür fahren sie am Schladminger Gletscher oben mit ihren Schiliften und mit ihren Pistenpräpariergeräten umeinander, daß der ganze Gletscher schwarz ist. Wieso fahren die nicht mit Biodiesel? Wozu haben wir denn einen Landesrat? Wozu haben wir denn eine Umweltpolitik? Damit er den Hausfrauen erklärt, daß sie ihr Alt-

speseöl sammeln, und dann stellen sie es am Straßen- rand hin und wissen nicht, wohin in ihrer Verzweif- lung. Das war meine Kritik, und nichts anderes.

Zum Müll noch etwas, das mich jetzt schon seit einigen Jahren in dem Bericht natürlich beschäftigt, und das ist in diesem vorliegenden auch drinnen. Wenn Sie sich anschauen – Kollege Porta hat es schon angeklingen lassen –, es ist schon eigenartig, da wird die Müllbilanz veröffentlicht und dann das Deponie- volumen. Und wenn man die zwei Zahlen überein- anderlegt, dann kommt man drauf, daß in der Steier- mark inzwischen doppelt soviel Müll deponiert wird, wie wir selbst produzieren in etwa. Wenn man jetzt bedenkt, daß also die Grünen, Sie kennen diese ganzen legendären Auseinandersetzungen von Zelt- weg bis in den Kaiserwald, von Hollenegg bis was weiß ich wohin überall, wenn man die noch gebaut hätte, die man mit enormem Einsatz dann noch ver- hindert hat, wenn ich das noch dazunehme, was wäre denn da dann herausgekommen? Und wenn Sie sich die Struktur des deponierten Mülls anschauen, dann sehen Sie auch genau, woher der Wind weht. Der deponierte Hausmüll ist nicht gestiegen, aber der sonstige, der importierte Gewerbemüll im wesent- lichen. Das sind nicht nur private Deponien, die Klassiker, wenn ich die so nennen darf, wie Frohn- leiten oder Halbenrain, sondern da sind auch Depo- nien dabei wie Judenburg oder in Köflach/Rosental der Karlschacht. Die deponieren auch im Jahr so in der Größenordnung alleine, jede für sich, die Hälfte des gesamten steirischen Hausmülls, damit man nur sieht, woher das kommt. Und damit man nur sieht, wie verantwortungsvoll in diesem Lande eigentlich – und da komme ich auf das, was wir heute auch schon diskutiert haben – mit dem Geld der Konsumenten umgegangen wird. Weil was passiert denn in der Praxis? Die Grazer können davon ein Lied singen, die kleinen Haushalte, für die wir heute beschlossen haben, daß wir sie stützen müssen, wenn sie sozial bedürftig sind, die brennen volle Länge, die bringen den Cash. Und die zu variablen Kosten, damit man die Deponie noch vollbringt, bevor 2004 die Deponie- verordnung wirksam wird, wenn sie wirksam wird – wie ich höre –, das holen wir uns dann zu Dumping- preisen von außen her und aus dem gewerblichen Bereich. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben. Und wir können dann hier versuchen, das zu kitten und zu reparieren, wo noch etwas zu reparieren ist.

Kurz jetzt noch zu ein paar Kapiteln, die glaube ich auch wichtig sind, daß sie angesprochen werden, weil sie einen enormen Aktualitätsbezug haben. Es ist kurz etwas da drinnen vom Biogas im Abfallbereich. Gute Sache, nur, weil es eine so gute Sache ist, müßte man viel mehr machen. Die jetzt laufenden Ver- handlungen zum ELWOG zum Beispiel haben das ganz deutlich gezeigt. Wenn man bei den Einspei- tarifen wie in der Steiermark nicht hingreifen wird, dann brauche ich auch da in den Bericht nicht hinein- schreiben – zu Recht steht das da drinnen –, wie klass und wie super das ist, die Vergärung, sprich die Vergasung von Abfall zusammen mit anderen, etwa auch Schlachtabfällen beziehungsweise anderem Gülleabfall aus der Landwirtschaft. Da könnte man Dutzende Anlagen machen, und das wäre auch dann

ein wirtschaftliches Potential, das wäre dann auch ein Bereich für Arbeitsplätze, wo man nicht von einem Jahr zum anderen fürchten muß, sondern wo man am Weltmarkt irre Chancen hat und Wachstumspotential hat. (Abg. Ing. Schreiner: „Wer zahlt den Strom bitte?“) Guter Hinweis, wer zahlt denn das alles? Wer zahlt denn die Deponien jetzt schon? Wer zahlt denn die überschüssigen Kraftwerke jetzt? Wer wird denn die Rechnung bezahlen? Im Grunde genommen geht es ja nur darum, ob ich unsinnige Sachen mache, wo wir heute im Energiebereich, im Deponiebereich, in x anderen Bereichen jede Menge Milliarden hinausgeschossen habe, oder – und dazu bekenne ich mich – hergehe und sage, das ist eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Investition, die ich in ihrer Anfangsphase stütze. (Abg. Ing. Schreiner: „Ich kann ja nicht das, was ich jetzt in Betrieb habe, sofort wegschmeißen. Wenn Sie ein Auto hätten, würden Sie es ja auch nicht sofort wegschmeißen und nur mit dem Fahrrad fahren. Das ist ja volkswirtschaftlich ein Unsinn!“) Ich kann kein Auto wegschmeißen, weil ich keines habe, aber ich habe Sie schon verstanden. Ich gebe Ihnen auch recht, ich gebe Ihnen durchaus recht.

Niemand von den Grünen – ich gebe Ihnen dann gerne einmal unser ÖKO-Steuer-Konzept – und von allen anderen – Kopetz, Riegler –, die derartige Pläne entwickelt haben, hat jemals gesagt, daß man das über Nacht machen muß. Selbst die Wirtschaftsbosse stellen sich heute alle unisono hin und sagen, bitte schön, der Wirtschaft ist es egal. Irgendwann haben wir ja alle einmal Steinaxte produziert, und heute tun wir das nicht mehr. Was die Wirtschaft will, ist ein Horizont, was die Wirtschaft will, ist, daß sie Rahmenbedingungen hat, das wissen Sie mindestens so gut wie ich. Die Wirtschaft muß wissen, wie sie dran ist, nicht die Beziehungen, nicht irgendwelche Hintenherum-Kartelle oder Parteispenden oder sonstige Kriterien, einflußartige, was immer. Wenn wir heute eine Rahmenbedingung haben, daß die Wirtschaft weiß, in zehn Jahren schaut es so und so aus in Österreich, tunlichst auch in der ganzen EU, dann kann sie sich danach orientieren, und dann weiß sie, da habe ich einen Markt. Nur, wenn diese Rahmenbedingungen kommen und wir haben unsere Wirtschaft, die eine kleine ist, nicht vorbereitet, dann schauen wir alt aus. Also diese österreichische Philosophie nur im Gleichschritt, die ist falsch, jedenfalls für unsere Verhältnisse. (Beifall bei den Grünen.)

Wie Herr Kollege Paiarl an dieser Stelle sagen würde, nicht die Großen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen, das ist das Problem.

Vier Minuten habe ich noch. Ich werde diese vier Minuten nutzen, um noch einmal auf das Abwasserproblem zurückzukommen. Ich habe mich heute dazu schon geäußert bei dem Punkt Gebühren. Ich tue es jetzt noch einmal. In diesem Bericht wird deutlich aufgezeigt, um welche gigantischen Summen es hier geht. Daß ist nicht ein Problem von irgend ein paar ländlichen Gemeinden, und uns in den Ballungsräumen kann es kalt lassen. In diesem Bericht wird damit auch aufgezeigt, wie sehr die Budgets, die Steuerzahler, die Betroffenen von Sparpaketen damit verbunden sind. In diesem Bericht wird aufgezeigt, welcher verschwindend kleiner Prozentsatz in so ge-

nannte KABAs, das sind die kleinen Abwasserbehandlungsanlagen, hineingeht, von denen in der Öffentlichkeitsarbeit, von denen heute auch schon die Rede war, viel gesprochen wird und die zu den tatsächlich eingesetzten Mitteln in einem krassen Mißverhältnis stehen. Und ich sage es noch einmal an dieser Stelle, weil jetzt auch der Herr Landesrat anwesend ist, das, was da fallweise passiert – ich habe das Beispiel Vordersdorf heute gebracht, wie wiederholend es –, was da passiert, daß von der Verwilderung den Leuten die Einleitung aus einer Anlage, die dem Stand der Technik entspricht, in die Weiße Sulm, die ein Rinnsal ist, verweigert wird mit dem Argument, das widerspräche dem Wasserrechtsgesetz, das ist eine Schweinerei, und zwar eine ausgekochte. Das ist ein Mißbrauch, der Rüffel vom Bundesministerium ist schon da, ich habe ihn hier, wenn es jemanden interessiert, aber das kann es alleine nicht gewesen sein. So kann man mit den Steuerzahlern, so kann man mit Leuten, die Idealisten sind, die motiviert sind, nicht umgehen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen, der SPÖ und dem L.F. – 18.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Alfred Prutsch (18.18 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte zu Beginn eine Bemerkung zu meinem Vorredner machen, weil ich doch weiß, gerade im Bereich des Altspeiseöls und der Biodieselproduktion und ich Mitglied der SEEG in Mureck bin, mir sehr Aktivität hier gesetzt worden sind. Ich hätte mich sehr gewünscht, lieber Herr Kollege Hagenauer, daß dieses Projekt einmal auch von Ihrer Seite positiv dargestellt worden wäre, weil es wirklich Anerkennung gefunden hat, und weil dieses Projekt wirklich ein großer Beitrag für den Umweltschutz ist, und weil hier Eigeninitiativen entwickelt worden sind mit Unterstützung des Landes, mit Unterstützung unseres Landesrates Erich Pörtl, daß dieses gelungen ist. Und wenn in Graz das Speiseöl nicht gesammelt wird, dann ist das Magistratssache. Draußen in den ländlichen Regionen passiert das meistens. Hier sind die Gemeinden, glaube ich, sehr, sehr pflichtbewußt und sammeln dieses Altspeiseöl, das dann zu Biodiesel bei uns in Mureck verarbeitet wird.

Aber ich möchte aus dem Bodenschutzbericht heute in meiner Wortmeldung nur das eine Kapitel „Bodenverdichtung“ kurz streifen und eine Verbindung gedanklich zum Umweltschutzbericht herstellen, nämlich zum Österreichischen Umweltschutzprogramm, kurz ÖPUL genannt.

Auch das Regionalprojekt 4.5., welches in Richtung extensive Bewirtschaftung und in den Wasserschongebieten Gültigkeit hat, soll von mir angesprochen werden.

Als Praktiker weiß ich natürlich, daß ein garer Boden die ideale Grundvoraussetzung in der Ackerwirtschaft ist. Im Gegenteil kann die Bodenverdichtung, welche durch witterungsbedingte Einflüsse und unsachgemäßen Maschineneinsatz hervorgerufen wird, ertragsmindernde Auswirkungen bringen.

Im Bodenschutzbericht ist eine Steiermarkkarte enthalten, welche die Rasterstandorte für die Verdichtungsgefährdeten Regionen von Böden enthält. Die Verdichtungsgefährdung ist in den stark landwirtschaftlich genutzten Teilen der Süd- und Oststeiermark bekanntlich höher als in der übrigen Steiermark, und hier wiederum bei schwereren Böden. Es muß hier durch eine geeignete Bodenbearbeitung, zum Beispiel Hacken des Maises und nur Reihenspritzung, Direktsaat von Mais und Getreide, um nur einige Maßnahmen zu nennen, der Bodenverdichtungsgefahr entgegengetreten werden. Der Zwischenfruchtbau und eine ausreichende Fruchtfolge sowie die Gründüngung können die Bodenverdichtung teilweise auch verhindern.

Unsere Bauern schenken dem Wunder Boden vermehrte Aufmerksamkeit, weil ein gesunder Boden Teil der Grundlage für ein erfolgreiches Wirtschaften ist. Bodenschutz ist auch ein wichtiger Teil des Grundwasserschutzes. Daher ist im Umweltschutzbericht auch ein Kapitel über das ÖPUL – Österreichische Umweltschutzprogramm – enthalten.

In der Steiermark nehmen an diesem Österreichischen Umweltschutzprogramm, welches aus 25 verschiedenen Maßnahmen besteht, mehr als 35.000 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von zirka 385.000 Hektar teil. Das sind 62 Prozent aller steirischen Betriebe sowie 75 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Die ökologische Komponente mit ihren bodenverbessernden sowie grundwasserschonenden Maßnahmen ist das Hauptziel dieses Umweltprogrammes.

Kollege Getzinger hat die Grundwassersituation im unteren Murtal angesprochen. Hier ist neu das Regionalprojekt, das für die Grundwasserschongebiete Gültigkeit hat, das wirklich einschneidende Maßnahmen bei der Bewirtschaftung der Böden enthält, wo auch der Maisanbau in Prozentsätzen geregelt ist, und, und, und. Es müssen im Wasserschongebiet genaue Aufzeichnungen über die Düngung in Art und Menge gemacht werden. Die Umweltberater unterstützen unsere Landwirte durch eine gezielte Beratung über die einzuhaltenden Maßnahmen. Die Herbst- und Winterbegrünung auf 50 Prozent der Ackerfläche ist eine wichtige Maßnahme, um den Nitratreintrag ins Grundwasser zu vermeiden. Für das Regionalprojekt, wo diese Maßnahmen enthalten sind, ist eine Fläche von fast 10.000 Hektar bisher angemeldet, und von den interessierten Landwirten werden all diese Maßnahmen dann auch eingehalten. Diese extensive Wirtschaftsweise wird von Land und Bund und der EU durch Ausgleichszahlung gefördert.

Noch einige Sätze zum Kürbisbau und zu den Untersaaten im Ölkürbis. Der Anbau von Ölkürbis in der Steiermark hat sehr stark zugenommen – zirka 10.000 Hektar groß ist die Anbaufläche. Der Absatz von echtem steirischen Kernöl wird durch die von Brüssel genehmigte Markenbezeichnung über die Echtheit noch gefördert. Der großflächige Anbau von Ölkürbis wurde von den Fachleuten mit einigen ökologischen Nachteilen verbunden, weil die Bedeckung der Ackerflächen durch das Kürbisgewächs sehr langsam vor sich geht und Rückstände vom Düngemitteln ins Grundwasser gelangen können. Auch hier

wurden ökologische Maßnahmen ergriffen, indem ein Klee-Graß-Gemisch als Untersaat auf Kürbisflächen dies verhindert.

Die jetzt abgearbeiteten Kürbisflächen sind gerade im saftigen Grün. Also unsere Region ist wirklich sehr, sehr groß mit diesen grünen Flächen derzeit überzogen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß trotz Einkommenseinbußen der letzten Jahre unsere Bauern viele gesetzliche und freiwillige Maßnahmen auf sich genommen haben, um eine lebenswerte Umwelt für die gesamte Gesellschaft auch in der Zukunft zu sichern. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.25 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dirnberger das Wort.

**Abg. Dirnberger (18.25 Uhr):** Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich auch zum Bodenschutzbericht kurz zu Wort melden. Ich darf auch vorerst danken für den wirklich sehr sachlichen, wunderschön gestalteten und informativen Bodenschutzbericht 1998.

Zur Information, weil ich einige Kollegen gesehen habe, die herumgeblättert haben, so schaut er aus, falls jemand diesen nicht kennt. Er ist farblich gestaltet, ist nicht nur mit Statistiken ausgestattet, sondern wurden auch kartographisch die Standorte zum jeweiligen Ergebnis dargestellt. Er ist, wie ich schon betont habe, informativ, insofern, daß einmal überhaupt dargestellt wurde, was ist Boden, was ist der gesetzliche Auftrag, wie wurden die Untersuchungen durchgeführt, wie schaut die Geologie in der Steiermark aus, welche Bodentypen, wie schaut es mit dem Humus, mit der Erosion, mit der Verdichtung aus. Und natürlich sind das Wichtigste im Bodenschutzbericht die Ergebnisse der Bodenzustandsinventur, wo natürlich der pH-Wert, der Kalkgehalt, der Phosphor, das Kalium und die Spurenelemente, Schwermetalle und dergleichen untersucht wurden. Es werden aber auch die organischen Schadstoffe, chlorierte Kohlenwasserstoffe, Triazinrückstände und dergleichen dargestellt.

Das Ziel ist es, in Zukunft die Meßstationen auf 1000 auszubauen – derzeit haben wir runde Dreiviertel – und natürlich auch eine Dauerbeobachtung durchzuführen.

Man kann zusammenfassend sagen, daß die Nährstoffversorgung unserer Böden sehr gut ist. Beim Phosphor haben wir kaum Überschreitungen, beim Kalium kann es vorkommen im Ackerbauggebiet, bei Magnesium, Eisen und Mangan ist es vor allem naturgegeben. Bei den Schwermetallen sind 69 Prozent der Untersuchungsstandorte unter den Grenzwerten, bei 31 Untersuchungsstandorten wurden Überschreitungen festgestellt. Bei diesen Überschreitungen hat man dann auch die Pflanzen untersucht und hier wiederum festgestellt, daß 70 Prozent keine Grenzwertüberschreitungen darstellen.

Positiv hervorheben kann man auch, daß die Spritzmittelrückstände in Richtung Atrazin zurückgegangen sind, das beweist auch, daß das Atrazinverbot sehr ernst genommen wurde und vorher schon

sehr sparsam damit umgegangen wurde. Der Boden ist der Nährstofflieferant der Pflanzen und auch für die Speicherung des Wassers zuständig. Da ist es natürlich wichtig, daß man über den Bodenzustand Bescheid weiß und daß man sorgsam mit dem Boden umgeht. Und da möchte ich zum Schluß auch unseren Landwirten danken, die natürlich mit Grund und Boden tagtäglich zu tun haben und auch sorgsam damit umgehen und für den guten Zustand des Bodens auch hauptverantwortlich sind. Danke schön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 18.28 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Löcker am Wort. (Abg. Gennaro: „Ja, es ist eh noch nicht Mitternacht!“)

**Abg. Ing. Löcker (18.29 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, du kommst noch dran, Kurt, du weißt es schon instinktiv. Wir haben jetzt schon längere Zeit über diesen Umweltbericht diskutiert. Mein Vorredner Kollege Dirnberger - und dem muß ich beipflichten - hat auf die Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen zum Grundwasserschutz durch verschiedene Bewirtschaftungsbeschränkungen hingewiesen. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß das sozusagen noch nicht durchgestanden ist. Ich befinde mich selbst als Verantwortlicher gerade in dieser Problematik. Ich kann nur sagen, wir haben im Interesse einer Absicherung der Wasserqualität über ein Wasserrechtsverfahren entsprechende Bewirtschaftungsbeschränkungen eingefordert. Diese wurden von den betroffenen Landwirten beeinträchtigt, wie es in einem Rechtsstaat durchaus möglich ist. Dieser Einspruch wird vom Landwirtschaftsministerium entschieden werden, aber gleichzeitig ist über einen Anwalt eine Klage auf Zivilrechtsweg über Forderungen zur Wasserentnahme eingelangt. Und würde dieser Richter diese Forderungen klagsgerecht erfüllen oder bestätigen - wir haben heute im Tagesordnungspunkt Betriebskosten bei der Wohnbauförderung schon diskutiert, und da ist dann immer der Wettbewerb, ob minus 5 oder minus 10 oder minus 15 Prozent, dann würde der Wasserpreis, wenn das ein Präjudiz wäre, und das wäre ein solches in Österreich, plus 100 Prozent heißen, plus 100 Prozent schlichtweg gesagt. Also ich warte gespannt auf die Entscheidung. Den Landwirten könnte man in diesem Fall dann gratulieren, wenn der Rechtsweg so entscheidet, aber etwas ist dann endgültig klar, daß man nicht nur Umweltschutz fordern kann, sondern ihn auch bezahlen muß, und über die Höhe kann man dann streiten.

Aber ich möchte eigentlich zu einem anderen Thema sprechen. Seite 169, Verkehr im Umweltschutzbericht. Da steht drinnen „das regionale Verkehrskonzept für Graz-Südost umfaßt die boomenden Gemeinden“, und da sind die Gemeinden des linken Murufers aufgezählt. Aber was nicht aufgezählt ist und nicht drinnensteht, daß es dieses Konzept nicht gibt. Denn es wird schon seit vielen, vielen Jahren darüber diskutiert, und es ist bisher noch kein Konzept herausgekommen, und ich fordere hier Herrn Landesrat Ressel als zuständigen Referenten auf, sozusagen das Thema in die Hand zu nehmen, weil

die Gemeinden offensichtlich überfordert sind. Jede Gemeinde möchte eine Zunahme an Bevölkerung wegen der Ertragsanteile, sie möchte Betriebsansiedlung haben, sie möchte haben, daß ihre Menschen mit dem Individualverkehr rasch nach Graz oder zur Arbeitsstelle kommen, aber jeder will haben, daß die Straßen in der Nachbargemeinde gebaut werden. So geht das nicht. Es ist hier das Land in die Pflicht zu nehmen und hier den Gemeinden sozusagen, den Gemeinden diese Entscheidung wenn schon nicht abzunehmen, dann zumindest unterstützend beizustehen.

Auf Seite 170 ist auch der Eisenbahnausbau angesprochen, der Ausbau der Südbahn und der Koralmbahn durch die HL-AG. Die Trassenverordnung durch das Ministerium und durch den Bund ist ja bereits erfolgt, und die Landesregierung - das möchte ich jetzt betonen - hat einstimmig diese Trassenverordnung positiv zur Kenntnis genommen.

Unter anderem wird dann auf Seite 175 auch der Lärmschutz an den ÖBB-Bestandsstrecken gefordert, im übrigen auch von den Gemeinden, die entlang der Eisenbahn sind, so auch zum Beispiel von der Gemeinde Feldkirchen, auch eine positive Begründung: „Die Umweltbilanz der Schiene gegenüber der Straße ist positiv.“ Aber - und jetzt komme ich eher zum kabarettistischen Teil meiner Wortmeldung - wir haben heute schon soviel über Moral und Ethik in der Politik gesprochen, und dieses Beispiel wiederum, also der Lärmschutz und die Schiene, ist ein Thema, das zur Lärmschutz und die Schiene, ist ein Thema, das zur Zeit als Kabarett und Gespinnst wird in Grazer Raum. Da gibt es eine Zeitung, und es tut mir leid, wenn ich das sage, aber es ist die Wahrheit, aus Feldkirchen von der Freiheitlichen Partei, knapp vor der Nationalratswahl an alle Haushalte ergangen, drauf sind der lokale Gemeinderat und die Klubobfrau Mag. Bleckmann, und da steht, sie kämpfen für eine sofortige Umplanung der Koralmbahntrasse. Und da steht drinnen: „Vor knapp zehn Jahren wurde in Europa eine Mauer abgerissen, bei uns wird sie neu als Lärmschutzwand wiederaufgebaut. Es wird in Zukunft ein Ost- und West-Feldkirchen geben.“ Weiter: „Unsere Forderung an die HL-AG.: Sofortige Umplanung der Koralmtrasse, eine Streckenführung entlang der GKB durch Seiersberg bis zur A 2 und danach parallel zur Autobahn nach Werndorf.“ Und Sie werden es nicht glauben, am selben Tag erscheint ebenfalls von der Freiheitlichen Partei in Seiersberg eine Zeitung, an alle Haushalte. Diese Zeitung heißt „Blauer Blitz“, vorne ist der freiheitliche Gemeinderat von Seiersberg mit dem Landesparteiobermann Michael Schmid oben, und da steht drinnen: „Hochleistungsbahn durch das Ortszentrum Seiersberg nie und nimmer! Ideen, die solch ein Szenario zeichnen, werden die Freiheitlichen in Seiersberg eine klare Absage erteilen. Ja viel mehr noch, ich möchte sie als Unverantwortlich bezeichnen, und zwar aus mehreren Gründen ...“ und dann wird aufgelistet durch die Gemeinde. Die Gemeinde wird wieder zerschnitten in Ost und West und so weiter. (Abg. List: „Herr Kollege!“)

Ja, bitte? Ich habe eine Frage an dich jetzt. Lieber Kurt, ich habe eine Frage an dich jetzt. Ihr schreibt in der Seiersberger Zeitung: „Eines ist sicher, die Seiersberger Freiheitlichen werden diesen Einfall dorthin befördern, wo er eigentlich hingehört, und zwar in den

Mistkübel!" Jetzt frage ich dich, in Seiersberg ist ein Landesrat Schmid oben mit dem Text, kommt dieser Text jetzt nach Feldkirchen in den Mistkübel oder kommt der Feldkirchner Text der Freiheitlichen mit der Klubobfrau Bleckmann in den Seiersberger Mistkübel? (Beifall bei der ÖVP. – 18.35 Uhr.)

Bitte entscheidet euch!

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt hat Herr Landesrat Pörtl das Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Landesrat Pörtl (18.35 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das ist eine ideale Grundvoraussetzung, das Wort zu ergreifen. Es ist einfach die alte Florianimethode in der Hoffnung, daß die Kurzsichtigen keine Brillen haben. Irgendwann kommt die Stunde der Wahrheit, und wir haben eine Zeitlang vor Jahrzehnten ähnlich geglaubt, daß man sozusagen die Umweltfragen und die Fragen der wichtigen Lebensgrundlagen irgendwie erschwindeln kann oder in irgendeiner Form schon irgendwie erreichen wird. Im heutigen Umweltschutzbericht und auch im Bodenschutzbericht – und ich möchte mich dabei sehr, sehr herzlich vorweg bedanken, daß ich es nicht vergesse, beim Hofrat Manfred Rupprecht, der heute leider nicht da ist, und bei meiner gesamten Crew (Beifall bei der ÖVP.) stellvertretend für die gesamten Mitarbeiter, mit Hofrat Saurer, Hofrat Jägerhuber und vor allem auch beim Landeshygieniker Köck, die heute anwesend sind, aber ich möchte auch den Hofrat Pernier miteinschließen – haben wir in einer sehr überzeugenden Form dargelegt, daß wir in der Lage sind, offene, zum Teil als unlösbar erklärte Fragen im Grunde, in der Sache und letzten Endes auch in der Finanzierung lösbar zu machen.

Ich möchte auf einige kritische Bemerkungen trotzdem Antwort geben, wobei im allgemeinen eine sehr positive Darstellung unserer Situation vorliegt, und ich möchte vorweg einmal wirklich ganz offen sagen, ich leide in puncto Überfluß nicht an Lob, ich lebe da in der ganz realen, wirklichen Welt. Ich halte das leicht aus, wenn da ein paar Worte der guten Tat verkündet werden. Ich möchte aber schon behaupten, daß in Wahrheit unser Lebensraum – das Wasser, der Boden – die Visitkarte ist, wie wir leben, und da sind verschiedene gewaltige Einflüsse in Wahrheit entscheidend.

Die Frau Kollegin Kaufmann hat sehr Positives erwähnt über den Bodenschutzbericht. Wir haben einen Waldzustandsbericht. Das ist auch ein festes Packerl. Das heißt, wenn wir die verschneiden, dann haben wir noch eine dickere Schwarte. Dann blättern ihn manche gar nicht auf. Aber der ist ebenfalls vorhanden, wo man diese Fragen vor allem auch mit abhandelt.

Vielleicht zu einigen kritischen Bemerkungen in bezug auf die Wasserfrage vom Kollegen Getzinger im unteren Murtal. Wir haben in dieser Woche noch ein Grundwassermodell unteres Murtal, wo wir sehr fundiert mit der Bevölkerung, aufbauend über die Gemeinden, versuchen, die Grundverständnisse herzustellen über die Grundwasserströmungen, über die Oberflächeneinflüsse, über die Fließgewässer-

einflüsse, über die Maßnahmen, über die Erfahrungen. Wir haben gerade in der Wasserberatung und Abwasserberatung, in der Umweltberatung – ich muß es auf den Punkt bringen – den Neptun-Preis der Republik bekommen. Das heißt, wir sind dort erfolgreich und sind vor allem auch effizient. Wir wollen das auf das untere Murtal drauflegen, wobei, wie es der Kollege Prutsch schon angesprochen hat, auch diese regionale Möglichkeit des ÖPUL 4.5 zusätzlich uns zur Verfügung steht, bei Einschränkungen vor allem auch Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen, um die Hürde für die Umsetzung der betroffenen Bauern zu erleichtern. Vielleicht auch die Frage, wo es um die gesamte Abwassersituation geht.

Meine Damen und Herren, ich stelle einmal vorweg, ich will da niemandem etwas nachsagen. Aber wenn man solche Punkterklärungen abgibt, wie es der Kollege Hagenauer zum Beispiel macht, daß es so quasi – ich spreche es aus, weil ich bin ein Bauer – eine Schweinerei ist, daß wir von der Behörde her die Einleitung in diese Sulm nicht zulassen, wo der Kanalstrang daherkommt.

Die machen dort eine Kleinkläranlage. Der Kanalstrang ist aber durchgeplant zu den hinteren Häusern. Zugleich ist ein EU-Projekt genehmigt mit einer Kneipp-Anlage an der Sulm. Wenn dann eine gewisse Zeit vorher das Abwasser reinkommt, wenn es auch gereinigt ist, Prost, Mahlzeit. Das ist eine unheimlich dynamisch-strategische Maßnahme, wie man Regionalentwicklung forciert, und ich bitte, bei solchen Aktivitäten sich umfassend zu erkundigen. Ich kriege da innerlich, ich bin ein relativ direkter Mensch, ein bißchen Bauchschneiden – ich glaube, wir dürfen per Du sein, wir sind das schon eine Zeitlang, wenn das möglich ist –, daß du einfach eiskalt sagst, ja, die solidarische gemeinschaftliche Lösung im Verkehr ist die einzige Form, um diesen Knäuel zu lösen. Ich möchte nur bitten, in solchen Fällen ist das auch für die Abwasserstrategie zuständig, wo wir wirklich mit den Variantenuntersuchungen versuchen, was ist auf Dauer der gescheitere Weg. Ist das 100-Meter-Röhrll billiger als eine eigene Anlage, sind Betreuung und Wartung dabei, weil wir wissen, daß das einen inneren Zusammenhang hat. Ich habe da überhaupt keine Berührungspunkte. Wir schätzen sogar an die 15.000 Kleinanlagen. Nur, ich muß zuerst die Städte Graz, Leoben, Bruck an der Mur, Hartberg, Fürstenfeld, Feldbach und die Märkte mit größeren Anlagen entsorgen. Ich muß nämlich die genossenschaftlichen Bereiche forcieren, die jetzt laufen. Und selbstverständlich ist der kleinere Bereich mit zirka 15.000 Anlagen in den Einzelanlagenstrategien, wo wir immer gesagt haben, nie und nimmer kann sozusagen das Güllefaß beziehungsweise die Abholung von Sickergrubenhalt sein, sondern es muß sozusagen eine Dauerlösung erreicht werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht ein paar Dinge, was vor allem in der Frage der Abfallwirtschaft offen ist. Daß so ein versteckter Vorwurf im Raum steht, um Gottes willen, jetzt haben wir zu viele Deponien, jetzt haben wir wieder zuviel Abfall. Ich bin schon länger in dem Haus, und da haben wir vom Müllkollaps diskutiert. Wir sind sehr froh

gewesen, daß wir Deponieräume haben. Durch diese Deponieräume haben sich die Kosten wieder gesenkt, was die Deponiekosten sind. Und es sind die Deponiekosten halt leider nur ein Teil der Gesamtkosten, weil die Hauptlast vor allem die Einsammlung und die ganze Bewirtschaftung sind, weil wir vor allem auch die Stoffflußwirtschaft in dem Fall im Mittelpunkt haben. Und wir haben aber trotz all dem in der Steiermark ein Drittel von Abfällen, die nicht aus der Steiermark stammen, nicht die Hälfte. Wir sind leider nicht in der Lage, nationale und EU-Gesetze zu durchschlagen und eigene Grenzbalken aufzustellen, daß weder Produkte, die in die Steiermark kommen, noch Abfall, der aus der Steiermark hinausgeführt wird - das wird uns ja bei der thermischen wahrscheinlich passieren, wenn uns die Frage der Umsetzung der Anlage in Graz und in Niklasdorf nicht gelingt, wo die Standorte geklärt sind, wo vor allem diese wirtschaftliche Grundlage wesentlich ist und unsere Abfallwirtschaftsverbände mit Gemeinde- und Städtebund diese wirtschaftliche, kostenbewegliche Frage für sich in der Form entschieden haben. Wir sind da gerne Partner.

Die nächste Frage, vor allem was die Müllvermeidungsstrategie betrifft. Wir haben ja heute schon eine Diskussion gehabt. Wenn ich in die Herrengasse runterschreie, wir sollen Speisefett sammeln und wir sollen Müll vermeiden, das wird wahrscheinlich nicht gar so wirken. Ich muß da leider Kampagnen auf pädagogischer Ebene mit Projekten starten. Ich brauche da kein Bild, sondern wir müssen in diese Müllvermeidungsschiene einfahren mit unseren Abfallberatern. Weil kritisiert wurde, daß Stillstand sei, von 1991 bis 1997 haben wir 23 Millionen Schilling für diese Abfallberatung eingesetzt. Wir haben die Mittel verfügbar. Sie müssen natürlich auch angenommen werden von den Abfallwirtschaftsverbänden, die diese Abfallberater im Betrieb haben. Wir haben von Österreich die höchste Abfallberaterdichte, nämlich für 19.000 Einwohner einen Abfallberater. Das heißt, wir wollen auch in Zukunft massiv in dieser Frage mit aller Konsequenz diese Vermeidungsstrategie machen. Und das ist schon in den Referaten meiner Kollegen angesprochen worden, die Frage der Reparaturgesellschaft ist nicht eine Spinnerei vom Pörtl Erich, sondern das ist eine ganz fundierte Strategie, wo wir konsequent versuchen, diese Bewußtseinsbildung - das ist auch ein Teil dieser Abfallvermeidungsstrategie - im Rahmen dieser ökologischen Landentwicklung über die Gemeinden, über unsere pädagogischen Stufen von Kindergarten bis zur Hochschule vor allem in diese Lebensphilosophie mit einzusteigen, und zwar nach dem System des Eigennutzes.

Der Kollege Getzinger hat auch diese ganze Frage der Gentechnik angesprochen. Ich sage ganz offen, ich habe glücklicherweise eine Mitteilung bekommen, am 7. Oktober hat „Die Zeit“ einen großen Bericht gebracht: „Raus aus den Kartoffeln“, mit dieser Darstellung, wo international fast alle, von Monsanto angefangen, der genverändernden Produktentwicklung in den Lebensmittelbereichen den Ausstieg erklärt und sie schwerpunktmäßig nur mehr für die Frage Medizin und Gesundheit festlegt.

Das ist wahrscheinlich eine vernünftige Konsequenz, weil es uns sicherlich gelingen wird, mit anderen Maßnahmen die Ernährungssicherung auf dieser Welt zu sichern. Ich bin persönlich überzeugt, daß wir auf dem Gebiet genug schlummernde Bodenreserven und Nutzflächen haben, wobei ich vor kurzem ein Referat gehört habe von diesen großen russischen Regionen, weil wir heute den Bodenschutzbericht haben, wo meterdicke Schwarzerdeböden weiß sind, wenn man es von oben herunter anschaut. Total übersalzen und eigentlich tot. Das heißt, es ist schon eine vehemente Aufgabe in der Form der Bewirtschaftung.

Ich glaube also, daß wir in solchen Strategien, was die Abfallwirtschaft betrifft, sehr konsequent und umsichtig agieren. Ganz das Gleiche gilt vor allem über die Form des Zuganges zur Wirtschaft selbst. Wir haben gerade jetzt gegenwärtig einen internationalen Kongreß der Unternehmungen weltweiter Konzerne, wo zum Beispiel die Motorenentwicklung so weit ist - und Sie dürfen mich jetzt nicht auslachen, ich habe das gestern selbst gehört -, daß es bereits Motorentchniken gibt, wo eine bessere Luft aus diesem Motor abgepustet wird, in einigen Komponenten, als vorher angesaugt wird.

Das heißt, das ist eine wahnsinnige Forschungsoffensive in der gesamten Palette, was vor allem diese Forschungsarbeit betrifft, und wir bedienen uns mit unseren Abteilungen in Form von Projekten auch mit solchen wissenschaftlichen Aktivitäten, und zweitens gehen wir direkt auf den Boden der Gemeindsidee, um Lebensphilosophie anzunehmen und zu tun. Und das ist, glaube ich, der große Erfolg, wenn wir diesen Umweltbericht im Grunde lesen, welche konkreten Maßnahmen tatsächlich passieren. Und daher bin ich überhaupt nicht kitzelig, wenn kritisiert wird, das gehört in der Demokratie selbstverständlich dazu, und das spornt an. Aber ich möchte nur dieses Maß an Erfolgserlebnissen zulassen, weil wenn wir von unseren Kindern permanent nur kritisch und sozusagen im Negativbereich Motivationsschübe erwarten, bin ich mir nicht ganz sicher, daß das erfolgreich wirkt. Ich glaube, daß die Bevölkerung - was ich derzeit registriere - unsere Umweltpolitik als sehr positiv bewertet. Ganz speziell diese Frage mit den Altspeisefetten und -ölen haben wir sehr, sehr lange, sehr, sehr viel Geld in dieses Projekt des Landes gepuscht, um eben diese Lebensphilosophie vor allem der Mehrfachnutzung von Produkten zuzulassen.

Es gibt ja da einige interessante Projekte. Ich bin schon neugierig, wann hier kritisiert wird, daß wir zuviel Elektronikschrott haben. Ja, meine Damen und Herren, sofort Handy absammeln, die werden irgendwann das Licht auslöschten. Das ist eine gesellschaftliche Verhaltensform, die uns leider auch im Bereich der Sperrmüllvariante, wo die Möbel sozusagen in Massen gekauft und wieder hinausgeworfen werden, wo wir nur hoffen, daß die andere Philosophie, wo alte Möbel wieder einziehen in moderne Wohnungen, Platz greift. Wir haben zum Beispiel mit dieser Börse, die wir vor allem im Baustoffbereich anbieten mit Altholz und alten Baustoffen, einen hochinteressanten Ansatz. Wir haben einige Dinge, aber ich will mich da nicht verbreitern, wo wir vor allem in diesen

Fragen auch psychologisch zugänglich sind und verständlich diese neuen und eigentlich bewährten Formen einer interessanten und nachhaltigen Form des Wirtschaftens und letzten Endes auch des Arbeitsschaffens. Die gesamte Umweltmaschinerie ist heute ein potenter Wirtschaftsfaktor. Wir haben in vielen, vielen Bereichen erlebt, daß unsere Schritte, unsere Maßnahmen übernommen werden. Wir haben in Kürze wieder eine chinesische Delegation hier, die unsere Modelle und Systeme der Kreislaufwirtschaft mit unseren Unternehmungen studiert und europaweit und zum Teil international zum Einsatz bringt. Das ist natürlich ein wesentlicher Punkt, und ich möchte gar nicht verhehlen, daß die Frage Einspeistarife derzeit ja in Beratung ist, derzeit sozusagen in dem Problem-bereich liegt, daß auf der einen Seite die eiskalte Liberalisierung ist, und wir stehen auf der anderen Seite in der unverzichtbaren Regionalisierung. Und diesen Cocktail zu schaffen, ist politisch eine sehr schwierige Aufgabe, aber muß und war immer eine Art der Lösung, wie man Zukunft produziert.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich noch einmal sehr herzlich bedanken, vor allem für die sehr fundierten Beiträge, wenn ich an die Frau Abgeordnete Karisch denke, vor allem für das engagierte Eintreten und auch für die kritischen Ansätze. Ich möchte mich aber vor allem bei meinen Partnern in Industrie und Wirtschaft, aber vor allem bei der großen Palette der Pädagogik herzlich bedanken und bei Ihnen, meine Damen und Herren, daß man solche Berichte in der Tat in unserem Land nachvollziehen und vor allem heute dem Landtag und der Bevölkerung präsentieren kann. (Beifall bei der ÖVP. – 18.52 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ein zweites Mal hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hagenauer (18.52 Uhr):** Ein paar Feststellungen haben den Charakter einer tatsächlichen Berichtigung an den Herrn Abgeordneten Prutsch. Bitte schön, Sie ersparen mir das schon, daß Sie heute noch hinausfahren in den Bezirk und sagen, der Hagenauer hat die SEEG da hier im Landtag schlechtmacht. Sie haben mich schon richtig verstanden, daß ich es war, der dem Armen, nachdem er seine Anlage – ich wiederhole das jetzt nur, was ich vorhin gesagt habe – nur mehr zwei Tage in der Woche ausgelastet hat, und daß eigentlich ich es war – vielleicht sogar Sie oder Herr Landesrat Pörtl, nachdem das seit Jahren schon ein Problem war und sich aufgeschaukelt hat, hätten auch lösen können, daß ich das war. Und ich war auch nicht zufällig mit dem Abgeordneten Van der Bellen vor drei Wochen unten die Anlage anschauen. Also bitte schön, das nicht um 180 Grad herumdrehen. Er schwimmt jetzt im Öl. Das ist gut so. Habe ich heute schon zweimal gesagt. Und was jetzt zu tun ist, ist das, daß er seinen Biodiesel los wird. Da gibt es zu tun, habe ich auch schon zweimal gesagt.

Nur ganz kurz. Das mit der Solidarität, Herr Landesrat, und im Zusammenhang mit der Abwasserreinigung, das kann ich halt leider so nicht akzeptieren, das ist die Pervertierung des Solidaritätsbegriffes in vielen

Fällen. Daß die Gemeinde hergeht zusammen mit dem Land und mit den Banken im Hintergrund ein riesiges Kanalnetz plant und dann hergeht, wenn eine Gruppe einzeln etwas machen will unterwegs auf der Strecke und sagt, bitte schön, Freunde, ihr seid jetzt solidarisch, ihr macht da mit. Das ist nicht solidarisch, das ist das Gegenteil. Wir haben das heute schon dreimal gesagt, das einzige Kriterium ist das, was ist für alle zusammen die billigere Lösung. Auf das lassen wir uns jederzeit ein. Um das geht es. Und nicht, daß da jemand sitzt und sagt, ihr müßt mitmachen, und jetzt kriegt ihr mitgeteilt, was Solidarität ist. Das haben wir ein paar Kilometer im Osten noch gehabt, diese Art und Weise und diese Definition der Solidarität.

Beim Müll ist der Begriff Grenzbalken gefallen. Herr Landesrat, an der Stelle auch, Sie haben jetzt ein relativ langes Referat gehalten, die Kollegin Zitz hat das heute auch schon einmal bemängelt. Ich halte es für sinnvoll, daß der verantwortliche Politiker hier antwortet, natürlich. Aber ich halte es nicht für sinnvoll, daß er den Umweltschutzbericht noch einmal referiert, in Bereichen, wo von den Abgeordneten gar niemand etwas von ihm wissen wollte. Das ist ein eigenes Seminar, das ist nicht der Landtag. Das heißt, Ihre Wortmeldung hätte ruhig kürzer ausfallen können. (Abg. Gennaro: „Nein, nein, das hat schon gepaßt!“ – Abg. Purr: „Sie sagen, was Sie wollen, und andere sagen auch, was sie wollen!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.) Lesen Sie dann im Protokoll nach, und dann werden Sie das feststellen.

Es muß sich ja niemand schämen für das, was im Land geschehen ist, aber es ist nicht notwendig, daß hier in der Sitzung der Bericht noch einmal referiert wird, auch wenn er die beste Sache der Welt ist. (Abg. Purr: „Entschuldigen Sie bitte, Sie werden doch nicht vorschlagen, wer etwas sagt. Herr Kollege, das ist ja völlig neu, Sie schreiben vor, wer was sagt? Ja bitte, wo sind wir denn?“) Ja, ich bin hier Landtagsabgeordneter, ich bin nicht dazu da, mir das Selbstlob eines Regierungsmitgliedes in unbeschränkter Zeit anzuhören. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Zümmung!“)

Ich habe die Redebeschränkung, ich habe hier sechs Minuten, und wie lange hat der Herr Landesrat? (Präsident Dr. Strenitz: „Darf ich die Damen und Herren um etwas mehr Ruhe bitten?“) Ich wäre froh gewesen, wenn er die Zeit dafür verwendet hätte, mir zu antworten. Auf das will ich hinaus. Beispiel Müll. Er hat die Rechte für diesen Skandal, daß in der Steiermark – sei es ein Drittel, seien es 50 Prozent – mehr Müll deponiert wird, als wir selber produzieren. Für diesen Skandal verwendet der Herr Landesrat die Begründung, wir haben keine Grenzbalken. Ich habe ja vorher schon gesagt, das ist nicht das Problem. Wer hat denn die Müllverbände alle in die eigene Bezirksdeponie getrieben? Sie wissen das so gut wie ich. Das war das Land, das war der Herr Landesrat. Und da hätte er sich ruhig hinstellen können und sich dafür verantworten, mehr will ich nicht sagen. (Abg. Gennaro: „Ist eh gescheiter!“)

Und zum Schluß die Müllvermeidung. Die Müllvermeidung hängt nicht nur am Bewußtsein der Bevölkerung, habe ich heute auch schon gesagt. Nicht die Aufklärung ist der Engpaß, nicht das Bewußtsein,

sondern die Bevölkerung wird hier an der Nase herumgeführt in weiten Teilen. Nehmen Sie das von mir zitierte Beispiel der Milch. Wenn die Milchpackeln einfach mutwillig verbilligt werden und die Flasche verteuert, dann ist klar, daß hier das Bewußtsein der Bevölkerung nichts mehr hilft, wenn die Preisdifferenz pro Liter 3 Schilling ausmacht, und da ist die Politik gefordert, und nicht die Bevölkerung! (Beifall bei den Grünen. - 18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt hat sich nochmals der Herr Landesrat Pörtl zu Wort gemeldet.

**Landesrat Pörtl (18.58 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Hagenauer, ich bin sehr, sehr dankbar, daß Sie in dieser Form und in dieser Art die Wortmeldung gemacht haben. Sie sind ein Superdemokrat, ich habe zu antworten, was Sie denken. Da pfeife ich Ihnen etwas, das sage ich Ihnen, weil jetzt ist einmal Schluß. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Und punkto Solidarität brauche ich keine Nachhilfe. Da bin ich jederzeit bereit, mich zu messen. Da habe ich keine Probleme. Wir haben schon diskutiert, da war ich noch nicht einmal Abgeordneter. Als Obmann des Entwicklungsförderungsverbandes - jetzt habe ich Sie gesagt, bleiben wir beim du, wenn es auch hart angeht - hast du gesagt, wir brauchen keine Südautohahn. Nur die Dinge vor dem Supermarkt erklären, da beim Einkaufen, wie das geht. Real möchte ich schon bleiben. Nur, daß man da hergeht und mir erklärt, was ich zu antworten habe, das lasse ich mir nicht als Abgeordneter gefallen und schon gar nicht als Regierungsmitglied.

Bei all den Auseinandersetzungen, wenn irgendwo irgend etwas in puncto Lösung gekommen ist, ist deine Firma immer professionell aufgetreten und hat jede Initiative zerstampft. Zuerst habt ihr gesagt, um Gottes willen, wie die Freiheitlichen einen Vorschlag gemacht haben, eine große Grube für die Steiermark, da hauen wir den ganzen Abfall hinein, eine große Gesellschaft, haben sie gesagt, unmöglich, da muß man es ökologisch angehen. In jedem Dorf faßt ein kleines Häufel zusammen, und das tun wir bewundern und so lange fürchten, damit wir keine Sachgüter mehr verbrauchen.

Das findet leider nicht statt. Wir sind daher zu den Erzeugern in der Müllvermeidung, zu den Lebensmittelhändlern, zu den Wirten und, und, und gegangen und haben versucht, dort, wo es entsteht, einzugreifen. Wenn das eine schlechte Methode ist, dann lasse ich mir die Kritik gerne gefallen.

Daher muß man aufpassen, daß man nicht Täter mit Opfer verwechselt, weil ich mache den ganzen Abfall nicht selber. Und ich lasse mich da nicht hinstellen, als daß ich unfähig bin. Nur, wenn da ein Bericht ist und wenn das nachweisbar liegt, soll ich etwa sagen, mein Gott, alles ist so grauslich, alles unlösbar, es geschieht überhaupt nichts. Ich täte dir gerne einmal so einen Agrar- und Umweltreferenten schenken, und nachher muß du eine Schongebietsversammlung machen. Da mußst du dir fast einen Helm

kaufen. Wenn sie dich nicht ein bißchen ernst nehmen, verräumen sie dich. Das ist nicht so eine einfache Geschichte. Da ein paar Huster machen, was alles vielleicht noch ein bißerl sein könnte, das ist eine einfache Geschichte.

Entschuldige diese urbane und sozusagen meiner Art entsprechende Antwort, aber das lasse ich mir nicht gefallen. Ich fürchte mich auch vor niemandem mehr, das habe ich auch schon verlernt, und schon gar nicht vor solchen Meldungen. Das sage ich ganz offen. (Beifall bei der ÖVP. - 19.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen.

Diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag zu Punkt 23, das ist die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1998, ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei Zustimmung zu Punkt 24, Bodenschutzbericht 1998, bitte ich ebenfalls um ein Händezeichen. Gegenprobe.

Auch dieser Punkt ist einstimmig angenommen.

**25. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 478/7, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend die Schaffung von Nebenarmen der Mur, insbesondere im Stadtgebiet von Graz.**

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (19.02 Uhr):** Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Zitz, Wabl, Keshmiri und Brünner, betreffend die Schaffung von Nebenarmen der Mur, insbesondere im Stadtgebiet von Graz.

Der Antrag besagter Abgeordneter würde in der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Energie am 24. Juni 1997 der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Dazu erstattet die Steiermärkische Landesregierung einen Bericht, der beinhaltet, daß in bestimmten Bereichen die Mur extrem eingetieft ist. Die Folge sind starke Beschädigungen an den Böschungssicherungen, weshalb es dringend erforderlich ist, in Abschnitten Maßnahmen zur Sohlstabilisierung und Böschungssicherung zu setzen.

Zweitens wird angegeben, daß eine Absenkung des Grundwasserspiegels damit verbunden ist.

Aus diesen Gründen ist die Schaffung von Nebenarmen an der Mur im Stadtgebiet von Graz - wenn überhaupt - nur in ganz wenigen unverbauten Abschnitten möglich.

Es liegt außerdem ein Schreiben vom 26. April 1999 der Fachabteilung 3a beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vor, wo es um einen Förderungsantrag für ein Detailprojekt und die Ausführung eines hydraulischen Modellversuches für die Murerinstandsetzung zwischen der Tegetthoffbrücke und

dem Marko-Haus geht. Es soll hier eine Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Mur in Form einer Musterstrecke angestrebt werden.

Weiters wird vorgesehen, die politischen Entscheidungsträger der Stadt Graz einzubinden und einen Modellversuch an das Wasserbaulabor der Technischen Universität Graz zu vergeben.

Es wird außerdem festgehalten, daß am 8. Juni 1999 1,2 Millionen Schilling für Modellversuch und Detailplanung vom Land- und Forstwirtschaftsministerium freigegeben wurden und im Winter 1999/2000 mit den Bauarbeiten begonnen wird.

Ein weiteres Thema, das in dieser Regierungsvorlage angeführt wird, ist, daß es umfassende Untersuchungen bezüglich der Hochwassergefährdung bei insgesamt 37 Grazer Bächen geben wird und das Ergebnis der Stadt Graz zur Berücksichtigung bei der nächsten Flächenwidmungsplanrevision zur Verfügung gestellt wird.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der besagten Abgeordneten, bezüglich der Schaffung von Nebenarmen der Mur, insbesondere im Stadtgebiet von Graz, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme dieser Regierungsvorlage. (19.04 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich danke für den Bericht.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr kommen wir zu Punkt 26 der Tagesordnung, das wäre die Hälfte der Tagesordnung. Ob es auch die Halbzeit sein wird, hängt von Ihnen ab, meine Damen und Herren.

**26. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 509/5, zum Beschluß Nr. 448 des Steiermärkischen Landtages vom 21. Oktober 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend die Sanierung des Kraftwerkes Šostanj.**

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (19.05 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß des Landtages vom 21. Oktober 1997 über den Antrag der Abgeordneten Zitz, Wabl, Keshmiri und Brünner, betreffend die Sanierung des Kraftwerkes Šostanj.

Es geht hier um den Stand der Sanierung des Kraftwerkes, der österreichischen Unterstützungsmaßnahmen sowie die Auswirkungen auf die Luftbelastung im südsteirischen Raum.

Dazu äußert sich die Rechtsabteilung 3, die Stellungnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie und der Rechtsabteilung 10 eingeholt hat.

Laut Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie wurde eine Förderung von 175 Millionen Schilling gewährt. Das ist eine Einzelförderung, die im Jahr 1995 ausgeschüttet wurde.

Ein neuerliches, 1998 gestelltes Förderungsansuchen wurde seitens des Umweltministeriums jedoch abgelehnt. Es wird dennoch festgehalten, daß die Maßnahmen greifen. Zitat: „Mit einer dramatischen Emissionsverminderung vor Ort sowie einer entsprechenden Verbesserung der Luftsituation in der Steiermark und Kärnten ist daher in Kürze zu rechnen.“ Zitat Ende.

Laut Bericht der Rechtsabteilung 10 wurde das Land Steiermark mit 9. April 1997 aus der gegenüber der Österreichischen Kontrollbank AG. übernommenen Rückhaftung endgültig entlassen. Es wurden auch keinerlei weitere Anträge an die Rechtsabteilung 10 gestellt.

Ich ersuche den Landtag um Annahme dieses Berichtes. (19.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**27. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 1057/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Heibl, betreffend Umsetzungsmaßnahmen in der Abfallwirtschaft.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (19.07 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 280 zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1057/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Heibl, betreffend Umsetzungsmaßnahmen in der Abfallwirtschaft, beraten.

Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie zum Antrag, Einl.-Zahl 1057/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Heibl, betreffend Umsetzungsmaßnahmen in der Abfallwirtschaft, wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht liegt Ihnen vor. (19.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Danke für den Bericht. Es wurde mir signalisiert, daß der Abgeordnete Gennaro einen Entschließungsantrag einbringt. Ich bitte um den Antrag.

**Abg. Gennaro** (19.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde mir ersparen, die Begründung zu unserem Entschließungsantrag hier zu dokumentieren, nachdem in der Diskussion ja schon einiges gesagt wurde, und ich hoffe, daß Herr Landesrat Pörtl nicht Angst kriegt, wenn ich jetzt da herausgehe. Ich möchte folgenden Antrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Möglichkeiten einer Einzugsbereichsverordnung nach dem Paragraph 6 Absatz 6 Ziffer 3 des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes umgehend zu untersuchen und gegebenenfalls eine derartige Verordnung zu beschließen, zweitens im Sinne der Antragsbegründung eine klare Richtungsentscheidung für die Steiermärkische Abfallwirtschaft zwischen freien Marktkräften oder klaren gesetzlichen Vorgaben zu treffen, drittens klare gesetzliche Vorgaben, betreffend den innerbetrieblichen Abfall, zu erarbeiten, viertens dem Landtag raschestmöglich eine Regierungsvorlage mit dem Entwurf einer Novellierung des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes vorzulegen, der auf alle in der Begründung angeführten Punkte eingeht, und fünftens dem Landtag das Gutachten betreffend Weiterbetrieb sämtlicher steirischer Deponien vorzulegen.

Ich ersuche um Unterstützung des Entschließungsantrages. (Beifall bei der SPÖ. - 19.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Entschließungsantrages wurde mir seitens der freiheitlichen Fraktion mitgeteilt, daß eine punktuelle Abstimmung gewünscht wird. Ich komme diesem Wunsch nach und bitte Sie, nunmehr über die einzelnen Punkte abstimmen zu wollen.

Entschließungsantrag, wie ihn Kollege Gennaro vorgetragen hat, Punkt 1, eingehende Untersuchung einer Einzugsbereichsverordnung. Wer dem Punkt 1 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Punkt 1 ist einstimmig angenommen.

Punkt 2, eine klare Richtungsentscheidung zwischen den freien Marktkräften oder klaren gesetzlichen Vorgaben zu treffen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Punkt 3, klare gesetzliche Vorgaben, betreffend den innerbetrieblichen Abfall, zu erarbeiten. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Punkt 4, raschestmöglich eine Regierungsvorlage, betreffend Novellierung, vorzulegen, in der auf alle in der Begründung angeführten Punkte eingegangen wird. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Punkt 5, dem Landtag das Gutachten, betreffend Weiterbetrieb sämtlicher steirischer Deponien, vorzulegen. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier wurde eine einstimmige Annahme erzielt.

Wir kommen zu Punkt

**28. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 807/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Forcierung und Finanzierung von Photovoltaikanlagen.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Keshmiri** (19.11 Uhr): Der Ausschuß für Umweltschutz und Energie hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 807/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Forcierung und Finanzierung von Photovoltaikanlagen, beraten.

Mit dem Antrag, Einl.-Zahl 807/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Forcierung und Finanzierung von Photovoltaikanlagen, soll die Landesregierung aufgefordert werden, neue, öffentlich finanzierte Bauvorhaben und Sanierungen mit Photovoltaikanlagen auszustatten und diese mittels Anteilsscheinen nach dem Vorbild des Solarkraftwerkes der Marktgemeinde Percholdsdorf zu vermarkten, um so einen Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energieträger mit Beteiligung der BürgerInnen zu leisten.

Laut Bericht der Landesregierung ist die Notwendigkeit des Umstieges auf Photovoltaik unbestritten erforderlich. Einen umfassenden Durchbruch dieser Technologie haben allerdings die bis heute noch verhältnismäßig hohen Kosten verhindert. Im Rahmen des steirischen Energieplanes wird der Sonnenenergie in Zukunft eine besondere Rolle zugesprochen. Dies hat dazu geführt, daß zum Beispiel Förderungsmittel für thermische Solarkollektoren bereitgestellt und auch in großem Umfang in Anspruch genommen wurden, Photovoltaikanlagen allerdings nur in Einzelfällen in den Genuß einer Förderung kamen. Eine institutionalisierte Förderung von Photovoltaikanlagen existiert derzeit in der Steiermark nicht, doch gibt es eine Förderungsmöglichkeit im Rahmen der Wohnbauförderung. Eine umfassende Förderung erscheint insofern als schwierig, als das Verhältnis von eingesetzten Förderungsmitteln zu nutzbarer Energie gegenüber anderen Technologien (thermische Nutzung der Sonnenenergie, Biomassenutzung) eindeutig im Nachteil ist. Ich ersuche um Kenntnisnahme. (19.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner** (19.13 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Sie haben gerade vorher so treffend bemerkt, daß wir Halbzeit haben. Ich will mich hier nicht herstellen und für eine Nachspielzeit sorgen. Aber ich möchte doch etwas sagen zu diesem Antrag. Es müßte auch den Kollegen vom Liberalen Forum

bekannt sein – und zwar seit Monaten –, daß wir in den Ausschüssen und Unterausschüssen das ELWOG oder StELWOG verhandeln. Infolgedessen kann man in Wirklichkeit nicht so einen Antrag noch nebenbei machen, im Grunde verbraucht er nur unsere Zeit. Nicht doppelt irgendwo kleine Dinge machen, sondern eine große ordentliche Lösung, zu der wir sowieso verpflichtet sind.

Dann möchte ich noch etwas in diesem Zusammenhang sagen, damit wir vielleicht einmal ein bißchen wirtschaftlich sensibilisiert sind, was es heißt für die Energieversorgungsunternehmen, Alternativenenergien in das Netz aufzunehmen. Ich weiß schon, wenn wir im Jahr 2005 nicht 3 Prozent Alternativenenergien in das Netz einspeisen, möglicherweise zu Pönalzahlungen verurteilt werden könnten, aber wir müssen ein paar andere Dinge auch noch sehen, und die werden bei den StELWOG- oder ELWOG-Verhandlungen sehr wohl mit großem Bedacht und Behutsamkeit zu berücksichtigen sein. Das wird so auf uns zukommen. Ich glaube, wir werden so etwas wie eine Quadratur des Kreises zusammenbringen, die folgendermaßen aussieht: Der Kunde will billigen Strom, und die Firmen, die den Strom erzeugen beziehungsweise vertreiben, wollen überleben, weil die haben ein Problem, sie müssen jedes Jahr eine Bilanz legen, und wenn sie das nicht können, müssen sie zusperren, und dann stehen wieder Arbeitskräfte auf der Straße. Das wollen wir auch nicht. Dann haben wir auf der anderen Seite noch die Vorschläge, daß bestimmte Kraftwerke mit einer bestimmten Engpaßleistung geschützt werden sollen, andere wieder nicht geschützt werden sollen. Also das wird für uns sehr schwierig. Aber um das auf den Punkt zu bringen, um nicht zu lange über ein Thema zu referieren, das wir sowieso in den Unterausschüssen behandeln, möchte ich nur ein Beispiel vor Augen führen. Momentan schaut es so aus, daß wir auf Mittelspannungsebene Strom nach Österreich bekommen für die sogenannten Großabnehmer, die das dürfen in einer Größenordnung von zirka 35 Groschen per Kilowattstunde, einschließlich Netzgebühr. Das ist in etwa jetzt die Lage. Der Strom aus der Photovoltaikanlage kostet in etwa jetzt 8,9 Schilling per Kilowattstunde. Wenn ich jetzt sage, wir erzeugen mehr Anlagen, kommen wir auf einen Prozentsatz von 30 Prozent, das ist schon viel, dann würde der Strom 7 Schilling kosten. Das heißt, das Verhältnis zugekaufter Strom zum Strom aus der Photovoltaikanlage ist eins zu 20. Wenn Sie jetzt sagen, 97 Prozent werden zugekauft oder konventionell erzeugt, und nur 3 Prozent werden zugekauft aus zu errichtenden Photovoltaikanlagen, dann würde sich der Stromeinkaufspreis sage und schreibe um 57 Prozent erhöhen und würde sofort jedes EVU in den Konkurs treiben. Also man muß da schon sehr sensibel sein, und ich glaube, es werden andere Energieformen wesentlich wichtiger sein, und wir werden diese forcieren müssen, zum Beispiel Wind und ähnliches. (Beifall bei der FPÖ. – 19.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu Punkt

**29. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 994/1, der Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend die Vorlage eines Thermenkonzeptes für das Land Steiermark.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Keshmiri (19.17 Uhr):** Bericht über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend die Vorlage eines Thermenkonzeptes für das Land Steiermark.

Zum Beschluß des Ausschusses wird folgendes berichtet:

Die Steiermärkische Landesholding hat mit Schreiben vom 13. Juli 1998 das Institut für angewandte Statistik und Systemanalyse der Joanneum Research Forschungsgesellschaft mit der quantitativen Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen des Thermen-tourismus beauftragt. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt die touristischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den drei betrachteten Regionen ausführlich analysiert und übersichtlich dargestellt. Die wichtigsten Ergebnisse des Gesamtprojektes, in aller Kürze zusammengefaßt, sind:

Erstens, die touristischen Entwicklungen:

Das steirische Thermenland, das eine klare Positionierung unter dem Leitthema Gesundheit und Kur aufweist, verzeichnete als einziger der 13 steirischen Tourismusregionalverbände eine kontinuierliche Steigerung bei Ankünften, Nächtigungen, Bettenangeboten und Auslastungen. Die Entwicklung verlief jedoch in den einzelnen Thermenregionen unterschiedlich, denn während in Loipersdorf und Radkersburg sowohl die Ankunfts- als auch Nächtigungsziffern im Beobachtungszeitraum von 1980 bis 1998 starke Zuwächse verzeichneten, konnte zum Beispiel in Bad Gleichenberg zwar die Zahl der Gästeankünfte gesteigert werden, die Nächtigungen weisen jedoch eine eher konstante und leicht rückläufige Tendenz auf.

Zweitens, die wirtschaftlichen Entwicklungen:

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist sowohl insgesamt gesehen, als auch bei Berücksichtigung der Teilzeitquoten in allen drei betrachteten Bezirken im Beobachtungszeitraum von 1988 bis 1997 stärker gestiegen als im Steiermarkdurchschnitt.

Dann wird in der Regierungsvorlage noch auf die touristischen Zusammenhangsanalysen eingegangen, und abschließend wird darauf hingewiesen, daß der Thermen-tourismus, der im Gegensatz zur allgemeinen touristischen Entwicklung auch in den vergangenen Jahren starke Zuwächse verzeichnen konnte, einer der bedeutendsten wirtschaftlichen Impulsgeber in der Süd- und Oststeiermark ist. Maßgeblich für den Erfolg dieser Region war dabei insbesondere die rege Investitionstätigkeit, denn die Vergangenheit hat gezeigt, daß zielgerichtete konzentrierte Investitionen ein Schritt in die richtige Richtung sind, und nach Ansicht der Landesfinanzabteilung hat diese Studie Daten

geliefert, die die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit von Entscheidungen des Landes Steiermark in Sachen Thermen durch das Land bestätigen und werden diese Daten richtungsweisend für allenfalls weitere Thermenprojekte sein. (19.19 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Danke für die Berichterstattung. Erster Redner ist Herr Kollege List.

**Abg. List (19.20 Uhr):** Herr Präsident Dr. Dieter Strenitz, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Lieber Kollege Hans Löcker, es freut mich, daß du wieder zurückgekehrt bist. Ich bedanke mich jetzt für den gerechtfertigten Rüffel. Ich werde sicherlich einiges zu regeln haben. Kein Problem, wo Freiheitliche arbeiten, können auch Fehler passieren. Ich werde nur meinen Gemeinderäten in nächster Zeit vorschlagen, wenn ähnliche Themen anstehen, daß sie die Problematik nach Hausmannstätten tragen. Das wäre vielleicht eine andere Alternative.

Aber jetzt zum eigentlichen Thema. Unter einem Thermenkonzept, geschätzte Damen und Herren, für das Land Steiermark verstehen wir Freiheitlichen etwas anderes, als hier in der Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung angeführt ist. Die Entwicklungen sind touristisch und wirtschaftlich gegenwartsbezogen im Bericht zusammengefaßt.

In den einzelnen Thermenregionen Bad Radkersburg, Bad Gleichenberg und Loipersdorf werden aber die von uns verlangten möglichen Entwicklungsszenarien vermißt.

Es fehlen Aussagen über die Sinnhaftigkeit von geplanten oder bereits laufenden Bohrungen nach Thermen und die entsprechenden Wirtschaftlichkeitsanalysen. Die bereits forcierten Vorhaben, etwa in Leibnitz oder in Köflach, wurden nicht beurteilt. Auch wäre interessant gewesen hier zu erfahren, wo beispielsweise noch Lücken oder freie Kapazitäten im Bereich der Thermeninfrastruktur vorhanden sind.

Ein entsprechendes Thermenkonzept könnte auch als zusätzlicher Beurteilungsparameter für sämtliche Hotelneubauten dienen.

Wie Sie wissen oder wie einige von Ihnen wissen, wird am kommenden Donnerstag, das heißt übermorgen, der Spatenstich für das Vital-Hotel der Parktherme Bad Radkersburg durchgeführt. Einige von Ihnen werden anwesend sein. Viele werden feiern, und einige werden nicht feiern können!

Bei diesem Hotelprojekt mit 151 Zimmern in Bad Radkersburg regt sich nämlich seit längerem der Unmut in der Region. Es gab bereits das Gerücht, daß durch vertraglich fixierte Haftungsübernahmen und einer Ausfallgarantie touristische Wettbewerbsverzerrungen in und um Bad Radkersburg entstehen könnten.

Diesem Gerücht nachgehend, stießen wir auf einen interessanten Vertrag. Ich habe diesen Vertrag heute hier! Es ist ein Managementvertrag, der am 21. Juli 1999 abgeschlossen wurde zwischen der HBR, Hotelbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, und der Kur- und Fremdenverkehrsbetriebsgesellschaft Bad Radkersburg mit beschränkter Haftung als Betreiber und Manager. In diesem Vertrag, auf

28 Seiten, übernimmt nach Fertigstellung des Hotels der Manager die betriebsfertig errichtete Hotelanlage inklusive der gesamten Erstausrüstung zur alleinigen Führung, Verwaltung im Namen und auf Rechnung der Hotelbetriebsgesellschaft, HBR, als Betreiber.

Dieser Vertrag, geschätzte Damen und Herren, verärgert die Beherbergungsbetriebe in Bad Radkersburg und Umgebung!

Gemäß Punkt 18 dieses Vertrages erhält nämlich der Manager für die Führung und Verwaltung ein jährliches Fixentgelt von rund 1,25 Millionen Schilling und ein erfolgsabhängig garantiertes Entgelt. Gleichzeitig garantiert der Manager – die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg – auch einen bestimmten Geschäftserfolg und haftet für einen maximalen Jahresertrag von mindestens 7 Millionen Schilling.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, diese Garantieerklärung für die Auslastung und die Übernahme einer Ausfallhaftung ist eine Wettbewerbsverzerrung der ersten Klasse.

Der Vertrag ermöglicht eine ordentliche Kündigung erst nach Ablauf von 20 Jahren. Daraus ergibt sich ein errechneter maximaler Haftungsbetrag von annähernd 126 Millionen Schilling für den Manager, die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg.

Selbstverständlich wird hier dieser Manager, der auch die Therme betreibt, größtes Interesse daran haben, daß das künftige Vital-Hotel bestens ausgelastet sein wird. Durch diese massive Unterstützung aus öffentlicher Hand werden die anderen, überwiegend privat finanzierten, Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe entscheidend benachteiligt werden.

Diese geänderte Situation, die Verzerrung im Wettbewerb in der Region, wird vor allem im Bereich der Werbung, Beratung und der Vermietung von Zimmern ihren Niederschlag finden. Vieles wird sich auf das Vital-Hotel konzentrieren. Die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe für die gesamte Region, vor allem der Tourismusverband vor Ort, werden alles daransetzen, um ihr zur Führung übertragenes Hotel zu füllen!

Auf der Strecke bleiben vermutlich die kleinen Frühstückspensionen, etwa die Rosenvilla, die „Vier Jahreszeiten“, die Pension Reczek, die Pension Mir, oder die Pension Rosi, um hier nur einige nennen zu dürfen. Diese Pensionen, ihre Besitzer und Betreiber, haben das gesamte Risiko selbst getragen und tragen müssen. Jetzt sind sie der geänderten Situation hilflos ausgeliefert! Das Vital-Hotel dürfte übergehen, während die Zimmer der Kleinen leer bleiben werden. Die größeren Häuser im Bereich der Therme, das Kurhotel im Park oder der Radkersburger Hof, werden sich sicherlich wehren können. Müssen aber ebenfalls durch die gesteuerte Benachteiligung gravierende Einbußen in Kauf nehmen.

Für alle diese Betriebe hat niemand eine Ausfallhaftung übernommen. Sie haben damals auch in schwierigen und schlechten Zeiten, wie etwa im Jahr 1991, als im heutigen Slowenien jenseits der Mur der Kriegszustand herrschte und gekämpft wurde, auf die Region vertraut und investiert.

Sie, geschätzte Damen und Herren, haben Bad Radkersburg zu dem gemacht, was es heute ist – eine wachsende Kultur-, Kur- und Fremdenverkehrsstadt. Und das – ich betone es – ohne Ausfallsgarantie!

Jetzt kommt ein privater Betreiber, der das Land Steiermark im wahrsten Sinne des Wortes eingekocht hat und sich die Hände reiben kann. Zu den Förderungen in der Höhe von rund 8,6 Millionen Schilling gibt das Land über die Therme eine Gewinngarantie auf über 20 Jahre. In der Regierungssitzung vor wenigen Wochen wurde das Projekt aus dem Wirtschaftsressort unterstützt und eine Förderung von rund 5,8 Prozent der förderbaren Gesamtinvestitionen von 148 Millionen Schilling genehmigt. Der Vergleich wurde gezogen, daß diese Förderung analog zu den Projekten Radkersburger Hof beziehungsweise Maria-Theresien-Klinik liegen sollte.

Dieser Vergleich hinkt und wurde von mir nachgeprüft. Er ist falsch! Hier kommt es zu einer groben Bevorzugung des Betreibers oder der Betreiber dieser Vital-Hotel-Anlage. Deshalb ist es auch verständlich, daß unser Herr Landesrat Schmid in der Landesregierung gegen diese Subvention, gegen diese Förderung des Projektes gestimmt hat.

Auch bin ich hier nicht abgeneigt zu sagen und auch mutzumaßen, daß diese hohe Förderung seitens des Wirtschaftsressorts eine indirekte Parteienförderung sein könnte. Man verdient und gewinnt mehrfach. Das Hotel dürfte vermutlich durch die eigene Baufirma gebaut werden. Anschließend brauchen sich die handelnden Personen der HBR Hotelbetriebsgesellschaft, nur zurücklehnen, lediglich fußfrei sitzend zu warten, bis das Geld kommt. Durch diesen Vertrag, geschätzte Damen und Herren, wird der Betreiber vom Land Steiermark derart unterstützt, daß er beinahe keines, oder man kann sagen Null Risiko eingeht.

Sonderbar und bedenklich auch in dieser Angelegenheit ist die Tatsache, daß die HBR Hotelbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung als Auftraggeber des Managementvertrages, den ich Ihnen vorher gezeigt habe, mit Sitz in der Rankengasse 28 in 8020 Graz, trotz intensiver Suche nicht im Handelsregister gefunden werden konnte. Das bedeutet für mich, die HBR Hotelbetriebsgesellschaft, scheint im Handelsgerichtsbuch nicht auf. Ich frage mich und hier dieses Haus, wie konnte es möglich sein, daß das Land Steiermark mit diesem Partner einen Vertrag eingegangen ist? Für mich und für uns Freiheitliche ist das vollkommen unverständlich. Oder soll dieses Beispiel Schule machen? Wie sieht es seitens der Sozialdemokratischen Partei aus? Ist beabsichtigt, auch in anderen Landesgesellschaften ähnliche Haftungen zu übernehmen? Es wäre gut, den zuständigen Landesrat darüber zu befragen. Aber vielleicht kennt er den Vertrag nicht. Ich bezweifle sogar, daß er diesen Vertrag und die Vereinbarung zwischen dem Betreiber und dem Manager kennt. Und damit das künftig nicht mehr passiert, darf ich das Ganze nochmals kurz zusammenfassen und einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages meiner Wenigkeit und Kollegen Wiedner stellen.

#### Begründung:

Das Land Steiermark ist zu 74 Prozent an der „Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg GesmbH.“ beteiligt. Die „HBR Hotelbetriebsgesellschaft m.b.H.“ hat mit der „Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg“ einen Managementvertrag abgeschlossen. Laut Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Oktober 1999 übernimmt die „Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg“ das Ausfallrisiko in Höhe von 126 Millionen Schilling, verteilt auf die nächsten 20 Jahre, für den Betrieb eines nun zu errichtenden Hotels der HBR-Hotelbetriebsgesellschaft m.b.H. in Bad Radkersburg. Da sich das Land Steiermark im Falle eines „Schlagendwerden der Haftung“ nicht hinter seinen Geschäftsanteilen verstecken wird können, kommt es dadurch indirekt zu einer starken Belastung des Landesbudgets sowie zu einer Verzerrung der Wettbewerbssituation in der Region Radkersburg, da die anderen überwiegend privat finanzierten Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe durch diese massive Unterstützung aus öffentlicher Hand benachteiligt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, künftig sicherzustellen, daß es Gesellschaften, an denen das Land mehrheitlich beteiligt ist, verboten ist, Managementverträge für private Unternehmen zu übernehmen, die mit Ausfallgarantien verbunden sind, aus denen sich letztlich das Land Steiermark aus seiner Verantwortung nicht entziehen wird können.

Wir Freiheitliche, geschätzte Damen und Herren, wollen auch prüfen lassen, ob dieser Managementvertrag den rechtlichen Kriterien der Europäischen Union entspricht. Wir bezweifeln das und sind überzeugt, daß dieser Vertrag wettbewerbsrechtlich durchfällt. Gleichzeitig aber erwarten wir, daß der Eigentümer mit der Geschäftsführung der Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg beim Projekt „Vitalhotel“ die Karten auf den Tisch legt! Wir alle in diesem Hause sind das der Region schuldig! (Beifall bei der FPÖ. – 19.32 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich sehr herzlich hier im Hohen Haus zwei Persönlichkeiten aus Kroatien begrüßen, und zwar seine Exzellenz Prof. Ivan Ilić, Botschafter der Republik Kroatien, und den Gesandten Bégic, die sich gemeinsam mit dem jüngst ernannten österreichischen Honorarkonsul Dr. Hermann in Graz befinden, um das Match zwischen Croatia Zagreb und Sturm Graz zu sehen. Seien Sie herzlichst begrüßt! (Allgemeiner Beifall.)

Ich hoffe, daß die Atmosphäre im steirischen Landtag annähernd so spannend ist, wie dann das Spiel im Liebenauer Stadion sein wird.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schleich** (19.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin überzeugt, so interessant kann ich es sicher nicht machen, wie heute das Spiel in Liebenau sein wird. Aber ich möchte natürlich auch zur Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung zum Thermenkonzept Stellung nehmen, denn es ist ja kein Thermenkonzept, sondern nur eine Stellungnahme, weil ein Konzept würde mit Sicherheit anders ausschauen, lieber Kurtl, ich möchte das nur erwähnen. Wenn man die Statistik und Systemanalyse des Joanneum Research Forschungsinstitutes anschaut und dann sieht, daß die drei Thermen Loipersdorf, Gleichenberg und Radkersburg eigentlich zu den zweitstärksten Nächtigungszahlen in der Region aufgerückt sind beziehungsweise ist nur mehr die Dachstein-Tauern-Region vor uns, dann kann man schon sagen, daß in Wirklichkeit mit der Beteiligung des Landes und der Entwicklung des Landes in der Thermenregion schon einiges bewegt wurde. In der Ausnützung der Nächtigungszahlen ist natürlich klar, daß die Thermen Ganzjahresbetriebe sind, und da sind sie natürlich überhaupt Erster.

Aber ich möchte natürlich Stellung nehmen zur Therme Bad Gleichenberg und zum Vitalhotel Bad Radkersburg. Es ist immer schwierig, wenn irgendwo etwas neu gebaut wird, und ich bin auch schon eine Zeit in dem Haus. Wenn man denkt, ein Siemens sich entschlossen hat, in Loipersdorf ein Riesenhôtel zu bauen, hat natürlich die örtliche Hotellerie sofort geschrien und hat gesagt, Konkurrenz, und das ist alles schlecht, und sie werden zugrunde gehen. Ich persönlich und wie mich die meisten kennen, bin da einer, der sagt, halten wir den Fortschritt nicht auf, sondern schauen wir, daß etwas mehr los ist, denn am Schluß wird die Infrastruktur besser ausgelastet sein, es wird dort mehr Gäste geben, die Geschäftsleute werden dort eher leben können, natürlich die Einheimischen, die auch, wie der List Kurtl vorher gesagt hat, beim Krieg nicht fortgelaufen sind, wie er gegenüber war, sondern auch dortgeblieben sind, und die werden auch gerne mehr Geschäft haben. Und die Kaffeehäuser werden auch froh sein, wenn sie voll und nicht leer sind, und so dürfte hier schon einiges dazu kommen.

Wenn ich in Bad Gleichenberg - und es wird mir ja keiner bestreiten, daß ich in meiner Zeit, nachdem ich in der Region geboren bin, dort lebe und 2 Kilometer entfernt Bürgermeister bin, wirklich die Verhältnisse kenne - etwas Neues bauen wollte, habe ich sofort mehr Gegner als Befürworter. Das ist immer so, weil sie alle Angst haben, der eine nimmt dem anderen das Geschäft weg. Ich hätte mich gefreut, wenn dieser Bad Gleichenberger Unternehmer den Mut gehabt hätte, weil ein großes Mundwerk hat er auch immer gehabt, in Bad Gleichenberg zu bauen, und nicht in Radkersburg. Ich würde das auch aushalten, wenn dort viele Hotelbetreiber und wahrscheinlich auch ein paar Freunde von mir sagen würden, du, da kriegen wir eine enorme Konkurrenz. Denn wir alle wissen, daß im Geschäftsleben nach zwei, drei Jahren, und meistens braucht man drei Jahre, bis man einmal dort ist, wo man hin will, das sind meistens so zwischen 50 und

70 Prozent an Auslastung, dann weiß man, wenn man 70 Prozent Auslastung hat, wieviel Gäste das mehr bringt bei 173 Zimmern, wie viele Gäste das auch den Privaten, den Pensionen bringt, denn jeder, der dort Gast ist, kriegt irgendwann Besuch, und der kann sich vielleicht das teure Hotel nicht leisten und wird trotzdem in der Privatpension wohnen. Das bringt Schwung in die Region, und ich glaube, den Schwung sollte man nicht unbedingt aufhalten. Man mag darüber diskutieren, ob die eine oder andere Art von Förderung anders oder so besser wäre. Aber man muß immer annehmen, daß man mit dieser Förderung, meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Kollegen, einen Betreiber gewinnen kann. Daß man Wünsche hat und sich am Schluß in der Mitte treffen muß, das ist eine normale Sache im Geschäftsleben. Und der eine, der etwas hergibt, wünscht sich, daß er weniger hergeben muß; und der andere, der etwas kriegt, hofft, daß er mehr bekommt. Mir persönlich tut es wirklich leid, und wenn ich mir das beim Hôtel anschau, dann haben sich die Leute in der Holding mit dem Betreibervertrag ja auch etwas angeschaut. Sie haben ja auch eine Studie über die Tourismusinfrastrukturholding gemacht, ein Risikoprofil darüber gemacht.

Wenn man nur eine Auslastung von 40 bis 50 Prozent annehmen würde, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann wären das sicher schon 5, 6 Millionen Schilling an Gewinn, die man dort ausschüttet. Wenn man 70 Prozent erreichen will - und dort wird man hinkommen wollen, auf zirka drei Jahre -, dann hat man dort sicher ein gewinnbringendes Projekt, das kein Risiko darstellt.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß in drei Jahren irgendein anderer dadurch weniger Geschäft macht, denn wir alle wissen, und ich bin selber lange genug im Geschäftsleben tätig, wo einmal Leute hinkommen, kommen Leute dazu. Und im Endeffekt muß man positiv denken.

Mich persönlich wundert es ein bisserl, weil gerade die Freiheitliche Partei, und, liebe Freunde, seids mir nicht böse, immer den Fortschritt so nach vorne treibt. Bei Einkaufszentren sehe ich immer, da seid ihr sofort dafür. Da habt ihr kein Problem, wenn in der Innenstadt die Geschäfte schreien und sagen, sie machen kein Geschäft. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir geben keine Garantien für 126 Millionen Schilling auf Staatskosten!“) Habe ich schon einmal erlebt. Ich sitze im Raumordnungsbeirat, und ich habe es schon erlebt.

Ich rede jetzt nur von Feldbach, Mühldorf. Mühldorf weiß ich ganz genau, wer dafür war, daß dort die Geschäfte gebaut werden. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber wir geben keine Garantie für 126 Millionen Schilling!“)

Macht nichts. Lieber Präsident, sei mir nicht böse, aber ich rede jetzt wirklich nur von Tatsachen. Dort hat man nicht Angst gehabt um die, die in der Innenstadt sind. Und jetzt auf einmal hat man soviel Angst, weil dort ein paar Hotelbetreiber schreien. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ausfallshaftung für 126 Millionen!“)

Auf eigenes Risiko. Aber er hängt genauso an der Therme. Weil würde das Land nicht in die Therme investieren, kann er dort kein Hôtel bauen, weil die

Therme ist der Impulsgeber in der Region. Das ist keine Frage. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist eine indirekte Verstaatlichung!“)

Sie übernehmen nicht nur die Ausfallhaftung, sondern sie werden auch Gewinne machen. Und das muß man ja auch nüchtern sehen. Wenn sie Gewinne daraus machen, und wir werden ja nicht annehmen, ich glaube, keiner im Leben, der ein Geschäft macht, wird von vornherein annehmen, daß er ein Minus macht, weil dann würde er es nicht machen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Die Gewinne machen die anderen!“) Ich glaube, wir werden auch annehmen, daß wir dort Gewinne machen.

Soviel habe ich auch mitgehört im Vertrag, ich habe sehr aufmerksam zugehört.

Ich sage ja, man kann diskutieren, daß der eine diese Meinung hat, der andere die. Aber ich glaube, es ist entscheidend, daß man in der Thermenregion ganz besonders, wo man weiß – und das möchte ich auch noch dazusagen –, daß in Kürze in Murska Soboda eine Riesentherme eröffnet wird, eine mit modernsten Rutschen, eine Aufmachung, die dort wirklich gewaltig ist. Ich glaube, da brauchen wir einen Gegenpol und müssen dort auch eine Investition haben. Es ist immer so, wenn einer investiert, wird nicht jeder einen Vorteil haben, aber am Schluß wird die Mehrheit einen Vorteil haben. Daran glaube ich. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Dafür kann ich alles schlucken, gelt?“)

Schau, alles kann man nie schlucken. Das geht auch bei Tabletten nicht. Wenn man alle auf einmal nimmt, wird man krank sein.

Aber ich glaube, auf 20 Jahre aufgeteilt wird es möglich sein. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.41 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat sich der Herr Landesrat Paieryl zu Wort gemeldet.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (19.41 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich deswegen zwischen drinnen jetzt zu Wort gemeldet, weil ich war zwar physisch nicht hier anwesend, aber ich habe über Lautsprecher die Ausführungen des Kollegen mitgehört und jetzt auch schon live die eben hier dargebotenen Ausführungen.

Ich sage zu diesem Vital-Hotel-Projekt in Bad Radkersburg zur Information, wir haben in der Landesregierung eine wohl vorbereitete Regierungsvorlage behandelt, die ausschließlich einen Investitionskostenzuschuß in der Größenordnung von 5,8 Prozent von nachzuweisenden Gesamtinvestitionskosten von 148 Millionen darstellt. Demnach sind es knapp 6,8 Millionen Schilling. Nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, ich bin bekannt dafür, daß als wirtschaftspolitisches Instrumentarium die Wettbewerbsfairneß einer der wichtigsten Einsatzbereiche, eines der wichtigsten Instrumentarien der Wirtschaftspolitik ist. Ich kann Ihnen eines sagen, das, was in der Zwischenzeit an Mutmaßungen und an Verträgen und solchen, die sich dann als Entwürfe herausgestellt haben, aufgetaucht ist, verunsichert

auch mich. Überhaupt keine Frage. Ich glaube, daß wir gut daran tun, diesen Fall insofern aufzurollen, daß ich bei mir im Ressort schon einmal angewiesen habe – jetzt unabhängig von irgendwelchen feierlichen Spatenstichen, denn die Investition wollen wir, das ist überhaupt keine Frage, und zwar überall –, das eingehend zu überprüfen und anzuschauen, und wenn es notwendig ist auch über externe Experten darlegen zu lassen, ob es zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt, weil hier – nicht über das Wirtschaftsressort, auch nicht über das Tourismusressort, sondern über das Beteiligungsressort – direkt oder indirekt eine staatliche Besserstellung, eine Besserstellung durch die öffentliche Hand bei einem Projekt stattfindet, was andere nicht haben. Ich wäre dafür, daß, wenn ein Betrieb am Standort das hat, daß man das anderen als Chance auch anbietet. (Abg. Wiedner: „Wie wollt ihr das durchziehen?“) Theoretisch. Das ist ja nicht mein Konzept. Ich sage nur, wenn, dann muß man es konsequent denken. Wenn man einen derartigen Fall konstruiert, dann muß man das allen anbieten. Und das geht nicht, da bin ich eh eurer Meinung.

Ich werde diesen Förderfall – sprich Beihilfe – so lange zurückstellen und auch wettbewerbsrechtlich prüfen lassen, weil wir ja das für unseren Teil gemacht haben, wir sind nach Brüssel gegangen und haben das auch mit der Wettbewerbsbehörde rückgekoppelt, ob hier indirekt oder durch irgendwelche Subkontrakte Unterstützungen, Beihilfen laufen, die ja nicht zulässig sind, meine Damen und Herren. Wir brauchen uns gar nicht groß jetzt politisch aufregen, die sind nicht zulässig. Sie dürfen aber auch nicht versteckt sein, weil dann ohnedies eine Klage kommt. Um der Klage von Mitbewerbern vorzubeugen, ist es, glaube ich, gescheit, im Interesse aller, das aufzudecken, offenzulegen.

So lange werden wir auch mit unserer Auszahlung, nachdem die Wirtschaftsförderung ohnedies erst auszahlt, wenn post festum Investitionen getätigt sind, die entsprechenden Nachweise auch geliefert sind und die Richtigkeit der Nachweise. Dies ist für mich auch ein Nachweis. Es ist der Nachweis zu führen, gibt es Subverträge oder sonstige Absprachen, die andere am Standort wettbewerbsrechtlich nicht haben.

Ich betone aber nochmals, wir brauchen, wir wollen die Investition. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir brauchen und wollen keine Wettbewerbsverzerrung. Das Argument mit Slowenien gilt nicht, weil auch dort werden solche Spielregeln bald Einzug halten. Bei uns gibt es diese Spielregeln auf allen Standorten. Und das ist gerade im Tourismus ganz wichtig. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Beutl.

**Abg. Beutl (19.46 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe hier eine Vorlage zu einem Antrag, wo ein Thermenkonzept gefordert wurde. Ich habe mir den Text des Antrages noch einmal angeschaut, dort heißt es: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein Thermenkonzept auszu-

arbeiten und dem Landtag vorzulegen, in dem insbesondere mögliche Entwicklungsszenarien des Thermentourismus aufgezeigt werden.“

Die Begründung in diesem Antrag lautet, daß von weiteren Thermen in der Steiermark die Rede ist beziehungsweise damals die Übernahme von Bad Gleichenberg noch bevorstanden hat und daß es eine Warnung von Herrn Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy gegeben hat in bezug auf den Ausbau der steirischen Thermenregion. Das waren die Gründe für diesen Antrag. Nun haben wir die Regierungsvorlage.

Ich habe meinen Vorredner, den Abgeordneten Schleich, so verstanden, daß er gemeint hat, das sei nur eine Vorlage, kein Thermenkonzept, also müßte meiner Meinung nach das Thermenkonzept noch kommen.

Das, was in dieser Vorlage ausgeführt wird, ist für die Thermenregion beziehungsweise für die drei untersuchten Standorte, nämlich Loipersdorf, Bad Gleichenberg und Bad Radkersburg, sehr erfreulich. Es beweist tatsächlich, daß der Thermentourismus einer der bedeutendsten Impulsgeber für die Wirtschaft in der Süd- und Oststeiermark ist. Und das ist sehr ausführlich belegt.

Wenn man sich überlegt, daß die Investitionen in diesen drei Standorten tatsächlich einen Gesamtumsatz von 1,4 Milliarden Schilling ausgelöst haben und an die 5.400 Arbeitsplätze geschaffen wurden, davon sehr viele im Tourismusbereich und da wiederum sehr viele für Frauen, dann ist das eine sehr erfreuliche Konsequenz aus dieser Investition, die das Land an diesen Standorten in der Thermenregion tätigt.

Es ist auch ausgeführt, daß es ganz besonders für die Umgebungsgemeinden in einem Umkreis von 20 Kilometern besonders positiv auswirkt. Ich möchte hinzufügen, daß ganz besonders auch die Vernetzungen von großer Bedeutung sind, die mit der Landwirtschaft passieren, zum Beispiel eine Reihe von ILE-Projekten, die ganz speziell auf die Thermen abgestimmt sind und die dort im Bereich von innovativen Entwicklungen von Qualitätsprodukten und Marktnischen bis hin zu den Angeboten Urlaub am Bauernhof, sich in diesen Thermentourismus optimal einklinken. Der Multiplikatoreffekt ist angesprochen worden, die positiven Auswirkungen auf sehr viele andere Wirtschaftszweige, in erster Linie im Nahrungs- und Genußmittelbereich, aber auch in der Dienstleistungsbranche, Banken, Versicherungen, aber auch im Handel und in der Energiewirtschaft. Das heißt also, solche Investitionen sind notwendig, sind zweckmäßig.

Ich möchte ebenfalls auf Bad Gleichenberg zurückkommen, denn es wird auch aus dieser Analyse sehr deutlich, daß in Bad Gleichenberg diese Entwicklung noch stagniert. Wir wissen, daß die Anteile vom Land erst vor einem Jahr angekauft wurden, daß in der Zwischenzeit ein Erneuerungskonzept erarbeitet wurde und daß man praktisch knapp vor der Umsetzung ist. Es wird dort vor allem auf den eingegangenen werden, was wir im heute auf den Tisch gelegten Tourismusbericht nachlesen können. Daß ganz besonders Wert zu legen ist auf ein qualitativ hochwertiges Hotelangebot, denn das ist das Manko, das noch angesprochen ist.

Ein zweites Manko, das noch abzubauen ist, das sind die ausländischen Touristen, die uns noch in einem größeren Umfang fehlen. Auch hier müßte ein EU-weites internationales Buchungssystem stärker gefördert werden, als das bisher geschieht, damit wir auch international Gäste ansprechen können. Aber noch einmal zu diesem qualitativ hochwertigen Hotelangebot, das ist unumgänglich in dieser Region notwendig. Und wenn in Bad Gleichenberg die drei bestehenden Hotels, die jetzt von der Holding übernommen worden sind, nun zu Vier-Stern-Hotels umgebaut und ausgebaut werden, dann ist das genauso notwendig wie die Vier- und Fünf-Stern-Hotel-Angebote in Loipersdorf und in Radkersburg. Ich möchte in dem Zusammenhang erwähnen, daß ja das Investitionsprogramm des Landes Steiermark für die Tourismuswirtschaft, das von Landesrat Hirschmann eingebracht und auch in der Regierung beschlossen wurde, mit dazu beitragen wird, die Qualität in den bestehenden Betrieben zu verbessern, denn auch das ist notwendig. Wir haben rückläufige Zahlen, wo es nur um Zwei-Stern-Betriebe geht, das heißt, wir müssen in Drei-, Vier- und Fünf-Stern-Betriebe investieren. Ganz wichtig ist die Aussage von Experten, wir brauchen für die Thermen eine möglichst am mittelbaren Anbindung an die Autobahn, und das sind wirkliche Überlegungen notwendig, wie wir Bad Gleichenberg und Bad Radkersburg besser an die Autobahn, an die A 2, anbinden können. In diese Richtung, glaube ich, müssen wir wirklich ganz offensiv weiterdenken.

Aber das, was in dieser Vorlage wirklich fehlt, das ist das, was in die Zukunft in bezug auf Entwicklungsszenarien geschieht, und das ist noch einzufordern. Für mich ist das heute eine Art Zwischenbericht, aber kein Thermenkonzept, denn die Frage, wie viele Thermen verträgt das Land – wir wissen, daß mindestens zehn Standorte in der Steiermark sich mit dem Gedanken tragen, Thermen zu errichten, daß es Bohrungsversuche gibt, und es gibt keine klare Aussage, wie viele Thermen verträgt das Land, wie viele rechnen sich, für wie viele Thermen ist die Umwegrentabilität gegeben – das ist unbeantwortet. Ich glaube, daß ein so klares Positionierungskonzept notwendig wäre, vor allem auch für jene Standorte, die sich Hoffnungen machen. Und sehr wohl, denke ich, sollten wir Slowenien, Kroatien und Ungarn und die Entwicklungen des Thermenbereiches in diesen angrenzenden und umliegenden Regionen mitbedenken, wenn wir von einem solchen Thermenkonzept reden. Noch einmal, ich glaube, daß nur ein Zwischenbericht mit dieser Regierungsvorlage zukünftig, daß das eigentliche Thermenkonzept, in die Zukunft gerichtet, noch ausständig ist. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 19.53 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Schreiner.

**Abg. Ing. Schreiner (19.53 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich schon gewundert, daß es keine Reaktionen gibt auf die Wortmeldung meines Kollegen Kurt List. Ich weiß aber, warum. Es hat offen-

sichtlich die Geschichte, wie sie da liegt und wie sie zu verstehen ist, niemand verstanden. Wahrscheinlich deswegen, weil niemand diesen Managementvertrag gesehen hat und damit den Inhalt nicht kennt. Der Kollege Schleich ist nicht da. Das hat bitte schön nichts damit zu tun, daß in der Region ein Unternehmer auf einen anderen Neid hat. Es geht auch nicht darum, daß man den Mut eines Unternehmers unterstützen muß. Es geht auch in Wirklichkeit überhaupt nicht darum, daß möglichst hohe Förderungen einem Unternehmen, das Arbeitsplätze schafft, zugute kommen sollen. Darum geht es nicht, es geht um ganz etwas anderes. Es geht darum, daß es hier einen Vertrag gibt und der Manager offensichtlich seine Rechte überschritten hat. Es kann nicht anders sein. Es kann nicht sein, daß eine Gesellschaft, die mehrheitlich im Landesbesitz ist, erstens ein artfremdes Geschäft macht, weil das Geschäft ist, die eigene Therme zu führen, ein artfremdes Geschäft ist es, ein Hotel zu führen, und darüber hinaus eine Ausfallhaftung übernimmt. Und für diese Ausfallhaftung muß in jedem Fall das Land Steiermark geradestehen. Wenn das so ist, daß das Land Steiermark als Eigentümervertreter so etwas zuläßt, dann gute Nacht, meine Herren! Weil wir haben mehr als 50 Landesgesellschaften, und alle anderen könnten auch auf die Idee kommen, und dann sind zig Milliarden Schilling plötzlich an Haftungen draußen, und jeder steht da hier herinnen von den Regierungsmitgliedern und macht so mit der Schulter. Das kann es ja nicht sein. Das kann es ja wirklich nicht sein.

Und noch etwas, ich will mich sehr kurz fassen. Aber diese vier Jahre Koalition haben offensichtlich den beiden Parteien nicht gut getan. Weil Herr Kollege Schleich vertritt hier Unternehmerinteressen, Herr Landesrat Paierl vertritt wenigstens einigermaßen die Interessen des Landes, indem er sagt, halt, da ist etwas, ich muß es prüfen, und die einzigen, die wirklich die Interessen der Bürger in der Region vertreten, sind wir. (Beifall bei der FPÖ.)

Noch einmal, ich bin sehr froh, und ich bin wirklich inhaltlich bei dem, was Herr Landesrat Paierl gesagt hat, das gehört noch einmal geprüft, kein Neid gegenüber einem Unternehmen. Man muß wirklich unterstützen, man muß schauen, daß in der Region etwas passiert, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Förderung gut und richtig, aber nicht über diesen indirekten Weg über eine Landesgesellschaft Ausfallhaftungen in diesem Ausmaß. Das könnte Schule machen, und das Land Steiermark gehört dann nicht mehr den Steirern. (Beifall bei der FPÖ. - 19.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Darf ich dich, Kollege Vesko, fragen, ist deine Wortmeldung nicht mehr aufrecht?

Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der freiheitlichen Fraktion zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die mehrheitliche Annahme gefunden.

Wir kommen zu Punkt 30 der Tagesordnung.

**30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 973/4, zum Beschluß Nr. 1030 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Straßberger und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend eine entsprechend hohe Dotierung der Steiermärkischen Landesfilmförderung im Landesvoranschlag 2000.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger (19.57 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1030 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Straßberger und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend eine entsprechend hohe Dotierung der Steiermärkischen Landesfilmförderung im Landesvoranschlag 2000.

Gemäß Beschluß Nr. 1030 des Steiermärkischen Landtages, Einl.-Zahl 973/2, vom 15. Dezember 1998 wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, ab dem Landesvoranschlag für das Jahr 2000 einen entsprechend hoch dotierten Budgetansatz für die Steiermärkische Landesfilmförderung vorzusehen.

In dem vom Steiermärkischen Landtag am 1. Juli 1999 genehmigten Landesvoranschlag für das Jahr 2000 ist der Ansatz 1/371005 „Förderung von Film und Video“ mit 413.000 Schilling vorgesehen. Dies entspricht gegenüber dem Landesvoranschlag 1999 - 270.000 Schilling - einer Steigerung um 143.000 Schilling oder rund 53 Prozent.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. September 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1030 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Straßberger und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend eine entsprechend hohe Dotierung der Steiermärkischen Landesfilmförderung im Landesvoranschlag 2000, wird zur Kenntnis genommen. (19.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Abgeordneten Straßberger für seinen Bericht.

Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

**31. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1271/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1999 (sechster Bericht für das Rechnungsjahr 1999).**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (19.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 28. Juni bis 12. Juli 1999 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 43,511.243,44 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Der Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Im ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen, der Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage des Fernseh- und Rundfunk-schillings und einer Rücklagenentnahme.

Im außerordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der sechste Bericht für das Rechnungsjahr 1999 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 43,511.243,44 Schilling wird zur Kenntnis genehmigt. (20.00 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Frau Abgeordnete, ich danke für den Bericht.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 32 bis 38 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese sieben Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

**32. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1086/1, der Abgeordneten Günther Prutsch und Heibl, betreffend die Fertigstellung des Ausbaus der L 208 sowie die Neuprojektierung der B 69.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Heibl** (20.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte namens des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur folgendes:

Die Abgeordneten Günther Prutsch und Heibl haben einen Antrag, betreffend die Fertigstellung des Ausbaues der Landesstraße 208 sowie die Neuprojektierung der Bundesstraße 69, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß bis auf die Ortsdurchführung Eichfeld die Landesstraße 208, Prebersdorfer Straße, als entsprechend ausgebaut angesehen werden kann. Die Bundesstraße 69 wurde durch zahlreiche bauliche Verbesserungen im Bereich der einzelnen Ortsdurchfahrten beziehungsweise auch durch die zusätzliche Errichtung von Geh- und Radwegen in einzelnen Abschnitten wesentlich verkehrlich im Sinne einer Verkehrssicherheit und Verkehrsflüssigkeit verbessert. Eine Neuprojektierung mit zahlreichen Ortsumfahrungen wird nach heutiger Sicht auf Grund der fortgeschrittenen Verbauungen nur mehr sehr schwierig möglich sein.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1086/1 der Abgeordneten Günther Prutsch und Heibl, betreffend die Fertigstellung des Ausbaues der Landesstraße 208 sowie die Neuprojektierung der Bundesstraße 69, wird zur Kenntnis genommen. (20.02 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**33. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1087/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung des S 6 zwischen Kindberg und Krieglach.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schuster** (20.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mündlicher Bericht Nr. 274: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1087/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung der S 6 zwischen Kindberg und Krieglach, beraten.

Die Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser haben einen Antrag, betreffend Sanierung der S 6 zwischen Kindberg und Krieglach, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß der Intention des Antrages entsprochen wurde, so daß eine weitere Antragstellung nicht mehr notwendig erscheint.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1087/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung der S 6 zwischen Kindberg und Krieglach, wird zur Kenntnis genommen. (20.03 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Abgeordneten Schuster.

**34. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1088/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schuster** (20.03 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 275: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1088/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, beraten.

Die Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser haben einen Antrag, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß Sanierungsarbeiten auf dieser Straße in einem mittelfristigen Sanierungsprogramm vorgesehen sind, wobei der erste Teilabschnitt bereits im laufenden Jahr 1999 in Angriff genommen wird. Eine Neutrassierung des obersten Straßenabschnittes erscheint derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1088/1, der Abgeordneten Vollmann und Schrittwieser, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, wird zur Kenntnis genommen. (20.04 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**35. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1093/1, der Abgeordneten Dirnberger und Straßberger, betreffend Entschärfung des Unfallhäufigkeitspunktes Kreuzung B 70, Packer Straße/Zubringer zur A 2, Südatautobahn.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dirnberger** (20.05 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 276: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1093/1, beraten.

Die Abgeordneten Dirnberger und Straßberger haben einen Antrag, betreffend Entschärfung des Unfallhäufigkeitspunktes Kreuzung B 70, Packer Straße/Zubringer zur A 2, Südatautobahn, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß ein Ablöseverfahren für eine Liegenschaft in Abstimmung mit der Bau-durchführung für das Jahr 2000 vorgesehen ist. Zudem wird für das Jahr 2000 die Errichtung eines Kreisverkehres als Kleinbaumaßnahme angestrebt, wobei gleichzeitig bei der ASFINAG ein Ersuchen um eine 50prozentige Kostenübernahme der Baukosten eingebracht wurde. Aus diesem Grund erscheint eine weitere Antragstellung nicht notwendig.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1093/1, der Abgeordneten Dirnberger und Straßberger, betreffend Entschärfung des Unfallhäufigkeitspunktes Kreuzung B 70, Packer Straße/Zubringer zur A 2, Südatautobahn, wird zur Kenntnis genommen. (20.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**36. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1096/1, der Abgeordneten Majcen und Straßberger, betreffend Sanierung der L 403, Feistritzalstraße, zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf.**

Berichterstatter ist in Vertretung der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (20.06 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 277: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1096/1, der Abgeordneten Majcen und Straßberger, betreffend Sanierung der L 403, Feistritzalstraße, zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf, beraten.

Die Abgeordneten Majcen und Straßberger haben einen Antrag, betreffend Sanierung der L 403, Feistritzalstraße, zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß Abschnitte der L 403 bereits in den letzten Jahren saniert wurden und kleinflächige Ausbesserungen laufend von der Straßenmeisterei vorgenommen werden. Für die restlichen Abschnitte ist eine Sanierung im mittelfristigen Bau-programm vorgesehen.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1096/1, der Abgeordneten Majcen und Straßberger, betreffend Sanierung der L 403, Feistritzalstraße, zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (20.07 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

**37. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1167/1, der Abgeordneten Alfred Prutsch, Beutl und Majcen, betreffend Anschluß der Bezirke Radkersburg und Feldbach an die A 2, Südautobahn.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Alfred Prutsch** (20.07 Uhr): Ich berichte den Mündlichen Bericht Nr. 278: Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1167/1, der Abgeordneten Alfred Prutsch, Beutl und Majcen, betreffend Anschluß der Bezirke Radkersburg und Feldbach an die A 2, Südautobahn, beraten.

Die Abgeordneten Alfred Prutsch, Beutl und Majcen haben einen Antrag, betreffend Anschluß der Bezirke Radkersburg und Feldbach an die A 2, Südautobahn, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist.

Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß auf Grund des topografisch und geologisch schwierigen Gebietes für die B 66 nördlich von Feldbach sinnvollerweise nur lokale Verbesserungen angestrebt werden. Als Verbindungsachse zum hochrangigen Straßennetz ist der weitere Ausbau der B 68 mit ihrem lage- und höhenmäßig günstigen Verlauf im Raabtal voranzutreiben, wobei alle anderen Überlegungen hinsichtlich einer neuen Verbindungsachse in Richtung Ilz derzeit auch aus der budgetären Sicht des Bundes mittelfristig nicht umsetzbar erscheinen.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1167/1, der Abgeordneten Alfred Prutsch, Beutl und Majcen, betreffend Anschluß der Bezirke Radkersburg und Feldbach an die A 2, Südautobahn, wird zur Kenntnis genommen. (20.09 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichtersteller.

**38. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Beutl und Alfred Prutsch, betreffend Ortsumfahrung von Riegersburg.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Alfred Prutsch** (20.09 Uhr): Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Beutl und Alfred Prutsch, betreffend Ortsumfahrung von Riegersburg, beraten.

Die Abgeordneten Beutl und Alfred Prutsch haben einen Antrag, betreffend Ortsumfahrung von Riegersburg, eingebracht, der an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden ist. Dieser eingelangten Stellungnahme der Landesregierung ist zu entnehmen, daß im Sinne des von der Steiermärkischen Landesregierung am

7. Juni 1999 beschlossenen Leitfadens „Optimierung von Planungsabläufen zur Umsetzung von Verkehrsanlagen am Beispiel von Bundesstraßen“ vorgegebene Planungsabläufe durchzuführen sind, so daß die Entscheidung für eine Variante zur Zeit verfrüht erscheint.

Aus diesem Grund ist eine Detailplanung (Einreichprojekt) derzeit noch nicht möglich. Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wird keine Zustimmung erteilt werden können. Bislang wurde die Erarbeitung einer Grobstudie über mögliche Trassenführungen als strategische Planung vereinbart, um vorerst überhaupt eine Realisierungsmöglichkeit abschätzen zu können. Eine Realisierung in einem mittelfristigen Bauprogramm erscheint aus der momentanen budgetären Situation beim Bundesstraßenneubau leider kaum möglich.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Beutl und Alfred Prutsch, betreffend Ortsumfahrung von Riegersburg, wird zur Kenntnis genommen. (20.10 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichtersteller. Wir haben nunmehr die Berichte von 32 bis 38 gehört. Es liegt keine Wortmeldung vor. Es gibt einen Beschlusantrag, der Abgeordnete Wiedner wird diesen verlesen.

**Abg. Wiedner** (20.11 Uhr): Ich darf den Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Wiedner, Ing. Schreiner, List, Porta, Günther Prutsch, Alfred Prutsch und Schleich, betreffend Anschluß der Bezirke Feldbach und Radkersburg an die A 2, Südautobahn, einbringen.

Um es kurz zu machen nur den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zu prüfen, ob ein Anschluß des Bezirkes Radkersburg über die A 9, speziell aus dem Bereich der Autobahnabfahrt Gersdorf Richtung Gosdorf, technisch und finanziell möglich ist, und zweitens mit allen vorhandenen Möglichkeiten die weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Bezirk Radkersburg, aber auch in den benachbarten Bezirken Leibnitz und Deutschlandsberg voranzutreiben. Ich bitte um Annahme des Antrages. (20.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Beschlusstratsverlesung erfolgt durch den Abgeordneten Tschernko.

**Abg. Tschernko** (20.12 Uhr): Entschließungsantrag zu Tagesordnungspunkt 32, betreffend verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Gemeinde Oberhaag.

Im Ortsbereich von Oberhaag wird das Verkehrsaufkommen auf der B 69, Südsteirische Grenzstraße, sowie der Landesstraße L 670 vor allem durch Lkws einer Steinbruchfirma immer größer. An gewissen

Tagen sind im Ortsbereich bis zu 600 Schwerverfahrzeuge gezählt worden. Für die betroffenen Anrainer stellt dies mittlerweile eine unzumutbare Belastung dar. Von seiten der Gemeinde wurde daher die Durchführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen bei der Landesbaudirektion beantragt. Eine diesbezügliche Planung liegt bereits vor.

Um für die betroffenen Bewohner der Gemeinde Oberhaag die Lebensqualität zu verbessern, ist es unbedingt erforderlich, diese verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der B 69, Südsteirische Grenzstraße, und der Landesstraße L 670 umgehend zu realisieren.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der B 69 beziehungsweise L 670 im Gemeindegebiet von Oberhaag umgehend zu realisieren. (20.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke. Nunmehr sind auch die Beschlußanträge verlesen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen ab den Tagesordnungspunkt 32, betreffend den Ausbau der L 208 sowie die Neuprojektierung der B 69. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Dazu gibt es einen Beschlußantrag. Wer dem Beschlußantrag, vorgebracht vom Abgeordneten Tschernko, zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 33, der die Sanierung der S 6 zwischen Kindberg und Krieglach betrifft, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wer zum Tagesordnungspunkt 34, dem Antrag des Abgeordneten Schuster bezüglich der Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Der Punkt 35 beinhaltet die Entschärfung der B 70, Packer Straße/Zubringer zur A 2, Südautobahn. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

Punkt 36, Sanierung der L 403, Feistritzalstraße, zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wer dem Punkt 37, betreffend den Anschluß der Bezirke Radkersburg und Feldbach an die A 2, Südautobahn, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wer dem Beschlußantrag, vorgebracht vom Abgeordneten Wiedner, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Punkt 38, betreffend Ortsumfahrung von Riegersburg. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**39. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1263/1, der Abgeordneten Dr. Karisch und Pußwald, betreffend verstärkte ökologisch orientierte Subventionspolitik.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (20.15 Uhr):** Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch und Pußwald, betreffend verstärkte ökologisch orientierte Subventionspolitik.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die gesamte Subventionspolitik des Landes verstärkt ökologisch zu orientieren und Umweltbelastungen im Sinne des Vorsorgeprinzips zum Beispiel durch vermehrte Förderung materialsparender Ressourcen zu reduzieren. Ich ersuche um Annahme. (20.16 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es gibt hiezu keine Wortmeldung.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**40. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 814/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen“.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich (20.16 Uhr):** Der Unterausschuß des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen hat in fünf Unterausschußsitzungen den Antrag, Einl.-Zahl 814/1, betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen“ beraten. Zur inhaltlichen Vorbereitung der Enquete wurden drei Arbeitskreise zu den Themen „Früherkennung“, „Akutsituation“ und „Helferorganisationen“ unter breiter Einbeziehung von betroffenen Institutionen und Organisationen eingesetzt. Um das Problem des sexuellen Mißbrauchs oder der Gewalt an Kindern und Jugendlichen auf breiter politischer Basis zu thematisieren und auch die Ergebnisse der Arbeitskreise zu präsentieren, soll eine Landtagsenquete zu diesem Thema mit nachstehender Tagesordnung abgehalten werden.

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, daß die Enquete des Steiermärkischen Landtages „Sexueller Mißbrauch und Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ am 23. November 1999 in der Zeit von 9 bis 14 Uhr im Landtagssitzungssaal abgehalten wird. Ich stelle den Antrag um Annahme. (20.17 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Sie haben den Bericht der Frau Abgeordneten gehört. Ich bedanke mich. Sie ist auch zu Wort gemeldet.

**Abg. Dietrich (20.18 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als Antragsteller sind wir Freiheitlichen selbstverständlich für die Abhaltung einer Enquete, wir sind jedoch nicht mit der Tagesordnung einverstanden und ersuchen deshalb um getrennte Abstimmung. (20.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Abhaltung einer Enquete des Steiermärkischen Landtages „Sexueller Mißbrauch und Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ am 23. November 1999 – mit Ausnahme der Reihenfolge der Referate – ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag auf Abhaltung der genannten Enquete auch hinsichtlich der Reihenfolge der Referate ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 41 bis 43 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**41. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 30/13, zum Beschluß Nr. 533 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dr. Lopatka, Gross, Keshmiri, Mag. Zitz und Schinnerl, betreffend keine organisatorischen Paralleltäten in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schinnerl (20.19 Uhr):** Geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dr. Lopatka,

Gross, Keshmiri, Mag. Zitz und Schinnerl, betreffend keine organisatorischen Paralleltäten in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes.

Sie haben alle diese Unterlage bei sich. Ich bringe den Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Juli 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 533 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dr. Lopatka, Gross, Keshmiri, Mag. Zitz und Schinnerl, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß keine organisatorischen Parallelen in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes über das Jahr 2001 hinaus weiterbestehen, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.20 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführung.

Zum Punkt 42 berichtet die Frau Abgeordnete Gross, und zum Punkt 43 ist die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Pußwald, nicht anwesend. Stellvertreter wird von der SPÖ gestellt.

Alles klar. Danke!

**42. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 949/10, zu den Beschlüssen Nr. 1051 und 1052 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Wicher, Mag. Hartinger, Keshmiri und Mag. Zitz, betreffend die Informationen zum Pflegegeldgesetz.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross (20.21 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Landtagsbeschluß 1051 hat folgenden Wortlaut:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Informationskampagne für pflegende Angehörige in der Steiermark zu starten.

Der Landtagsbeschluß 1052 hat folgenden Wortlaut:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Wege der Sozialhilferferententagung anzuregen, daß eine bundesweit einheitliche sinnvolle Regelung zur Kostenbeteiligung vereinbart wird, und dem Landtag aber die Ergebnisse zu berichten, und zweitens in einer Informationskampagne die pflegenden Angehörigen darauf aufmerksam zu machen, daß über Antrag das Pflegegeld in einer Höhe von 80 Prozent an die Anspruchsberechtigten ausbezahlt werden kann, wenn die tägliche Pflege und Betreuung weniger als sieben Stunden beträgt.

Zu diesen Landtagsbeschlüssen wird berichtet:

Mit 1. Jänner 1999 trat eine Novelle zum Steiermärkischen Pflegegeld in Kraft.

Den oben angeführten Beschlüssen entsprechend wurden von der Fachabteilung für das Sozialwesen eine Informationsbroschüre und ein Informationsfolder erstellt und angefertigt. Beide Druckwerke liegen diesem Antrag bei.

Die Informationsbroschüre wurde im April allen Beziehern eines Pflegegeldes nach dem Steiermärkischen Pflegegeldgesetz im Postwege zugestellt. Außerdem wurden diese Broschüren und Informationsfolder allen Bezirksverwaltungsbehörden und allen steirischen Gemeinden übermittelt, um in den dortigen Bereichen als Vorinformation zur Verfügung zu stehen.

Abschließend darf noch festgestellt werden, daß seit Dezember 1998 in der Fachabteilung für das Sozialwesen eine Sozialservicestelle mit einem Sorgentelefon eingerichtet ist, wo auch allgemeine und spezielle (Rechts-)Auskünfte in allen Pflege- und Behindertenangelegenheiten erteilt werden.

Zum Punkt 1 des Landtagsbeschlusses 1052 darf mitgeteilt werden, daß eine bundesweit einheitliche Regelung zur Kostenbeteiligung in der nächsten Sozialhilfereferententagung thematisiert werden wird.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zu den Beschlüssen Nr. 1051 und 1052 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Gross, Wicher, Mag. Hartinger, Keshmiri und Mag. Zitz, betreffend die Informationen zum Pflegegeldgesetz, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (20.23 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin.

**43. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/57, zum Beschluß Nr. 496 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Pußwald, Straßberger, Alfred Prutsch, Bacher, Gross und Günther Prutsch, betreffend den Ausbau des Angebotes an Kurzzeitpflegeeinrichtungen, um pflegende Angehörige während der Urlaubszeit zu entlasten.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Günther Prutsch (20.23 Uhr):** Meine Damen und Herren!

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 11. Dezember 1997 ist folgender Beschluß gefaßt worden:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Angebot an Kurzzeitpflegeeinrichtungen auszubauen, um pflegende Angehörige während der Urlaubszeit zu entlasten.

Hiezu wird folgendes berichtet:

Die Einrichtung und Führung von Kurzzeitpflegebetten ist rechtlich den Bestimmungen des Steiermärkischen Pflegeheimgesetzes zuzuordnen.

Eine Verpflichtung zur Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen ist nicht normiert.

Auf Grund der zum Steiermärkischen Pflegeheimgesetz ergangenen Personalschlüsselverordnung ist in Relation zur Anzahl und Pflegebedürftigkeit von Pflegeheimbewohnern entsprechendes Pflegepersonal

zu beschäftigen. Die Kosten dieses Personals treffen den Pflegeheimbetreiber auch dann, wenn für die Kurzzeitpflege freigehaltene Pflegebetten nicht belegt sind beziehungsweise werden diese Kosten auf die in den Heimen untergebrachten Langzeitbewohner übergewälzt.

Zum Bedarf an Kurzzeitpflegebetten ist folgendes festzuhalten:

Die Landesaltenpflegeheime Bad Radkersburg, Kindberg, Knittelfeld und Mautern bieten je ein oder zwei Kurzzeitpflegebetten an, die zu rund 80 Prozent ausgelastet sind.

Eine Untersuchung der Entwicklung der Nachfrage hat ergeben, daß derzeit kein Anlaß zu einer Ausweitung des Angebotes in den vier Landesaltenpflegeheimen besteht. Ein Überblick über das Angebot der privaten Pflegeheimbetreiber besteht nicht.

Aus den angeführten Gründen erscheint eine Ausweitung des Kurzzeitpflegeangebotes sowohl unter Berücksichtigung des bestehenden Bedarfes als auch aus wirtschaftlichen Gründen derzeit nicht zielführend.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, dies zur Kenntnis zu nehmen. (20.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als erstes zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Lopatka (20.25 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 42 einen Beschlußantrag einbringen. Eigentlich ist es eine Wiederholung – es geht um die Erweiterung des Aufgabenbereiches des Patientenanwaltes – des Landtagsbeschlusses Nr. 500 vom 12. Dezember 1997, der schon damals mit vier Landtagsparteien beschlossen worden ist.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung des Landtagsbeschlusses Nr. 500 vom 12. Dezember 1997, betreffend die Erweiterung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste, unter Beachtung des Unterausschußwillens, auch die Behindertenservicestelle in diesen Aufgabenbereich zu integrieren, sowie unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit dem Landtag binnen vier Wochen eine Regierungsvorlage zur Novellierung des Gesetzes vom 10. November 1992 über die Patientenvertretung vorzulegen, mit der der Aufgabenbereich der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime, auf die mobilen Dienste sowie auf Behindertenangelegenheiten erweitert und eine zentrale Service-, Beratungs-, Beschwerde- und Koordinationsstelle für diese Bereiche geschaffen wird.

Ich hoffe, daß dieser Beschlußantrag dazu beiträgt, daß auch die SPÖ einer vernünftigen Lösung die Zustimmung gibt. Dank! (20.26 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross (20.27 Uhr):** Auf Grund der fortgeschrittenen Stunde und auch des Fußballspieles - es hört leider eh niemand mehr wirklich zu - möchte ich nur auf den Entschließungsantrag des Kollegen Lopatka eingehen.

Ich frage mich manchmal in diesem Haus, warum alles Positive so oft in der Öffentlichkeit schlecht dargestellt wird, oder vielleicht sage ich es richtiger, mies gemacht werden muß.

Ich bin damit bei dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Bacher und Wicher, betreffend Pflege- und Behindertenombudsschaft, und möchte doch eingangs auf die Wortmeldung des Kollegen Riebenbauer zum Tagesordnungspunkt 8 verweisen, wo er auf laufende Unterausschußverhandlungen hingewiesen hat und die ÖVP bei der Senkung der Gebührenbelastung durch Entfall des 100-Meter-Anschlußzwanges deshalb nicht mitgehen konnte beziehungsweise dagegengestimmt hat.

Es geht uns bei diesem Entschließungsantrag genauso. Wir sind mitten in Unterausschußverhandlungen. Ich weiß schon, da gibt es einen Vierparteiantrag zum Budget, der von einer Entwicklung, von einer Erweiterung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste ausgeht. Aber ich finde diesen Entschließungsantrag auch deshalb - gelinde gesagt - auch deshalb unfair, weil er ein weiterer Versuch ist, den Ausgang der Verhandlungen des Unterausschusses zu präjudizieren, ohne die Ansicht der Betroffenen, nämlich der Vertreter der Behindertenorganisationen oder der bereits praktizierenden Ombudsmännern von Wien, Vorarlberg und Kärnten, die wir zur nächsten Sitzung eingeladen haben, zu hören.

Unsere Fraktion wird deshalb mit diesem Entschließungsantrag nicht mitgehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. - 20.28 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

**Abg. Wicher (20.29 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Barbara Gross, du hast jetzt davon gesprochen, daß unser Entschließungsantrag unfair ist und präjudiziert. (Abg. Gennaro: „Ja!“)

Ja, lieber Kollege Gennaro, ich wollte eigentlich darauf nicht eingehen, was uns heute von der Fachabteilung für das Sozialwesen zugekommen ist, und zwar mit einem Verteiler, erläuternde Bemerkungen zu einem Gesetzesentwurf. Und wenn ich mich recht erinnere, haben wir in den Unterausschußsitzungen zu diesem Gesetzesentwurf, der uns da vorgelegt wurde, gemeint, der entspricht eigentlich nicht dem, was der Vier-Parteien-Entschließungsantrag hier im Landtag war. Und da würde ich dich also bitten, den Ausdruck unfair und Präjudizierung in diesem Zusammen-

hang bitte nicht zu verwenden, weil das ist auch eine Präjudizierung. Das wurde jetzt bereits zur Stellungnahme bis zum 12. Oktober an eine zweiseitige Liste ausgeschickt. Ich will die Ausdrücke unfair und präjudizieren jetzt nicht verwenden. Ich bin ein bißchen enttäuscht, das muß ich wirklich sagen. Was ich mir ursprünglich vorgenommen habe, war, ein Hinweis darauf, und zwar auf den Entschließungsantrag, den wir gemeinsam beschlossen haben, wo es um die Informationskampagne für pflegende Angehörige gegangen ist, und möchte darauf hinweisen. Es wurden diese Broschüren ausgeschickt an Pflegegeldbezieher beziehungsweise an die Bezirkshauptmannschaften, damit sie dort zur Information für Betroffene dienen sollen.

Ich möchte jetzt aber nur noch einen kleinen Hinweis machen. In diesem Entschließungsantrag wird eine Hauswurfsendung gefordert. Ich will begründen, warum ich darauf besonderen Wert lege. Es gibt in der Steiermark viele Menschen, die pflegebedürftig sind, die Probleme haben und nicht wissen, wie sie diese lösen sollen. Es hat - wenn ich erinnern darf - eine Sendung von Herrn Schjok gegeben, da war auch die Frau Landesrätin dort, wo eine Familie aus dem Mürztal vor einem großen Problem gestanden ist und nicht gewußt hat, welche Stellen da zuständig sind. Ich denke, es wäre wichtig, die Bevölkerung der Steiermark über die Möglichkeiten zu informieren, und das wäre eben in unserem Antrag mit dieser Hauswurfsendung gemeint. Zusätzlich würde ich noch sagen, man sollte auch niedergelassene Ärzte mit dieser Broschüre versorgen, weil der Arzt ja üblicherweise der erste Ansprechpartner für Menschen ist, die in Problemsituationen geraten. Und ich muß aus eigener Erfahrung sagen oder aus Erfahrung, die behinderte Menschen immer wieder machen, daß Ärzte einen sehr niedrigen Informationsstand haben, was all die Möglichkeiten anlangt, die ihnen eigentlich zur Verfügung stehen, und darf noch auf etwas hinweisen, was vielleicht sehr hilfreich wäre, um Informationen zu bekommen. Es gibt da vom Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit eine Broschüre, das heißt es sind sechs Broschüren, die alle eingehen auf Pflege in der Jugend und so weiter. Also man sollte versuchen, in den Bezirkshauptmannschaften das auch aufliegen zu haben oder Betroffene zu informieren, daß es das gibt. Aber es wird so wenig verwendet, und ich halte es wirklich für eine gute Sache, weil man von Kindheit an bis zum Alter alle Informationen bekommt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 20.34 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (20.34 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber es geht um den Entschließungsantrag auf Erweiterung der Patientenadvokatur für Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste, und die Frau Abgeordnete Gross, unsere Ausschußvorsitzende, hat mich dazu bewogen, doch einige Worte

zu sagen. Es laufen Unterausschußverhandlungen, das ist richtig. Aber wie du, Frau Abgeordnete Gross, genau weißt, haben wir bei diesen letzten Unterausschußverhandlungen schon gesagt, daß wir mit der Vorgangsweise der Frau Landesrätin Rieder nicht einverstanden sind. Vier Fraktionen forderten (Abg. Gross: „Ich habe auf den Vierparteiantrag hingewiesen!“), daß da eine eigene unabhängige Stelle geschaffen wird, eine, die nicht in der Abteilung für Sozialwesen untergebracht sein soll. Ich bin auch überrascht, daß heute in meinem Bürofach bereits eine Unterlage beziehungsweise ein Gesetzesentwurf für eine Errichtung einer zusätzlichen Anwaltschaft war, und um eine eventuelle Stellungnahme ersucht wurde, daß das anders gemacht wird, und nur so, wie es sich die Frau Landesrätin wünscht, ist es für mich unverständlich und unakzeptabel. Ich stehe voll zu diesem Entschließungsantrag, und ich hoffe auch, daß hier eine Regierungsvorlage ausgearbeitet wird, die unseren Vorstellungen, den vier Fraktionen ÖVP, FPÖ, Grüne, LIF, entspricht. Wir wollen diese unabhängige und externe Ombudsmannstelle, wir wollen diese nicht im Bereich der Fachabteilung für Sozialwesen, sondern die gewünschte Ombudsmannstelle muß extern sein.

Und nun zum nächsten Punkt, wo es um die Doppelgleisigkeit zwischen dem SHG und dem ISGS geht. Ich will dazu nur ein paar Worte sagen. Wir sind mit dem Bericht nur zum Teil einverstanden. Es geht hier bei diesem Antrag ohnehin um eine Befristung bis zum 31. Dezember 2001, aber alle diese Punkte, die hier angezogen wurden, wo es unter Umständen Probleme geben könnte, wo es um die Seniorenheime geht, daß auch der Sozialhilfeverband solche besitzt, daß der Sozialhilfeverband Probleme haben könnte mit dem Personal und daß die Gemeindefürsorge unter Umständen Probleme hätten, weil zwischen den finanzkräftigen und finanzschwächeren Gemeinden kein Ausgleich vorhanden wäre.

Ich glaube, wir sollen uns in nächster Zeit darüber wirklich noch den Kopf zerbrechen, denn es kann wirklich nicht sein, daß alle übrigen Bundesländer außer Oberösterreich und Steiermark ohne diese genannten Sozialhilfeverbände auskommen können. Wir haben bei der Gesetzgebung der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel von vornherein immer gesagt, daß es keine Doppelgleisigkeit in Verbindung mit den Sozialhilfeverbänden und den integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln ISGS geben darf. Und es war auch schon einmal so ausverhandelt, nur leider haben dann inzwischen die Landtagswahlen 1995 stattgefunden.

Es haben sich andere Kräfteverhältnisse ergeben und diese sich zusammengetan, und dann wurde dieses Sozialhilfegesetz mit dieser Reglementierung so beschlossen, daß man bis zum 31. Dezember 2001 jedenfalls ein Stillhalteabkommen hat und daß man das Gesetz überprüft, ob die befürchteten unzulässigen Doppelgleisigkeiten nicht doch vorhanden sind.

Wir Freiheitlichen sind weiterhin gegen diese beiden Einrichtungen im Sozialbereich. Wir wollen, daß diese Sozialhilfeverbände auch in der Steiermark abgeschafft werden. Und ich glaube, nach-

dem es ja nächstes Jahr wieder Landtagswahlen gibt, wird sich das leidige Problem von selbst regeln. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 20.39 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernko (20.39 Uhr):** Aus zeitökonomischen Gründen werde ich nur mehr den Entschließungsantrag einbringen.

Wir werden der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/57, nicht zustimmen, weil sie für uns zu wenig aussagekräftig ist.

Ich möchte den Antrag, betreffend Kurzzeitpflege, einbringen.

Bereits mit Beschluß vom 11. Dezember 1997 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, das Angebot von Kurzeiteinrichtungen auszubauen, um pflegende Angehörige während der Urlaubszeiten zu entlasten.

In zwei von Landesrätin Dr. Rieder vorbereiteten Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 657/57 und 657/65, hält die Regierung fest, daß eine Ausweitung des Kurzzeitpflegeangebotes sowohl unter Berücksichtigung des bestehenden Bedarfes, als auch aus wirtschaftlichen Gründen derzeit nicht zielführend erscheint. Es ist bedauerlich, daß das zuständige Regierungsmitglied keine Maßnahmen gesetzt hat, um dem Wunsch des Landtages nachzukommen. Zumindest wäre es erforderlich, dafür Sorge zu tragen, daß Kurzzeitpflegeplätze in allen steirischen Regionen zur Verfügung stehen und daß die Bevölkerung über das bestehende Angebot an Kurzzeitpflegeeinrichtungen informiert ist.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens alle Maßnahmen zu setzen, damit in allen steirischen Regionen Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung stehen, um den Bedarf nach solchen Einrichtungen abzudecken, und zweitens pflegende Angehörige über das bestehende Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen im Wege von niedergelassenen praktischen Ärzten und Krankenanstalten auf das Angebot an Kurzzeitpflegeeinrichtungen zu informieren. Ich bitte um Ihre Zustimmung! (20.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. (Abg. Gross: „Herr Präsident, bitte!“)

Es liegt doch eine weitere Wortmeldung vor. Die Frau Abgeordnete Gross hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross (20.40 Uhr):** Ich werde der Aufforderung, ganz kurz zu sein, nachkommen. Ich bitte um punktuelle Abstimmung. (20.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 30/13, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 949/10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Bacher und Wicher, betreffend Pflege- und Behindertenombudsschaft, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/57, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Entschließungsantrages der Abgeordneten Tschernko, Wicher und Bacher, betreffend Kurzzeitpflegeeinrichtungen, alle Maßnahmen zu setzen, damit in allen steirischen Regionen Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung stehen, um den Bedarf nach solchen Einrichtungen abzudecken, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt 1 ist mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages, pflegende Angehörige über das bestehende Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen im Wege von niedergelassenen praktischen Ärzten und Krankenanstalten auf das Angebot an Kurzzeitpflegeeinrichtungen zu informieren, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt 2 ist einstimmig angenommen.

**44. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 965/6, zum Beschluß Nr. 1074 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Ussar, Beutl, Pußwald und Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, betreffend das Frauenprojekt „Kleiderladen-Nähstube“.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ussar (20.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1074 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Ussar, Beutl, Pußwald und Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, betreffend das Frauenprojekt „Kleiderladen-Nähstube“.

Dieser Landtagsbeschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich mit dem AMS, der Stadt Leoben und der Caritas Verhandlungen aufzunehmen, um

den Fortbestand des Frauenprojektes ‚Kleiderladen-Nähstube‘ und damit 13 Frauenarbeitsplätze in Leoben zu sichern.“

Zu diesem Landtagsbeschluß wird folgendes berichtet:

Das Projekt „Kleiderladen und Nähstube Leoben“ wird mit 1. April 1999 vom neuen Rechtsträger Caritas in adaptierter Form und unter dem Titel „Projekt Kreativ und Megastore Leoben“ weitergeführt. Dadurch war es möglich, 13 Frauenarbeitsplätze in Leoben zu sichern. Mit diesem Projekt soll die Wiedereingliederung der betroffenen Frauen in den Arbeitsprozeß durch die Aufarbeitung von Arbeitshindernissen, wie zum Beispiel Schulden, beziehungsweise dem Erlernen von Fähigkeiten im Arbeitsverhalten erleichtert werden.

Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder hat sich bereit erklärt, zur Sicherung der Arbeitsplätze der betroffenen Frauen einen Förderungsbetrag von 500.000 Schilling aus Mitteln des Sozialressorts zur Verfügung zu stellen. Der diesbezügliche Regierungssitzungsantrag wurde in der Regierungssitzung am 10. Mai 1999 einstimmig angenommen.

Folgender Antrag wird gestellt: Der Landtag möge beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1074 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Ussar, Beutl, Pußwald und Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, betreffend das Frauenprojekt „Kleiderladen-Nähstube“, wird zur Kenntnis genommen. (20.45 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Abgeordneten Ussar für seinen Bericht.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

**45. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/6, zum Beschluß Nr. 1095 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Beutl, Majcen und Bacher, betreffend Freifahrt für Schnupperlehre.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Beutl (20.45 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 288: Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 12. Oktober 1999 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/6, zum Beschluß Nr. 1095 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Beutl, Majcen und Bacher, betreffend Freifahrt für Schnupperlehre, beraten.

Bei der Abstimmung wurde die gegenständliche Regierungsvorlage von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1007/6, zum Beschluß Nr. 1095 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Jänner 1999 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Beutl, Majcen und Bacher, betreffend Freifahrt für Schnupperlehre, wird zur Kenntnis genommen. (20.47 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Sie haben den Antrag gehört. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

**46. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 1123/1, der Abgeordneten Beutl und Pußwald, betreffend Steirische Familiencard.**

Berichtersterterin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Beutl (20.47 Uhr):** Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 1123/1, betreffend Steirische Familiencard.

In diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, eine Steirische Familiencard einzuführen, wonach der Familienpaß in Form einer Karte aus optisch und qualitativ hochwertigem Hartplastik ausgestellt werden sollte.

In der Stellungnahme hat die Landesregierung zu diesem Antrag ausgeführt, daß es hinsichtlich der Umsetzung dieses Antrages bereits Vorarbeiten durch Einholung von Vergleichsangeboten gegeben hat und daß es hinsichtlich der voraussichtlich anfallenden Kosten ebenfalls eine Bedeckung geben wird. Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages. (20.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke der Frau Abgeordneten Beutl für ihren Bericht. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dietrich (20.48 Uhr):** Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren!

Wir stimmen gegen diesen Antrag, nicht, weil wir der Meinung sind, daß der Familienpaß nicht etwas Sinnvolles ist. Wir glauben sehr wohl, daß er sehr sinnvoll ist, aber wir sind auch der Meinung, daß das Geld nicht die Qualität des Papiere verbessern sollte, sondern die Qualität des Inhaltes der Karte. (Beifall bei der FPÖ. – 20.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Abstimmung über den von der Frau Abgeordneten Beutl verlesenen Bericht. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**47. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1261/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dirnberger, Purr und Riebenbauer, betreffend Aufrechterhaltung der Postämter.**

Berichtersterter ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (20.49 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir fordern in diesem Antrag die Landesregierung auf, alle Maßnahmen zu ergreifen und an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß erstens eine flächendeckende Grundversorgung mit Postdienstleistungen zu angemessenen Preisen und in marktgerechter Qualität aufrecht bleibt, zweitens alle 365 Postämter in der Steiermark mit den bisherigen Aufgaben aufrechterhalten werden und drittens Postarbeitsplätze durch die Umsetzung des „Schaltermanagement-Neu-Konzeptes“ nicht verlorengehen. Ich bitte um Annahme. (20.49 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichtersterter. Es ist zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (20.50 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe einen Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, Zitz, Hagenauer und Schrittwieser, ein, betreffend Aufrechterhaltung des Verteilerzentrums Bruck.

Nach Plänen der Post soll das Postverteilerzentrum in Bruck an der Mur aufgelassen werden, da aus Kostengründen pro Bundesland nur noch ein Postverteilerzentrum geführt werden soll. Diese Maßnahme wäre sehr kurzfristig. Damit würden am Bahnhofspostamt 100 bis 150 Arbeitsplätze verlorengehen und Verschlechterungen für die Kundinnen und Kunden eintreten, weil durch die großen Entfernungen in der Steiermark die Postverteilung bei nur einem Verteilungszentrum in Graz zwangsläufig langsamer werden würde.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß das Postverteilerzentrum in Bruck aufrechterhalten bleibt. Ich ersuche um Annahme. (20.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

Und wer dem Entschließungsantrag, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß das

Postverteilerzentrum in Bruck aufrechterhalten bleibt, zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**48. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1125/3, zum Beschluß Nr. 1239 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Mai 1999 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch und Wicher, betreffend Beseitigung der Chefarztkontrolle und Kassenbezahlung der Wahlärzte.**

Hiezu ist nur mehr die Abstimmung fällig, weil wir diesen Punkt unter dem Tagesordnungspunkt 10 bereits behandelt haben.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 49 und 50 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

**49. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 1264/1, der Abgeordneten Pufwald, Dr. Lopatka und Beutl, betreffend bessere sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern durch Einbeziehung in Paragraph 18 a ASVG.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka (20.52 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit diesem Antrag wird gefordert, daß die Steiermärkische Landesregierung an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herantreten soll, die derzeit unzureichende sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern dadurch zu verbessern, indem sie wie vergleichbare andere begünstigte Gruppen in den Paragraphen 18 a ASVG einbezogen werden. Ich bitte um Annahme des Antrages. (20.53 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichterstatter. Tagesordnungspunkt

**50. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1125/4, zum Beschluß Nr. 1240 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Mai 1999 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger und Schinnerl, betreffend Bundesländervergleich – Leistungen Sozialversicherungen.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger (20.53 Uhr):** Ich berichte über die Einl.-Zahl 1125/4. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, den Hauptverband der Sozialversicherungsträger aufzufordern, einen Bundesländervergleich hinsichtlich der Honorierung der diversen Leistungen an die einzelnen Vertragspartner unabhängig von der Berufszugehörigkeit des Versicherten zu erstellen und dem Landtag bis spätestens Dezember 1999 zu berichten.

In seinem Antwortschreiben vom 17. August 1999 führt das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgendes aus:

Die konkrete Ausgestaltung der Honorarordnung ist somit Angelegenheit der Vertragspartner des Hauptverbandes und der Ärztekammer. Die Honorarordnungen der Bundesländer sind durchaus unterschiedlich gestaltet. Zusammenfassend ist daher festzuhalten, daß ein Bundesländervergleich im Hinblick auf die inkommensurablen Tarifstrukturen faktisch kaum möglich ist.

Es wird gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (20.54 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke der Frau Berichterstatterin. Es liegen zu beiden Punkten keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Punkt 49 ab, und ich bitte alle jene Damen und Herren, die dem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Punkt 50. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**51. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1267/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht über den Stand der Europäischen Integration.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.54 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Vor uns liegt der zweite Vierteljahresbericht 1999, er ist wieder dreigliedert. Im ersten Teil: Stand der Rechtsanpassung; im zweiten Teil: wichtige Maßnahmen, etwa Bericht über die Tagung des Ausschusses der Regionen oder auch über die Tagung des Europäischen Rates in Köln. Weiters wird unter diesem Punkt über den Vertrag von Amsterdam berichtet. Und im Teil 3 wird ein Überblick über die 1998 ausbezahlten Förderungen für das Ziel-2- und 5 b-Gebiet gegeben. Der Bericht ist ausführlich und in der üblichen Qualität erstellt. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (20.55 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Er ist auch zu Wort gemeldet.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglič** (20.55 Uhr): Danke für die Begeisterungsrufe. Aber das spricht für Sie, daß Sie selbst zu dieser späten Stunde noch geistige Aufnahmebereitschaft zeigen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Es ist schön zu wissen, wenn man einen Fanclub hat!“) So ist es.

Trotzdem muß ich Sie enttäuschen, ich werde mich wirklich ganz kurz fassen. Aber ich hole es das nächste Mal nach. (Abg. Gennaro: „So können Sie uns nicht enttäuschen, das ist nur eine Freude!“)

Sie wissen, was Ihnen entgeht, Herr Kollege Gennaro!

In diesem vierteljährlichen Bericht wird auch darauf hingewiesen, daß bei der Tagung des Europäischen Rates in Köln über eine EU-Grundrechtscharta beraten wurde. Sie ist die Basis eines Entschließungsantrages der Abgeordneten Jeglič, Vesko, Lopatka, Purr und Tschernko und betrifft: EU-Erweiterung und Aufhebung der Benes-Dekrete und der AVNOJ-Bestimmungen.

Im zweiten Vierteljahresbericht über den Stand der Europäischen Integration wird unter anderem festgehalten, daß von der Präsidentschaft im Rat der Außenminister ein Entwurf für ein Verfahren zur Ausarbeitung einer EU-Grundrechtscharta akzeptiert wurde. Diese Charta soll die Freiheits- und Gleichheitsrechte sowie die Verfahrensgrundrechte umfassen, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedsstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechtes ergeben.

Bekanntlich sind aber nach wie vor in Tschechien mit den Benes-Dekreten und in Slowenien mit den AVNOJ-Bestimmungen menschenrechtswidrige Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 in Kraft, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei und im ehemaligen Jugoslawien beziehen. Ein Beitritt von Slowenien und Tschechien in die EU ist nur unter Abstandnahme von diesen Bestimmungen vorstellbar. Österreich soll daher früh- und rechtzeitig im Rahmen der Beitrittsverhandlungen unter Hinweis auf die in Ausarbeitung befindliche EU-Grundrechtscharta klarstellen, daß eine Aufnahme dieser beiden Länder in die EU nur bei Aufhebung dieser Dekrete und Gesetze erfolgen kann.

Es wird daher folgender Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese erstens den Ausbau der Rechtsgrundlagen und die aktive Implementierung des Minderheitenschutzes in allen europäischen Staaten sowie die Ausarbeitung einer EU-Grundrechtscharta weiterhin fördert und zweitens gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten und den Institutionen der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Slowenien, Tschechien und der Slowakei vehement auf die Aufhebung von fortbestehenden menschenrechtswidrigen Gesetzen und Dekreten aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei und im ehemaligen

Jugoslawien beziehen, hinwirkt, weil ein Beitritt von Slowenien, Tschechien und der Slowakei in die EU im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche EU-Grundrechtscharta nur unter Abstandnahme von diesen Gesetzen und Dekreten vorstellbar ist. Ich danke und bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 20.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als weitere Wortmeldung haben wir den Abgeordneten Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (20.59 Uhr): Ich möchte mich kurz zu diesem Beschlußantrag zu Wort melden. Die Grünen werden diesen Antrag nicht unterstützen, obwohl er vom Inhalt her, was damit gefordert wird, durchaus richtig ist und das Ziel im Zuge von Verhandlungen verfolgt werden soll. Aber wir halten die Junktimmierung für unglücklich, für eine unglückliche Vorgangsweise. An den Beitritt das zu koppeln (Abg. Schützenhöfer: „Steht nicht drinnen!“), sinngemäß, ist keine gute Vorgangsweise. So ein kleines Land wie Slowenien, das wissen wir alle, hat nicht so gute Karten, als daß man auf diese Art und Weise vorgehen müßte. Da gibt es andere Möglichkeiten, um diese Zielsetzungen durchzusetzen. Danke! (21.00 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Bericht des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Wer dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglič, Dr. Lopatka und Tschernko, betreffend EU-Erweiterung und Aufhebung der Benes-Dekrete und der AVNOJ-Bestimmungen, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**52. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den 17. und 18. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (1997 bis 1998), Einl.-Zahl 1225/1.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (21.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 14. September und am 12. Oktober 1999 über die Einl.-Zahl 1225/1, 17. und 18. Bericht der Volksanwaltschaft für die Jahre 1997 und 1998 an den Steiermärkischen Landtag, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der 17. und 18. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag wird zur Kenntnis genommen. (21.01 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke der Frau Berichterstatterin.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

**Abg. Wicher** (21.01 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Ich will mir nicht Ihrer aller Zorn zuziehen, indem ich jetzt zu lange rede, aber gestatten Sie mir nur, bevor ich den Entschließungsantrag einbringe, daß ich Ihnen ein kleines Beispiel aus der Praxis bringe. Und zwar ist das eigentlich die Begründung, warum die Kollegin Karisch und ich diesen Entschließungsantrag einbringen.

Stellen Sie sich bitte vor, als Behinderter geht man zum Arzt, es wird ein Heilbehelf oder ein Hilfsmittel verschrieben, eine Verordnung geschrieben. Mit dieser muß man zu der zuständigen Krankenkassa gehen. Diese übernimmt nur einen Teil der Kosten. Dann wird man auf den Unterstützungsfonds der Krankenkassa verwiesen. Dieser Fonds übernimmt vielleicht auch einen kleinen Teil der Kosten. Weiter geht der Canossagang zur Bezirkshauptmannschaft beziehungsweise zum Magistrat, wenn es sich um Grazer handelt. Dort wird dann im Zuge einer Teamsitzung der Antragsteller vorgeladen, muß dort begründen, warum er eigentlich dieses Hilfsmittel oder diesen Heilbehelf braucht. Dort wird wieder ein kleiner Teil der Kosten übernommen. Wenn dann noch Restkosten sind, dann hat man die Chance, zum Bundessozialamt beziehungsweise zum Nationalfonds zu gehen. Das kann sich natürlich ziehen.

Sollte jemand, weil er dieses Hilfsmittel oder diesen Heilbehelf ganz dringend braucht, die Nerven weg-schmeißen – um das jetzt wirklich im Steirerjargon zu sagen – und sich dieses Hilfsmittel, diesen Heilbehelf selbst kaufen, dann bekommt er keinen Groschen. Dann ist das seine Angelegenheit.

Und ich denke, das ist ein Zustand, der unhaltbar ist. Im Grund ist ja in unserem Behindertengesetz vorgesehen, Hilfe zur Eingliederung, Hilfsmittel. Also ich denke, man müßte sich etwas überlegen, daß es eine Stelle gibt, die diese Anträge übernimmt, die auch die Kosten übernimmt, und eventuell sich an anderen Kostenträgern schadlos hält. Weiß ich denke, es ist wirklich unmenschlich, behinderten Menschen das zuzumuten, von Amt zu Amt, von Beamten zu Beamten gehen zu müssen, um etwas zu erreichen, was er einfach braucht, um ein selbständiges Leben führen zu können.

Aus diesem Grund haben wir diesen Entschließungsantrag eingebracht.

Ich erspare Ihnen jetzt den Text, ich lese Ihnen nur den Antrag vor.

Es wird folgender Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Anregung der Volksanwaltschaft, im Erlaßwege für eine ordnungsgemäße Vollziehung des Behindertengesetzes zu sorgen, unverzüglich umzusetzen, um Behinderte, die Mittel aus der Behindertenhilfe beantragen, nicht zu Bittstellern zu degradieren.

Ich bitte Sie, diesem Entschließungsantrag beizutreten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 21.05 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher und Dr. Karisch, betreffend ordnungsgemäße Vollziehung des Behindertengesetzes, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

### 53. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Vom Landtagsklub der Grünen liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Landtagsabgeordnete Mag. Hartinger, die Wahlvorschläge zu verlesen.

#### **Abg. Mag. Hartinger:**

In den Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit:

als Mitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle der Abgeordneten Mag. Edith Zitz

als Ersatzmitglied: Abgeordnete Mag. Edith Zitz anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Finanz-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordnete Mag. Zitz anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

als Ersatzmitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle der Abgeordneten Mag. Edith Zitz

in den Kontroll-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Petitions-Ausschuß:

als Ersatzmitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

als Ersatzmitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

als Mitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

als Mitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle der Abgeordneten Mag. Edith Zitz

als Ersatzmitglied: Mag. Edith Zitz anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

in den Ausschuß für Vereinbarungen und Staatsverträge:

als Ersatzmitglied: Abgeordneter Peter Hagenauer anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Martin Wabl

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Abgeordneten für die prägnante Verlesung der Veränderungen und ersuche nunmehr jene Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, das war heute der letzte Tag der Frau Abgeordneten Hartinger hier in diesem Haus. Wir wünschen ihr für ihre zukünftige Tätigkeit in Wien alles Gute und hoffen, daß die Steiermark in ihr ein gewichtiges Sprachrohr in Wien hat. Alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 21.08 Uhr.)